

Wohl selten hat eine Ausgabe von *lateinamerika anders* die gesamte Bandbreite der widersprüchlichen Entwicklungen, die sich derzeit in ganz Lateinamerika zeigen, reflektiert wie diese hier. Das hängt nicht nur mit den sieben Wahlprozessen zusammen, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung auf dem Kontinent betreffen und denen der Schwerpunkt dieses Heftes gewidmet ist; sondern es hat vor allem damit zu tun, dass die Auseinandersetzung zwischen den Regierungen und den realen Mächten auf dem Kontinent besonders akut geworden ist.

Was das Wahlpanorama betrifft, gibt es einerseits den Schlagabtausch zwischen der fortschrittlichen Linken und der orthodoxen Rechten in den bevölkerungsreichen Ländern wie Brasilien, Kolum-

bien, Venezuela und Mexiko, andererseits aber auch die (neo)konservativen Strömungen, die sich in El Salvador, Costa Rica und Paraguay bemerkbar machen. Dazwischen liegen die Krisen in Peru und

EDITORIAL

Nicaragua, wo bis vor kurzem noch unangefochtene Regierungen von der Rechten beziehungsweise von der Linken unter Druck geraten sind.

Das alles hat dazu geführt, dass unter den Intellektuellen auf dem gesamten Kontinent (u.a. auch beim Weltsozialforum in Salvador de Bahia) hochpolitische Grundsatzdiskussionen darüber ausgebrochen sind, ob die von den linken

Regierungen versuchte „Wende von oben“ überhaupt noch gangbar ist, oder zuerst die dringend notwendigen Rahmenbedingungen von unten geschaffen werden müssten, um das kapitalistische, neoliberale System zu verändern. Dass für letzteres schwerwiegende Kämpfe an vielen Fronten bevorstehen, zeigen die Beispiele der Giftmischer in Brasilien und des Ethnotourismus in Peru.

Völlig unscheinbar wirken hingegen Ereignisse wie der Generationenwechsel an der Führungsspitze in Kuba oder die Ankündigung der Vereinten Nationen eines Paradigmenwechsels in der auch in Lateinamerika akut gewordenen Migrationsproblematik, Themen, denen wir in den nächsten Ausgaben besonderen Platz einräumen werden.

Leo Gabriel

INHALT

THEMA: DAS RITU(QU)AL DER WAHLEN

Zwischen Rechtsruck und Paradigmenwechsel. 4
Von Leo Gabriel

Brasilien in der Korruptionsfalle:
Lula und die Wahlen 6
Von Andreas Behn

„Wir schlagen zweierlei Strategien vor“
Interview mit Marcos Arruda 8
Von Leo Gabriel

Wahlen in Kolumbien: Entscheidungsschlacht
für den Frieden 9
Von Ralf Leonhard

Venezuela: Pyrrhussieg im Zeichen des Boykotts? 10
Von Ociel Alí López

Wahlschlappe der FMLN 12
Von Alberto Ramos
Erklärung der Organisationen
von Kriegsveteranen der FMLN 13

Costa Rica: Sieg gegen einen Moralapostel 14
Von Klaus Beisswenger

Aufwind für Manuel López Obrador in Mexiko 15
Von Katu Arkonada
Marichuy darf nicht kandidieren 17
Von Juan Villoro

Schwierige „Damenwahl“ 19
Von Nela Perle

AKTUELLES & ANALYSE

Aufstand in **Nicaragua** 21
Von Ralf Leonhard

Guatemala: Ex-Diktator Ríos Montt ist tot. 22
Von Ralf Leonhard

Kuba: Die Ära der Castros geht zu Ende 23
Von Robert Lessmann

Peru: Geschwisterzwist im Hause Fujimori 25
Von Jürgen Kreuzroither

Bolivien/USA: Ex-Präsident Sánchez de Lozada verurteilt 26
Von Robert Lessmann

Das **Weltsozialforum** 2018 27
Von Leo Gabriel und Hermann Dworczak

Giftschleuder **Brasilien** 28
Von Jürgen Kreuzroither

Peru: Kultur als Mörderin? 29
Von Bernd Brabec de Mori

Migration als Chance und Herausforderung. 32
Von Robert Lessmann

Kurznachrichten 34

Rosario Castellanos,
Porträt von Veronika Reininger 36

Buchbesprechungen 37



ZWISCHEN RECHTSRUCK UND PARADIGMENWECHSEL

Lateinamerika im Superwahljahr 2018

Es ist gut ein Vierteljahrhundert her, dass – im Jahr 1992 – in der Mehrzahl der Länder auf dem lateinamerikanischen Kontinent innerhalb eines Jahres gewählt wurde. Damals, kurz nach der so genannten „Wende“ in Europa, wurde der in die Amtszeit von George Bush Senior fallende Aufstieg der Rechten durch die Abwahl der Sandinisten im Jahr 1990 eingeleitet. Heute, da sich in Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Brasilien linksliberale und rechtsextreme Kandidaten auf Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen (meist sogar beides) vorbereiten, oder diese – wie in El Salvador, Costa Rica und Paraguay – schon abgehalten wurden, scheint die Lage ähnlich zu sein.

Bewegung Brasiliens (PMDB) zu ersetzen. Ihr Vorgänger, der populäre Gewerkschaftler Luiz Inácio „Lula“ da Silva, der mit ebenso hohen Werten wie Manuel López Obrador in Mexiko an der Spitze der Meinungsumfragen liegt, wurde von einem Gericht in zweiter Instanz wegen eines unbewiesenen Hauskaufs, den ihm angeblich der Baulöwe OAS zugeschanzt habe, zu zwölf Jahren und einem Monat Haft verurteilt.

Von Leo Gabriel

Das ist einer der Gründe, warum der Wahlkampf zurzeit nahtlos in einen Straßenkampf überzugehen scheint. So hat der rechtsextreme Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonaro dafür gesorgt, dass der Gouverneur von Rio de Janeiro nach einem sehr regierungskritischen pro-Lula-Karneval über diese Weltstadt den Ausnahmezustand verhängte. Aber auch die ehemalige Umweltministerin Marina da Silva, die sich schon vor Jahren von Lula getrennt hat, kann sich gewisse Chancen ausrechnen, das höchste Amt im Staat zu erlangen.

Kolumbien und Paraguay: auf des Messers Schneide

Ähnliche Spannungen zeichnen sich auch in Kolumbien ab, wo Iván Duque, ein enger Vertrauter des Rechtspopulisten und Kriegshetzers, des ehemaligen Langzeitpräsidenten Alvaro Uribe, auf die linksliberale Koalition unter Führung von Gustavo Petro stößt, auf den Anfang März ein Anschlag verübt wurde.

Die Liste der konfrontativen Wahlkämpfe könnte beliebig fortgesetzt werden: etwa mit Costa Rica, wo der bis vor kurzem unbekannte Fabricio Alvarado Muñoz, nach dem ersten Wahlgang noch in Führung, die Präsidentschaftswahlen im zweiten Durchgang dann doch deutlich verloren hat. Vier Jahre lang hatte der evangelikale Prediger als einziger Abgeordneter die rechtsevangelikalen Splitterpartei *Restauración Nacional* (RN) im Parlament vertreten, wo er gegen Homosexuellenrechte, Abtreibung und vermeintliche „Genderideologie“ in den Bildungsplänen agitierte. Doch Carlos Alvarado von der sozialdemokratischen Regierungspartei PAC ging als klarer Sieger aus der Stichwahl hervor.

Bereits in den beiden Vorjahren haben in Argentinien mit Mauricio Macri, in Chile mit Sebastián Piñera, in Peru mit Pedro Pablo Kuczynski, in Guatemala mit Jimmy Morales und in Honduras mit Juan Orlando Hernández Vertreter der politischen Rechten den in der letzten Dekade erfolgten, kometenhaften Aufstieg der Phalanx linker Präsidenten wie Hugo Chávez (Venezuela), Daniel Ortega (Nicaragua), Salvador Sánchez Cerén (El Salvador), Rafael Correa (Ecuador), Evo Morales (Bolivien), Fernando Lugo (Paraguay), Pepe Mujica (Uruguay) und Cristina Kirchner (Argentinien) durchbrochen oder ihm zumindest ein ultrakonservatives Gegengewicht entgegengesetzt. Ist damit das Ende der roten Fahnenstange erreicht, von der Fidel Castro einmal behauptet hatte, sie stelle die „zweite Unabhängigkeit“ (*la segunda independencia*) Lateinamerikas dar?

Mexikanische Hoffnungen

Diese Frage ist so leicht nicht zu beantworten. Denn die beiden Giganten des lateinamerikanischen Kontinents, Mexiko und Brasilien, befinden sich gerade jetzt in einem Wahlkampf, der kontroversieller nicht sein könnte. In Mexiko liegt im Vorfeld der für den 1. Juli anberaumten Wahlen Andrés Manuel López Obrador (AMLO), der Kandidat der linken MORENA-Partei, der bereits zum dritten Mal antritt, schon seit geraumer Zeit den Meinungsumfragen zufolge um etwa 15 Prozentpunkte in Führung, gefolgt von Ricardo Anaya, der sowohl die rechtskonservative PAN (*Partido de Acción Nacional*) als auch die ehemals sozialdemokratisch orientierte PRD (*Partido de la Revolución*

Democrática) repräsentiert. Weit abgeschlagen ist den Umfragen zufolge José Antonio Meade, der Kandidat der historischen PRI (*Partido Revolucionario Institucional*), die den völlig diskreditierten gegenwärtigen Präsidenten Enrique Peña Nieto stellt.¹

„Wenn alles mit rechten Dingen zginge, müsste AMLO gewinnen“, sagen die allermeisten MexikanerInnen. Doch das ist gerade das Problem in einem Land, dem nicht zu Unrecht die Weltmeisterschaft in der Kunst des Wahlbetrugs nachgesagt wird. So hat die Wahl von Juan Orlando Hernández in Honduras im November vergangenen Jahres, bei der nach der Auszählung von über 50 Prozent der Stimmen plötzlich die Computer ausgefallen sind, Erinnerungen an das Jahr 1988 in Mexiko geweckt, als dem Kandidaten der damals noch linken PRD, Cuauhtémoc Cárdenas, der Sieg auf die gleiche Weise aberkannt wurde. Aber auch der Mord an dem linksliberalen Luis Donaldo Colosio im Jahr 1994, der bis heute nicht aufgeklärt ist, hat bei vielen MexikanerInnen die Befürchtung aufkeimen lassen, dass sich ein solcher *magnicidio* wiederholen könnte.

Brasilien: ein Gigant in der Mausefalle

Ein Konflikt ganz anderer Art zeichnet sich bei den für Oktober anberaumten Wahlen in Brasilien ab, wo es der politischen Rechten im Mai 2016 gelungen war, die amtierende Präsidentin Dilma Rousseff in einem Staatsstreich-ähnlichen Impeachment-Verfahren abzusetzen und durch den der Korruption verdächtigen Michel Temer von der Regierungspartei Demokratische



Venezuela, Gouverneurswahlen am 15. Oktober 2017

die seit zwei Jahren überhand nehmende Wirtschaftskrise nicht in den Griff bekommt; bloß dass sich die rechtsradikale Opposition insoweit verschätzt haben dürfte, als sie sich mit ihrem Wirtschaftsboykott und einer ausufernden Gewaltwelle gegen Maduro ins eigene Fleisch geschnitten hat und gerade jetzt, wo es darum ginge, im Hinblick auf die am 20. Mai stattfindenden Wahlen vor der notleidenden Bevölkerung ein Bild der Einheit zu zeigen, heillos zerstritten ist.

Das wiederum befeuert die Gerüchteküche, der zufolge es Donald

Trump darauf abgesehen habe, eine direkte militärische Intervention zu wagen, die jedoch angesichts der Unterstützung der venezolanischen Armee für den Nachfolger von Hugo Chávez wenig aussichtsreich wäre.

Ein anderes System ist nötig

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es je nach Land durchaus unterschiedliche Szenarien gibt, welche noch keine Einschätzung des daraus resultierenden Gesamtbildes zulassen. Was die Wahlen betrifft, ist für die Linke in ganz Lateinamerika eher die „Rolle rückwärts“ angesagt. Gleichzeitig und scheinbar im Widerspruch dazu haben die Massenmobilisierungen in fast allen Ländern zugenommen. Der Teufel liegt im System, das nicht jene Parteien und politischen Persönlichkeiten honoriert, welche die meisten SympathisantenInnen auf die Straße bringen, sondern jene, welche die meisten Kommunikations- und Korruptionsmittel für die meist unter der Gürtellinie geführte Schlamm-schlacht aufbringen können. Demokratie hin oder her: Letztlich entscheiden die so genannten Wahl- und sonstigen Tribunale, die alles eher als unabhängig sind, sondern in der Regel unter dem Einfluss der lokalen und internationalen Finanzmärkte stehen.

Und um daran etwas zu ändern, bedürfte es eines grundsätzlichen Paradigmenwechsels. Das heißt, es müssten Institutionen geschaffen werden, die ihre Kraft von der Basis her beziehen und nicht von irgendeinem meist anonymen Geldgeber. ■

¹ Anfang Mai wurde inoffiziell bereits damit gerechnet, die PRI werde Meades Kandidatur zurückziehen und ebenfalls Anaya unterstützen.

Weniger Glück hatte in Paraguay die links blinkende Allianz unter der Ägide des liberalen Kandidaten Juan Bautista Ybañez, der dem Oligarchensohn Mario Abdo Benítez von der seit langem regierenden *Colorado*-Partei um 3,7 Prozentpunkte unterlag. Daran konnte auch der Umstand nichts ändern, dass es die junge Grüne Partei, die zum ersten Mal angetreten war, mit 3,3 Prozent auf den dritten Platz schaffte.

Wahltag als Zahntag für die Linke

Noch empfindlicher war im zentral-amerikanischen El Salvador am 4. März die Niederlage der Ex-Guerilleros von der FMLN (*Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional*) bei den Parlaments- und Kommunalwahlen gegenüber der rechtsradikalen Partei ARENA – nicht zuletzt deshalb, weil sie sich allzu sehr auf ihren Propagandaapparat verlassen hatten und kaum Erfolge auf dem Gebiet der Wirtschaft (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität) aufweisen konnten.

Das gleiche Schicksal könnte auch den venezolanischen Staatspräsidenten Nicolás Maduro treffen, der im Unterschied zu seinem berühmten Vorgänger Hugo Chávez



Identitätskontrolle bei den venezolanischen Gouverneurswahlen im Oktober 2017

BRASILIEN IN DER KORRUPTIONSFALLE:

Was lange Zeit unmöglich schien, ist eingetreten. Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva sitzt im Gefängnis. Die politische Rechte, allen voran die Massenmedien, sprechen von einem Sieg gegen Straflosigkeit und Korruption. Für die Linke ist es die Fortsetzung des illegalen Machtwechsels, der 2016 mit der höchst umstrittenen Absetzung von Präsidentin Dilma Rousseff begann. Hunderte Lula-Anhänger kampieren in der Nähe seines Gefängnisses in der südbrasilianischen Stadt Curitiba und führen den Protest gegen den parlamentarischen Coup d'Etat in Brasilien an. Ein Aufstand blieb aus, doch rumort es im Land und immer wieder kommt es zu Protestaktionen. Lulas Verteidigung hat bereits die nächsten juristischen Schritte eingeleitet, um die vorzeitige Haft ohne rechtskräftige Verurteilung zu beenden.

Korruptionsrichter Sérgio Moro hatte am Donnerstag zuvor die Inhaftierung Lulas wegen Korruption angeordnet. Doch statt innerhalb der Frist von 24 Stunden bei der Polizei zu erscheinen, verschanzte sich der populäre Ex-Präsident zusammen mit Parteigenossen und Unterstützern fast zwei Tage lang im Gebäude der Metallarbeitergewerkschaft seiner Heimatstadt São Bernardo do Campo. Nach Verhandlungen mit der Polizei nahm Lula vor dem Gewerkschaftssitz an einer Gedenkmesse für seine vergangene Jahr verstorbene Frau Marisa Leticia teil und hielt im Beisein seiner Amtsnachfolgerin Rousseff vor tausenden Anhängern seine letzte Rede auf freiem Fuß.

Lula spricht von Klassenjustiz

Seinen Widersachern warf Lula Klassenjustiz vor: „Ich habe schon vor langer Zeit davon geträumt, dass es in diesem Land möglich ist, Millionen armer Menschen in die Wirtschaft einzubeziehen, an die Universitäten zu schicken und Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Für dieses Verbrechen klagen sie mich jetzt an“, erklärte der ehemalige Gewerkschafter umringt von linken Parteigrößen und Vertretern sozialer Bewegungen. „Ihr alle seid Lula“, rief er ihnen zu.

In einigen Städten kam es zu Zusammenstößen zwischen Gegnern und Unterstützern des Linkspolitikers. Zahlreiche Straßen wurden teils stundenlang blockiert.

Nach kurzer Weigerung und einer Abschiedsrede trat Lula da Silva am 7. April seine Haftstrafe an. An seiner Unschuld und seiner Kandidatur hält er fest, wenngleich er es seiner Partei überlassen hat, im Falle seiner Verhinderung einen anderen Kandidaten bzw. eine Kandidatin zu bestimmen. Statt die wirkliche Korruption zu bekämpfen, wird in Brasilien derzeit die Justiz politisch instrumentalisiert. Das könnte sogar zur Verschiebung der für den 7. Oktober angesetzten Präsidentschaftswahlen führen.

Von Andreas Behn

Das Wohnhaus der Vorsitzenden des Obersten Gerichts, Cármen Lúcia Rocha, und mehrere Polizeireviere wurden mit Farbbeuteln beworfen. Ein Aufstand blieb jedoch bisher aus.

Für den konservativen Bürgermeister von São Paulo, João Doria, ist die Inhaftierung von Lula ein „Sieg der brasilianischen Justiz“. „Es ist eine Warnung an alle schlechten Politiker, dass das Gesetz für alle gilt.“ Ganz anders die Stellungnahme des Gouverneurs des Bundesstaates Piauí: „Es ist ein Trugschluss, dass jemand von der Größe Lulas verhaftet werden kann“, erklärte Wellington Dias. Lula da Silva repräsentiere ein politisches Projekt nicht nur für Brasilien, sondern weltweit. „Wir müssen jetzt in einem breiten Bündnis die Demokratie verteidigen, denn die Gegenseite wird nicht locker lassen“, so der PT-Politiker.

Unmittelbar vor der Ausstellung des Haftbefehls hatte das Oberste Gericht in einer Grundsatzentscheidung eine Inhaftierung nach Verurteilung in zweiter Instanz erlaubt und damit grünes Licht für Lulas Gang ins Gefängnis gegeben. Im Januar war der ehemalige brasilianische Präsident (2003-2010) von einem Berufungsgericht wegen Bestechlichkeit und Geldwäsche zu zwölf Jahren und einem Monat Haft verurteilt worden, obwohl der angebliche Kauf eines Apartmenthäuschens am Strand zu besonders günstigen Bedingungen, den man ihm vorwirft, nie bewiesen werden konnte.

Damit ist auch Lulas Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober, an der die PT bislang festhält, gefährdet. Mit der zweitinstanzlichen Verurteilung hat Lula sein passives Wahlrecht eingebüßt. Allerdings kann er dagegen Berufung einlegen, so dass das Oberste Wahlgericht über seine Teilnahme befinden muss.

Die Verhaftung von Ex-Präsident Lula da Silva treibt eine politische und institu-

tionelle Krise in Brasilien auf den Höhepunkt, die schon vor einigen Jahren begonnen hat. Die Spaltung in zwei diffuse politische Lager zwischen der linksliberalen Arbeiterpartei und der rechten Opposition hatte sich just dann vertieft, als Lulas Nachfolgerin dem Druck der Großunternehmer gewichen war. Jetzt ist für die einen das vorläufige politische Aus von Lula ein Sieg des Rechtsstaats gegen Straflosigkeit von korrupten Politikern. Für die anderen ist es das genaue Gegenteil: der Sieg einer politischen Strömung, die mit Hilfe einer willfährigen Justiz den Rechtsstaat und demokratische Wahlen aushebelt. Beide Seiten eint die Überzeugung, gegen Korruption zu sein.

Korruption als politischer Faktor

Es ist bemerkenswert, dass es ausge-rechnet das Thema Korruption ist, das Brasilien immer weiter in Richtung Abgrundschiebt. Dabei ist Korruption keineswegs ein besonders lateinamerikanisches Phänomen, sondern ein weltweites Problem – das wissen die Menschen beispielsweise in Südkorea ebenso wie die Kundschaft von Volkswagen oder der Deutschen Bank. Genauso wenig haben die korrupten Umtriebe Brasilien erst seit dem Amtsantritt von Lulas Arbeiterpartei PT im Griff. Allerdings hat der illegale Tausch von Geld gegen Gefälligkeiten in Brasilien ein Ausmaß erreicht, dass er inzwischen als Teil des politischen und wirtschaftlichen Systems verstanden werden muss.

Im Grunde handelt es sich bei der in Brasilien üblichen Korruption um eine klassische Win-Win-Situation für die Beteiligten: Unternehmer oder andere Interessierte zahlen eine begrenzte Summe Geld, um im Gegenzug Verträge oder Leistungen zu bekommen, die dem Geschäftsbetrieb später eine wesentlich höhere Einnahme ermöglichen. Die Geldneh-

LULA UND DIE WAHLEN

mer oder „Korruptierten“ sind diejenigen, die aufgrund öffentlicher Ämter oder einer Machtposition in der Lage sind, andere zu bevorteilen. Sie stecken die illegalen Geldgeschenke entweder in die eigene Tasche oder – wie in Brasilien gang und gäbe – in die chronisch knappen Kassen politischer Parteien. Da dieses Tauschgeschäft sehr

von einem Regierungswechsel beeinträchtigt werden konnte. Ähnlich offen wurde innerhalb der Parteien mit dem Geldsegen umgegangen. Es gibt viele Zeugenaussagen über Spitzenpolitiker, die beisammen saßen und über die Verteilung der Pfründe an Koalitionspartner und andere Verbündete beratschlagten.

system geschuldet. Mehrere PT-Minister und Spitzenpolitiker wurden zu Haftstrafen verurteilt. Auch damals schon klagten viele UnterstützerInnen der PT – unter ihnen auch diejenigen, die der Partei aus Enttäuschung über den *Mensalão* den Rücken kehrten – über das selektive Vorgehen von Justiz und Ermittlungsbehörden. Ein ähnlicher Skandal ereignete sich im Bundesstaat Minas Gerais, in dem die konservative PSDB, der wichtigste Gegenspieler der PT in den letzten 25 Jahren, die

Strippen zog. Trotz mehrerer Prozesse sitzt bis heute kein Beteiligter hinter Gittern.

Justiz mit zweierlei Maß

Der Vorwurf, dass die Korruptionsermittlungen politisch instrumentalisiert werden, ist kaum von der Hand zu weisen. Jahrzehntlang wurde über korrupte Machenschaften nur geklagt. Als 2003 erstmals seit der Militärdiktatur eine fortschrittliche, sozial ausgerichtete Regierung in Brasilien an die Macht kam, wurden plötzlich Nachforschungen angestellt, die auch zu Verurteilungen führten. Korruptionsrichter Sérgio Moro, heute der große

Held der rechten Anti-PT-Bewegung, strengte gezielt Prozesse gegen PT-Politiker an; einmal ließ er Lula sogar vor versammelter Presse mittels eines martialischen Polizeieinsatzes zum Verhör abführen und veröffentlichte illegalerweise Telefonmitschnitte von Gesprächen der damaligen Präsidentin Dilma Rousseff mit Lula. Die Verurteilung Lulas wegen der angeblichen Überlassung eines Apartmenthäuschens am Meer durch einen Baukonzern erfolgte aufgrund einer Kronzeugenaussage und ohne materielle Beweise.

Während viele PT-ler hinter Gittern sitzen, endete noch kein Korruptionsprozess gegen die zahlreichen verdächtigten PDSB-Politiker mit einer rechtsgültigen Haftstrafe. Dass Mitglieder der jetzigen konservativen Regierung teilweise juristisch verfolgt werden, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass sie zuvor Teil der PT-Regierungskoalition waren und just deswegen in das Visier von Moro und seinen Ermittlern gerieten.



„Eine Wahl ohne Lula ist Betrug“: Protest beim Weltsozialforum gegen Lulas Verhaftung

gut funktioniert, solange der Staat und die Justiz wegschauen, und oft von vielen Beteiligten geradezu als Selbstverständlichkeit eingefordert wird, ist das nicht nur ein Problem von korrupten Individuen, sondern auch des Systems als Ganzen.

Der aktuelle Korruptionsskandal in Brasilien – allgemein als *Lava Jato*, also Autowaschanlage bekannt, da die Ermittlungen auf einer Tankstelle begannen – funktionierte genau nach diesem Schema. Vor allem große Bauunternehmen wie *Odebrecht*, aber auch der weltgrößte Rindfleischproduzent JBS und andere Unternehmen schmierten Politiker aller Couleur, um überbezahlte Aufträge von Staatsunternehmen wie dem Ölkonzern *Petrobras* zu ergattern oder um per Dekret oder Gesetzesinitiative Vorteile zu erheischen. Nicht nur der *Odebrecht*-Baukonzern, der in über zehn Ländern Politiker schmierte, unterhielt eigene Abteilungen, um über Jahre hinweg die mehrere Milliarden Euro Bestechungsgeld so breit zu verteilen, dass die Bevorzugung seitens der Politik nicht

Das *Lava Jato*-System funktioniert zumindest seit den 1990er Jahren und wird erst seit vier Jahren juristisch verfolgt. Zeitgleich wurde der sogenannte *Zelotes*-Skandal aufgedeckt, bei dem Beamte von Steuerbehörden bestochen wurden, damit sie Steuerschulden von Unternehmen unter den Tisch fallen ließen. Die Summen, die dabei veruntreut werden, sind ungleich höher als bei *Lava Jato*, doch weder die Öffentlichkeit noch die Justiz zeigt großes Interesse an einer Aufklärung.

Der erste Höhepunkt der Korruptionsbekämpfung war allerdings der sogenannte *Mensalão* am Ende der ersten Amtszeit von Lula da Silva 2006. Dabei ging es um den Kauf von Stimmen im Kongress, um Gesetzesvorhaben durchzubringen. Hintergrund war, dass die PT-Regierung nicht genug Parlamentarier hatte und auf die Unterstützung durch dubiose Politiker und Kleinstparteien angewiesen war. Der Stimmenkauf innerhalb von Regierungskoalitionen ist in Brasilien seit langem üblich und zum Teil dem präsidentiellen Wahl-

Interview mit
Marcos Arruda

Das Gespräch mit dem weit über die Grenzen Brasiliens hinaus wohl bekanntesten Vorkämpfer für ein solidarisches Wirtschaften führte **Leo Gabriel** beim Weltsozialforum in Salvador de Bahía.



„WIR SCHLAGEN ZWEIERLEI STRATEGIEN VOR“

⇒ von Seite 7: BRASILIEN

Das selektive Vorgehen der Strafverfolger ist nicht nur ungerecht, sondern hat auch weitreichende politische Konsequenzen. Jenseits der Schuldfrage nimmt der so genannte Kampf gegen die Korruption direkten Einfluss auf die kommende Wahl. Während Umfrageführer Lula im Knast sitzt, darf sich der vielfach verdächtige PSDB-Mann Geraldo Alckmin in Stellung bringen. Schon die Amtsenthebung von Rousseff im Kontext einer breiten Anti-Korruptionsstimmung hat nicht nur den Rechtsstaat untergraben, sondern auch eine rechtskonservative Regierung an die Macht gebracht, die an den Urnen keine Chance gehabt hätte. Institutionen wie Staatsanwaltschaft, Justiz und Polizei werden heute in Brasilien im Namen der Korruptionsbekämpfung eher für ideologische Zwecke missbraucht, als dass sie dem Übel an die Wurzel gehen.

Wahlen in der Sackgasse

So unklar wie Lulas Kandidatur ist fast alles bei der bevorstehenden Wahl. Außer dem rechtsradikalen Ex-Militär Jair Bolsonaro, der in Umfragen bereits an zweiter Stelle nach Lula liegt, gibt es keine aussichtsreichen Kandidaten. Weder die traditionelle Rechte um die Unternehmerpartei PSDB noch die jetzige Regierungskoalition kann sich auf Kandidaten einigen. Dies nährt die Befürchtung, dass die Wahl gar nicht stattfinden oder verschoben werden könnte.

Ein weiterer Grund für dieses Schreckensszenario sind die juristischen Probleme von Präsident Michel Temer und seiner wichtigsten Minister: Alle stecken so tief im Korruptionssumpf, dass sie nach dem Verlust ihrer Immunität direkt festgenommen werden müssten. Es wäre ihnen also lieber die (Ab-)Wahl zu verschieben, etwa mit dem Hinweis auf einen Ausnahmezustand, den die Militärs „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ in Rio de Janeiro gerade proben.

Auf das linke Parteienspektrum hingegen hat die Krise im Land und die Hatz auf Lula eine einigende Wirkung gezeigt. Erstmals seit langem ziehen linke Parteien bis hin zu den Kommunisten der PCdoB und der PT-Abspaltung PSOL weitgehend an einem Strang. Zwar setzt jede auf eine eigene Kandidatur, doch bei Lulas Abschiedsrede standen alle neben ihm auf dem Podium. ■

Der Autor ist Korrespondent des Nachrichtendienstes Poonal in Brasilien.

hängt von den Szenarien ab, die sich in der Zukunft ergeben werden. Wenn der Oberste Gerichtshof in dritter Instanz entscheidet, dass er antreten kann, wird er sicher auch die Wahlen gewinnen. Aber sein Sieg, fürchte ich, wird ein Sieg des Systems sein. Denn er wird mit den reaktionären, rechten Sektoren Vereinbarungen schließen. Und dann wird er wieder einige soziale Projekte vorantreiben, um dieses Defizit zu kompensieren. Aber die Basis des Systems wird dieselbe sein.

i In letzter Zeit ist es zur Herausbildung der so genannten Widerstandsversammlungen gekommen, hier in Brasilien, aber auch in Afrika und Asien. Glaubst du, dass die Strategie, die sozialen Bewegungen unter einem Dach zu vereinen, richtig ist?

Das ist ganz ausgezeichnet. Wir schlagen zweierlei Strategien vor, eine von unten und eine andere von oben. Die von unten ist die Organisation der Arbeiterinnen und Arbeiter, der schwarzen Widerstandsnester und der indigenen Bevölkerung in Gemeinden, die über eine Souveränität auf ihrem eigenen Territorium und über ihre Bodenschätze verfügen. Diese Gemeinden sollen über einen lokalen oder regionalen Entwicklungsplan abstimmen, bei dem es wichtig ist, dass sie einander solidarisch ergänzen.

Die andere Strategie setzt bei einer Reform des Staates an, der seine Rolle reduzieren sollte und zwar auf nationaler, regionaler und globaler Ebene, um es den Gemeinden zu ermöglichen, ihr eigenes Schicksal und ihre eigene Entwicklung in die Hand zu nehmen. Der Staat ist wie ein Dirigent, der die einzelnen Musiker aufeinander abstimmen sollte.

Und das sollte auch auf globaler Ebene passieren, wo derzeit nur die Staaten etwas zu reden haben. Es sollte ein „Rat der menschlichen Sicherheit“ geschaffen werden, in dem nicht die Staaten, sondern die Bevölkerung und ihre Gemeinden selbst repräsentiert sind. ■

i Warum hat Dilma Rousseff nicht nur politisch, sondern auch, was die Ökonomie betrifft, abgewirtschaftet?

MA: Dilma war eine Technokratin, die geglaubt hat, dass Wachstum gleichbedeutend mit Entwicklung ist. Wir aber glauben, dass ein Wachstum, das die Zerstörung der Natur beinhaltet, keine Entwicklung ist. Entwicklung ist etwas Qualitatives, Entwicklung ist nicht nur Wirtschaft, sondern muss auch sozial, kulturell und politisch sein und vor allem eine Basis im natürlichen Umfeld haben.

Dilma aber hat geglaubt, wenn sie einige Megaprojekte mithilfe eines Ministers, der ein Banker war, durchzieht, dann wird es mit der Wirtschaft aufwärts gehen.

i Was meinst du: wird Lula zurückkehren, und wenn er zurückkommt, wird er eine andere Wirtschaftspolitik umsetzen – im Sinne einer Solidarökonomie, wie du das schon lange forderst ?

Das ist eine gute Frage, deren Beantwortung noch in den Sternen steht. Das



WAHLEN IN KOLUMBIEN: ENTSCHEIDUNGSSCHLACHT FÜR DEN FRIEDEN

Wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen vom 27. Mai präsentiert sich Kolumbien als zutiefst gespaltenes Land. Alles deutet darauf hin, dass die Stichwahl am 17. Juni zwischen dem Kandidaten der extremen Rechten und jenem der Linken entschieden wird. Iván Duque, der vom rechten Ex-Präsidenten Álvaro Uribe ins Rennen geschickt wurde, führt die Umfragen an. Gustavo Petro, einst Comandante der Guerilla M19, später Senator und Bürgermeister von Bogotá, hat beste Aussichten, die Stimmen links der Mitte auf sich zu vereinigen.

Von Ralf Leonhard

Beide haben die Vorwahlen ihrer jeweiligen Parteien am 11. März gewonnen, was ihre Kampagnen spürbar beflügelte. Der 56jährige Petro, ein mitreißender Redner, löst bei seinen Auftritten geradezu euphorische Reaktionen aus. Sollte er tatsächlich Präsident werden, so könnten die Rahmenbedingungen für ihn nicht schwieriger sein. Er müsste gegen eine rechte Mehrheit im Kongress regieren und ohne eigene politische Hausmacht den Widerstand klientelistischer Seilschaften und korrupter Lokalpolitiker überwinden, um seine Reformvorhaben zu verwirklichen. Seine Partei *Colombia Humana*, eine Abspaltung vom linken *Polo Democrático Alternativo* (PDA), hat weder Abgeordnete noch Senatoren im Kongress. Der PDA schickt mit Sergio Fajardo einen ehemaligen Bürgermeister der Millionenstadt Medellín ins Rennen.

Bei den bevorstehenden Wahlen geht es um nicht mehr und nicht weniger als die Fortsetzung des Friedensprozesses, der mit dem Abkommen von Havanna vom August 2016 kulminierte. Während der ehemaligen Guerilla der FARC die weitgehende Erfüllung ihrer Verpflichtungen bescheinigt wird, ist die Regierung säumig. Zum Teil ist das der Sabotage der Rechtsfraktion unter Álvaro Uribe zuzuschreiben. Uribe verteuft ja das Abkommen als Ausverkauf an die „Terroristen“ der FARC und lässt nichts unversucht, um die legislative Umsetzung der Vereinbarungen zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Zum Teil mangelt es einfach an der nöti-

gen Ernsthaftigkeit der Regierung, etwa bei der Bereitstellung der Infrastruktur für die Lager, wo die Kämpfer der FARC sich gesammelt haben und auf ein ziviles Leben vorbereitet werden sollen.

Kein guter Start für die FARC

Wie nicht anders zu erwarten, haben sich daher Ex-Guerilleros auf eigene Faust auf die Suche nach einer neuen Lebensgrundlage gemacht. Einige sind dabei beim Drogenhandel gelandet. Spektakulärster Fall ist der des Comandante Jesús Santrich, der am 9. April in einer spektakulären Operation der Sicherheitskräfte festgenommen wurde¹. Er war gerade dabei, eine Lieferung von zehn Tonnen Kokain in die USA zu schleusen. Gegen ihn liegt ein Auslieferungsbegehren der USA vor. Santrich hat nicht nur bei den Verhandlungen in Havanna eine führende Rolle gespielt. Er sollte auch einen der fünf Sitze im Senat einnehmen, die den FARC unabhängig vom Wahlergebnis zustehen.

Auch sonst läuft es für die ehemalige Guerilla, die sich auf *Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común* (FARC) umgetauft hat, nicht wirklich günstig. Parteichef Rodrigo Londoño alias Timochenko hat sich aus dem Präsidentenrennen zurückgezogen. Eine Herzoperation lieferte ihm den willkommenen Vorwand wenige Tage, bevor die Kongresswahlen den FARC eine vernichtende Niederlage bescheren sollten. Sie blieben mit weniger als 0,5 Prozent der Stimmen unter der Wahrnehmungsgrenze und konnten keinen einzigen Abgeordneten oder Senator kraft Wählerstimmen entsenden. Timochenko war bei seinen Wahlveranstaltungen nicht nur verbal, sondern auch mit Steinen attackiert worden. Augenzeugen berichteten von organisierten Gruppen, die – so mutmaßten die FARC – von Uribes *Centro Democrático* losgeschickt wurden. Die Rechtsparteien sprachen vom „berechtigten Volkszorn“, der sich gegen die Verantwortlichen für Tod und Kidnapping gerichtet habe.

Rechte Verteufelungsstrategie

Uribes Kandidat Iván Duque hat sich in den Umfragen mit 40 Prozent der Wählerpräferenzen an die Spitze gesetzt. Der ehemalige Vizepräsident Varga Lleras,



Linkskandidat Gustavo Petro

der für das rechte Zentrum steht, scheint mit nur 6 Prozent chancenlos. Sergio Fajardo, der die Mitte besetzt, kommt auf 11 Prozent und könnte in Allianz mit dem Chef-Verhandler Humberto de la Calle auf 16 Prozent kommen. Beim Linkskandidaten Gustavo Petro fragen sich die Medien, ob er mit 26 Prozent sein Wählerpotenzial bereits ausgereizt hat.

Kommentatoren gehen davon aus, dass Iván Duque in der Stichwahl jedem anderen Kandidaten unterliegen würde – mit Ausnahme von Gustavo Petro, den er in einer grotesken Angstkampagne als Mann des „Castrochavismus“ verteuftelt, der Kolumbien binnen kürzester Zeit in ein zweites Venezuela verwandeln würde: mit sozialistischer Mangelwirtschaft und ausufernder Gewalt. Venezolanische Wirtschaftsmigranten, die in den Grenzstädten auf den Gehsteigen schlafen und auf dem Arbeitsstrich alles zu machen bereit sind, liefern ihm dafür die Munition. Duque rechnet sich Chancen aus, schon im ersten Wahlgang am 27. Mai die absolute Mehrheit zu erreichen. Die Warnung vor dem *Castrochavismo* hat schon in anderen Ländern der Region funktioniert, um die Rechte an die Macht zu bringen. Nicht zuletzt weil die Medien bei der extrem verzerrten Darstellung der Zustände im Erdölstaat fleißig mitmachen.

Bemerkenswert ist allerdings, dass die Themen, die Petro anfangs allein aufgriff, inzwischen von den Gegnern kopiert werden, etwa der Klimawandel, dessen Auswirkungen in Gestalt von vermehrten Dürreperioden und Hochwässern auch in Kolumbien schon unübersehbar sind. ■

¹ Anfang Mai befand sich Santrich seit drei Wochen im Hungerstreik.

PYRRHUSSIEG IM ZEICHEN DES BOYKOTTS?

Große Teile der venezolanischen Opposition boykottieren die für den 20. Mai angesetzten Präsidentschaftswahlen, obwohl sie reale Aussichten auf einen Wahlsieg hätten. Gleichzeitig droht ein möglicher bewaffneter Eingriff der Nachbarstaaten.

Von Ociel Alf López

Die SprecherInnen der Opposition argumentieren, „absolut keine Bedingungen für die gleichberechtigte Teilnahme“, „gezinkte Karten zu Gunsten Maduros“ und „ein nicht neutrales Schiedsverfahren“ hießen, dass die Wahlen illegitim sein werden. Die Chavisten ihrerseits denunzieren eine, wie sie sagen, internationale Offensive gegen Venezuela, die eine militärische Intervention erreichen wolle.

Natürlich haben Präsident Maduro, seine militärischen Verbündeten und die rechtlichen Rahmenbedingungen des Chavismus energisch auf die verschiedenen Vorschläge der Opposition reagiert. 2016 hat das von Chavisten kontrollierte Höchstgericht die von der Opposition angeführte Nationalversammlung wegen „Missachtung des Gerichts“ verurteilt, nachdem sie entschieden hatte, Maduro habe seine Pflichten als Präsident der Republik vernachlässigt. Später hat die Opposition versucht, ein Referendum zur Abwahl von Maduro zu organisieren, aber der Nationale Wahlrat (CNE) hat das aufgrund von „Mängeln beim Sammeln der Unterschriften“ verhindert. Inmitten der Gewalt auf den Straßen (*guarimba*) im Jahre 2017 schlossen Venezuelas Behörden Henrique Capriles Radonski, den populärsten Anführer der Opposition, wegen angeblich gesetzwidriger Amtsführung für 15 Jahre von der Kandidatur für jedes politische Amt aus.

Wahlmanöver zementiert die Hegemonie

Letztes Jahr hat Präsident Nicolás Maduro eine Nationale Verfassungsgebende Versammlung einberufen, die Macht über alle anderen öffentlichen Ämter und Institutionen hat. Damit wird jede neue Regierung in ein eisernes Korsett gezwängt, das sie daran hindert, frei zu agieren. Schließ-

lich wurde die Partei *Primero Justicia* (Gerechtigkeit Zuerst), eine der wichtigsten Oppositionsparteien, von der CNE für „ungültig“ erklärt, weil sie bestimmte „technische Kriterien“ bei der Sammlung von Unterschriften, um ihren Kandidaten auf den Stimmzettel zu bekommen, nicht erfüllt hatte.

Was die Wahl selbst betrifft, könnten verschiedene Führungspersonen und Parteien der Opposition dem Chavismus den Sieg entreißen. Laut Umfragen sieht sich Maduro mit deutlicher Missbilligung konfrontiert, wie mitten in einer tiefen Wirtschaftskrise zu erwarten war. 2013, nur Wochen nach dem Tod von Hugo Chávez, hat der oppositionelle Kandidat Henrique Capriles die Differenz zum Chavismus um fast zwei Millionen Stimmen reduziert. Er hat um weniger als zwei Punkte gegen Maduro verloren – ein „technisches Unentschieden“ im Vergleich zu früheren Wahlergebnissen. 2015 hat die Opposition die Parlamentswahlen mit 56% der Stimmen erdrutschartig gewonnen. Würde die Opposition als Einheitsfront teilnehmen, wie sie es während der letzten fünf Wahlen tat, wäre es unter den jetzigen Umständen mathematisch so gut wie ausgeschlossen, einen Sieg der Chavistas vorherzusagen. Trotzdem hat die Opposition beschlossen, die Präsidentschaftswahlen zu boykottieren, ohne ihre Strategie für das weitere Vorgehen klar zu machen.

Während der letzten drei Wahlen hat die Stimmenthaltung die 20%-Marke nicht überschritten. Aber jetzt scheint es wenige Anstrengungen zu geben, um die Menschen während der Vorwahlsaison zum Wählen zu bringen, wobei die Wahlen vom 22. April auf den 20. Mai verschoben wurden. Das heißt, wir können eine höhere Stimmenthaltung erwarten, vor allem da der Großteil der Opposition und deren Wähler darauf bestehen nicht teilzunehmen. Das könnte aber auch das gegenteilige Resultat bewirken, nämlich Nicolás Maduros Wiederwahl zu „legitimieren“, wie es die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Juli 2017 taten. Obwohl nur Chavistas teilnahmen, haben über acht Millionen – 40% der Wahlberechtigten – laut CNE ihre Stimme abgegeben (auch wenn diese Zahl vielfach bestritten wurde). Damals schaute das wie ein wichtiger Sieg aus, der die Opposition sehr

geschwächt hat, auch im Zusammenhang mit deren Aufruf zur Gewalt auf den Straßen in den Monaten davor.

Warum also nicht versuchen, den Chavismus über Wahlen zu besiegen, als ein Schritt, der vor undenkbar extremen Aktionen Vorrang haben sollte? Wenn Nicolás Maduro der einzige gewichtige Kandidat bleibt, erhöht das die Wahrscheinlichkeit, dass der Konflikt ein spiellooses Ausmaß erreichen wird.

Scheitert Falcón am Boykott?

Während ein gemäßigter Teil der Opposition die Kandidatur von Henri Falcón, früherer Landeshauptmann des Bundesstaates Lara, unterstützt hat, fehlt seiner Kandidatur die Unterstützung der harten Opposition, und das ist ein Zeichen interner Schwäche. Falcón, ein regionaler Anführer, der drei Mal mit der Unterstützung von sowohl Chavistas als auch Oppositionellen zum Gouverneur gewählt wurde, hat eine Vergangenheit als Chavist, was für die Führung der Opposition unverzeihlich ist. Deshalb kommt er für sie nicht als repräsentativer Kandidat in Frage. Obwohl Falcón in einigen Umfragen um sechs Punkte vor Maduro liegt, wird es für ihn sehr schwierig sein, ohne die Stimmen der harten Opposition zu gewinnen. Aber würde die Opposition wie bei den letzten Parlamentswahlen geeint auftreten, wäre Falcón ein starker Kandidat, weil er wahrscheinlich dem Chavismus viele Stimmen abnehmen würde.

Die anti-chavistische Führung hat dieses Szenario verworfen, indem sie Falcón abgelehnt hat, doch hat sie ihr Vorgehen vor oder nach den anstehenden Wahlen nicht klar umrissen. Der Diskurs ihrer Führer beruht darauf, den Weg der Wahlen zu delegitimieren, ohne eine Alternative vorzulegen.

Das Imperium setzt auf Intervention

Nach der Niederwerfung der Straßendemonstrationen des Jahres 2017 gegen Maduro, die Dutzende von Toten forderten, werden Straßendemonstrationen nicht mehr ernsthaft als Taktik in Erwägung gezogen. Maduro kann sich auf die unbegrenzte Unterstützung der Militärkräfte und der Polizei verlassen. Es scheint damit klar, dass diese Strategie die Regierung



Foto: Leo Gabriél

Stimmenauszählung bei den Gouverneurswahlen, Oktober 2017

nicht stürzen würde, es sei denn, es würde im Militär zu einer internen Spaltung kommen. Ein solches Szenario würde wahrscheinlich zu einem Bürgerkrieg führen, weil die Chavisten in den Streitkräften ihre Niederlage nicht passiv hinnehmen würden. Es ist daher schwer zu verstehen, was der frühere Chef von *Exxon Mobil* Rex Tillerson während seiner letzten Lateinamerika-Reise als Außenminister der Regierung Trump meinte, als er sagte, in Venezuela und Lateinamerika „ist es das Militär, das sich darum kümmert. Wenn die Dinge so schlecht liegen, dass die Militärführung feststellt, dass sie den Bürgern nicht mehr dienen kann, dann wird sie für einen friedlichen Übergang sorgen“.

Aufgrund der Untätigkeit der Opposition scheint eine militärische Intervention der USA und vor allem ihrer Verbündeten in Südamerika möglich. Anfang Februar, als der damalige US-Außenminister Rex Tillerson auf der bereits genannten Tour war, haben Brasilien und Kolumbien Truppen an die venezolanische Grenze verlegt und damit argumentiert, dass die massive venezolanische Emigration in ihre Länder ein „humanitäres Drama“ ausgelöst habe, das ihr Staatsgebiet beeinträchtigt. Gleichzeitig hat die UNO einen Tag vor dem Beginn von Tillersons Reise den Fall der umstrittenen Grenze in Esequibo zwischen Venezuela und Guyana an den Internationalen Gerichtshof weitergeleitet – eine empfindliche Niederlage für Venezuelas Regierung.

So nimmt eine Intervention Gestalt an: mit Nachbarstaaten entworfen und vergleichbar mit anderen globalen Konflikten

in letzter Zeit. Es könnte über die Zerstückelung Venezuelas passieren, wenn der Internationale Gerichtshof ein Urteil zu Gunsten Guyanas fällt, über das Setzen auf Spaltungen innerhalb des venezolanischen Militärs oder durch neue Straßenaufstände. Und es bleibt plausibel, da Trump selbst sagte, dass das US-Militär intervenieren könnte. Mit dem Einzug von Mike Pompeo, dem außenpolitisch harten ehemaligen CIA-Chef, ins Außenministerium, und von John Bolton als neuem Nationalen Sicherheitsberater, der H.R. McMaster ablöste, scheint ein solches katastrophales Szenario immer plausibler.

Solch eine extreme Möglichkeit – die es trotzdem nicht schaffen könnte, den Chavismus zu entmachten – führt zu einem parallelen Szenario: Wenn Maduro einen weiteren Wahlerfolg erzielt, könnte die Regierung ihr absolutes Monopol über die demokratischen Institutionen weiter ausbauen und das Rechtssystem so anpassen, dass sie auf unbestimmte Zeit an der Macht bleiben könnte. In der Tat hat die Verfassungsgebende Versammlung verlangt, der CNE solle die Wahlen zum Parlament – der einzigen institutionellen Macht unter Kontrolle der Opposition, deren Mandat 2020 ausläuft – vorverlegen. Andererseits warnte Maduro angesichts eines drohenden Ölembargos, wie von Tillerson dargelegt, Venezuela könnte sein Öl auf anderen Märkten verkaufen, womit der Konflikt auf allen Ebenen eskalieren würde.

Es ist schwer zu verstehen, warum die Führung der Opposition die Wahlteilnahme ausgeschlossen hat, oder was ihr künf-

tiger Weg – zwischen Wahlen und Aufstand – sein wird. Die wirkliche Stärke des Chavismus liegt in seiner organisatorischen und politischen Maschinerie, die bei den letzten Wahlen im Dezember 2017 ungefähr sechs Millionen Stimmen erreichen konnte. Doch diese Zahl reicht nicht aus, um Präsidentschaftswahlen in einem Land zu gewinnen, das eine historisch hohe Wahlbeteiligung aufweist und dessen gesamte Wählerschaft mehr als 20 Millionen Personen beträgt, von denen fast acht Millionen 2015 für die Opposition stimmten.

Natürlich könnte der Sieg über den Chavismus an den Urnen trotzdem bedeuten, dass eine neue Regierung über ein nicht regierbares Land herrscht. Der gewählte Präsident müsste sich der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung, dem Internationalen Gerichtshof, den Streitkräften und einem erheblichen Segment der Bevölkerung stellen, es sei denn man einigt sich auf versöhnliche Strategien, was Henri Falcón schaffen könnte. Aber die radikale Opposition – von der viele im Exil oder auf Grund von Haftstrafen, Ausschluss oder schlechtem Ruf politisch geschwächt sind – dominiert die öffentliche Meinung und wird keinen allmählichen Abgang ohne die völlige Vernichtung des Chavismus akzeptieren.

Die Gründe für den Boykott der Opposition scheinen eher einer Linie, die von Trump und seiner Regierung vorgegeben wurde, zu folgen als einer effektiven Strategie. Aber das wäre nicht das erste Mal, dass so etwas geschehen ist. 2005 hat die gesamte Opposition die Parlamentswahlen boykottiert, und der darauffolgende totale Triumph des Chavismus prägt immer noch das gesamte herrschende Rechtssystem. Die Unfähigkeit der USA, den Chavismus zu untergraben, hat zu einer Rückkehr von Strategien geführt, wie sie die USA in Zentralamerika (auch in Panama) während des Kalten Krieges verfolgt haben. Aber die interne Situation in Venezuela könnte auch Parallelen – allerdings entfernte – mit der *Partido Revolucionario Institucional* (PRI) in Mexiko haben, die 70 Jahre lang an der Macht gewesen ist. Die Frage ist: Was kommt danach? ■

Ociel Alí López ist ein Soziologe, politischer Analyst und Professor an der *Universidad Central de Venezuela*. Er erhielt Preise für sein Buch „*Dale más gasolina: chavismo, sinfrinismo y burocracia*“ (2015) und 2004 den Internationalen Preis für junge Forscher von CLACSO/Asdi. Den auf www.nacla.org veröffentlichten Beitrag hat Barbara Jungwirth aus dem Englischen übersetzt.

WAHLSCHLAPPE DER FMLN

In den Parlaments- und Kommunalwahlen vom 4. März 2018 musste El Salvadors Regierungspartei FMLN eine vernichtende Niederlage einstecken. Sie verfügt künftig nur mehr über 23 (statt der bisher 29) Parlamentssitze, während die extrem rechte ARENA um drei Sitze zulegte und damit über 38 (der 84) Mandate verfügt.

Von Alberto Ramos

Gemeinsam mit den acht Abgeordneten der konservativen PCN verfügt die ARENA damit über die einfache Mehrheit. Je nachdem, auf welche Seite sich die vom ehemaligen Präsidenten Tony Saca gegründete ARENA-Abspaltung GANA mit ihren zehn Mandaten schlägt, kann sie der Rechten eine qualifizierte Mehrheit verschaffen oder, wenn sie wie bisher mit der FMLN stimmt, eine solche verhindern.

Die FMLN verlor auch die wichtigste Schlacht der Kommunalwahlen, jene um das Bürgermeisteramt der Hauptstadt San Salvador, wo ihre Kandidatin, die frühere Guerillakämpferin und Abgeordnete Jaqueline Rivera, dem ARENA-Ideologen Ernesto Muyschondt haushoch unterlag. Die FMLN verlor in zehn weiteren Provinzhauptstädten und gewann nur in San Miguel und in Usulután. Die Unternehmernpartei ARENA erhielt auf nationaler Ebene 886.000 Stimmen, die FMLN bloß 521.000, bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 42 Prozent.

Eugenio Chicas, Mitglied der FMLN-Leitung und Sprecher des Präsidenten, zögerte nicht, diese Ergebnisse als Zeichen der Missbilligung gegenüber der Regierungspartei und Folge ihrer politischen Fehler einzustufen. Die mit dem Ergebnis zufriedenen ARENA-Vertreter sahen darin eine Folge der Regierungsunfähigkeit der FMLN.

Gründe der Niederlage

Abgesehen von der Parteipropaganda ist das Wahlergebnis Folge eines verdeckten Machtkampfs des FMLN-Flügels rund um Medardo González, den Generalsekretär der Partei, gegen den bisherigen Bürgermeister von San Salvador Nayib Bukele. Seit einem Jahr wurde versucht, Bukele als Präsidentschaftskandidat der FMLN auszubooten. Während dieser mit

Kritik an der Politik des aktuellen Präsidenten Salvador Sánchez Cerén reagierte, machten seine Gegenspieler aus einem im Oktober 2017 aus dem Ruder gelaufenen Streit zwischen dem Bürgermeister und einer Abgeordneten im Stadtrat einen Skandal, indem sie Bukele eine sexistische Attacke vorwarfen.

Es fanden zwei Prozesse gegen den Bürgermeister statt, in denen er freigesprochen wurde. Doch die Entscheidung der von González kontrollierten Ethikkommission der FMLN reichte für Bukeles Parteiausschluss aus, wonach ein Vertrauter von González provisorisch die Präsidentschaftskandidatur der Partei übernahm.

Der Parteiausschluss nur wenige Monate vor den Wahlen verunmöglichte



Bukele bei der Präsentation seiner neuen Partei (2. April)

Bukele auch die Wiederwahl als Bürgermeister. Als er daraufhin in einer landesweiten Kampagne die neue Partei *Nuevas Ideas* (Neue Ideen) ins Leben rief, für die er ins Rennen um die Präsidentschaft gehen will, entschieden sich verschiedene Teile der FMLN, mehrheitlich Jugendliche, ihn zu unterstützen.

Neben den dauernden Agriffen der Rechten in den Massenmedien und dem Konflikt mit Bukele als Faktoren hinter dem WählerInnenschwund der FMLN ist auch das Veto des Präsidenten gegen das Gesetz über Pensionen für ehemalige FMLN-Kämpfer sowie frühere Armeean-



Foto: Ralf Leonhard

Erreicht die FMLN die Jugend noch?

gehörige zu nennen. Diese einigten sich erzürnt darauf, gemeinsam mit ihren Familienangehörigen ungültig zu wählen, oder sich der Wahl zu enthalten, jedenfalls nicht für die FMLN zu stimmen.

Der dritte Faktor zur Erklärung der Niederlage ist die Enttäuschung eines Teils der Bevölkerung, deren Erwartungen in den beiden Regierungsperioden der FMLN seit 2009 nicht in Erfüllung gingen und die deshalb für eine andere Partei gestimmt haben.

Angesichts des schlechten Abschneidens der FMLN hat sich die von José Luis Merino angeführte Strömung dafür ausgesprochen, die Partei solle sich mit Nayib Bukele verbünden, doch hat bisher der Flügel um Medardo González diesem Vorschlag keine Beachtung geschenkt, obwohl Bukele in den Um-

fragen vor allen anderen potentiellen Kandidaten liegt.

Sowohl in ARENA als auch FMLN stehen Vorwahlen zur offiziellen Auswahl ihres Präsidentschaftskandidaten bevor. Sollte es zu keinen Wahlbündnissen kommen, könnte Bukele, der innerhalb und außerhalb der FMLN an Popularität und AnhängerInnen gewinnt, noch für weitere Überraschungen bei Wahlen sorgen. ■

Alberto Ramos, Journalist und studierter Nationalökonom, war bis zur Gründung der FMLN Anführer der revolutionären Volksorganisation FAPU und arbeitete danach zehn Jahre hindurch bei der alternativen Presseagentur APIA in Managua. Übersetzung: Hermann Klosius

ERKLÄRUNG DER ORGANISATIONEN VON KRIEGSVETERANEN DER FMLN

Im Ergebnis der Wahlen vom 4. März kommt die tiefe Krise des salvadorianischen Parteiensystems zum Ausdruck. Die enorme Unzufriedenheit der BürgerInnen spiegelte sich in einer mehrheitlichen Ablehnung des Wahlangebots, wie es die hohe Zahl ungültiger Stimmen, von leeren Stimmzetteln und Wahlenthaltung beweisen, die gemeinsam 64% der Wahlberechtigten ausmachen.

Diese Ablehnung ist auch ein Produkt der sozialen und wirtschaftlichen Krise, die gnadenlos die Mehrheit der Bevölkerung trifft, ein Ergebnis der seit Regierungsantritt der ARENA praktizierten und auch von den FMLN-Regierungen fortgesetzten neoliberalen Wirtschaftspolitik. Diese hat auch nicht zur Lösung des schwerwiegenden Problems der Kriminalität beigetragen, weil die Strategie gegen das Verbrechen nur auf Repression ausgerichtet war. Weit davon entfernt, die Ungleichheit zwischen Reichen und Armen zu verringern, hat sie das neoliberale Modell verstärkt und die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen gefördert.

Statt Maßnahmen gegen dieses perverse Modell zu ergreifen, haben sich die Regierungen der FMLN damit begnügt, es zu verwalten und durch soziale Hilfsprogramme abzufedern, waren aber infolge deren ungeschickter Umsetzung und des Fehlens eines Bildungskonzepts nicht in der Lage, die Unzufriedenheit der Bevölkerung einzudämmen.

Die Wahlschlappe der FMLN ist auch auf die schlechte Leistung der Parteiführung und der Regierungsfunktionäre der Partei zurückzuführen. Folgende Fehler und Mängel der führenden Parteiorgane stechen hervor:

1. Fehlen interner Parteidemokratie

Im Jahr 2001 hat die von der Presse als „orthodox“ getaufte Revolutionär-Sozialistische Strömung (CRS) mit Hilfe des Nationalen Parteisekretariats bei den internen Parteiwahlen der FMLN einen geplanten und massiven Wahlbetrug begangen, wodurch sie die Parteistrukturen okkupierte und Salvador Sánchez Cerén als Generalkoordinator durchsetzte. Die CRS war eine von der Kommunistischen Partei und ihren Verbündeten von den FPL organisierte Gruppe innerhalb der FMLN. Infolge dieses skandalösen Betrugs kontrollierten die Orthodoxen 68% der Nationalen Konvention, 90% des Nationalen Rates und 85% der Politischen Kommission der Partei.

Von da an wurde das historische Kampfinstrument des salvadorianischen Volkes nach und nach in einen Parteiapparat verwandelt,

in dem auf illegale Weise die interne Demokratie abgeschafft wurde und eine massive Säuberung unter Mitgliedern und Kadern stattfand. Sie betraf vor allem Intellektuelle und Kriegsveteranen der FMLN, die als politisch besonders sensibilisierte und gebildete Kräfte für die perversen Pläne jener, die nach der Parteiführung griffen, am unbequemsten waren.

2. Willkür bei Wahl von Kandidaten

Als Folge des völligen Fehlens der internen Demokratie wurden immer wieder ohne Rücksicht auf den Willen der Mitglieder und der Gemeinschaften Kandidaten durchgesetzt, was zu wachsender Enttäuschung und Unzufriedenheit führte.

3. Fehlende Kritik und Selbstkritik

Wegen der fehlenden internen Demokratie gab es auch weder Kritik noch Selbstkritik. Die indoktrinierten und auf Gehorsam gedrillten neuen Mitglieder durchschauten nicht den Widerspruch zwischen dem „revolutionären und sozialistischen“ Diskurs ihrer Parteiführung und ihrer neoliberal-kapitalistischen Praxis. Wer die autoritären und antidemokratischen Methoden in Frage stellt, wird umgehend als „rechts“ disqualifiziert und ausgeschlossen, wo doch offensichtlich ist, dass die führende Clique der FMLN angesichts ihrer Vorgangsweise als „rechts“ einzustufen ist.

4. Bündnispolitik der Selbstaufgabe

Im Einklang mit dem Modell der Partei als Apparat unterließ es die FMLN-Führung, die Organisierung der Bevölkerung zu fördern, da die Entwicklung der Volksbewegung mit der ihr eigenen Dynamik und Autonomie neue Führungspersonen mit sich brächte, die das Machtprojekt der führenden Clique des Parteiapparats gefährden würden.

5. Macht als Selbstzweck in der Regierungspolitik

Wie die Ergebnisse von neun Jahren an der Regierung zeigen, verfügt die FMLN über kein langfristiges sozioökonomisches Entwicklungsprojekt mit dem Ziel, die zur Überwindung des neoliberalen Modells nötigen Reformen durchzuführen und die dringendsten Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit aufzugreifen. Es ist auch offensichtlich, dass für die FMLN-Führung die Macht nicht mehr dazu dient, die Änderungen umzusetzen, die das Land braucht, sondern zum Selbstzweck ge-

worden ist, wo die Ideologie ein einfacher Slogan ist, der als Ritual für Zustimmung dient. Es lässt sich somit sagen, dass die FMLN ihre Inhalte verloren hat.

Zugleich hat die sowohl in der Regierung wie in den Gemeinden verbreitete Praxis des Nepotismus und des Feilschens um Einfluss gegen das Prinzip der Macht durch Verdienste verstoßen, die eine allgemeine Verhaltensregel sein sollte. Es sind nicht von ungefähr Gerüchte im Umlauf, dass ganze Familien von Führenden FMLN-Mitgliedern in Regierungsbüros arbeiten, ebenso wie Verbündete, Freunde, Paten und selbst Geliebte.

6. Verwandlung in eine konservative Partei

Das in 22 Jahren revolutionären Volkskriegs als politische Kraft der Veränderung geformte politische Instrument des salvadorianischen Volkes wurde von einer Gruppe von Parteiführern, von denen viele die Jahre des Krieges bequem im Ausland verbracht haben, in das Modell eines autoritären und ausschließenden Parteiapparats verwandelt, im Dienste eines Herrschaftsprojekts, in dem sich einige wenige auf Kosten des Bluts der tausenden bereichern können, die für ihre Überzeugungen gestorben sind.

Mit diesem Modell eines Wahlapparats setzte sich auch das dogmatische Gedankengut durch, das die Kommunistische Partei den Führungspersonen der vier anderen Organisationen aufgezwungen hat, die dabei ihre eigenen Überzeugungen aufgegeben haben und nicht bloß kooptiert wurden, sondern Denkweise, Methoden, Arbeitsstile und selbst die Terminologie der hegemonialen Gruppe übernahmen.

Wir sind aber auch davon überzeugt, dass einer der großen Vorteile der großen Krisen darin besteht, dass sie uns helfen klar zu erkennen, was die herrschende Ordnung verbirgt und verheimlicht, weshalb der Zerfall des Wahlapparats, den viele als das geeignete Instrument für den Wandel betrachtet haben, auch rascher die Bedingungen dafür schaffen kann, dass sich die Bevölkerung in einer Form neu organisiert, die es erfolgreich mit der etablierten Macht aufnehmen und ein Modell sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit aufbauen kann.

Stark gekürzte Version der von mehreren Organisationen von VeteranInnen der FMLN unterzeichneten Erklärung. Übersetzung: Hermann Klosius

SIEG GEGEN EINEN MORALAPOSTEL

Carlos Alvarado von der sozialdemokratischen Regierungspartei (PAC) erhielt bei der Stichwahl am Ostersonntag 60 Prozent der Stimmen und wird neuer Präsident von **Costa Rica**. Der Gegenkandidat Fabricio Alvarado erreichte 40 Prozent.

Von Klaus Beisswenger

Beim ersten Wahlgang im Februar hatte der konservative evangelikale Pastor Fabricio Alvarado mit knapp 25 Prozent noch die meisten Stimmen erhalten. Der ehemalige Arbeitsminister Carlos Alvarado erhielt rund 21 Prozent. Da keiner der Kandidaten 40 Prozent erreichte, kam es zur Stichwahl.

Der Wahlkampf war geprägt von einer Debatte über Familie, Sexualität und Homosexualität, die die Gesellschaft in je einen konservativ-kirchlichen und einen modern-offenen Flügel zu spalten schien. Die landauf, landab emotional geführte Diskussion verdrängte wichtige Themen wie die wirtschaftliche Entwicklung, die Schaffung von Chancen für junge Menschen, das Verhältnis von niedrigen Löhnen und hohen Preisen, die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, das tägliche Verkehrschaos, Umweltschutz oder Ernährungssicherheit.

Wie kam es zur Fokussierung auf Fragen der Moral?

Weltoffene, aufgeklärte Kreise der Bürgerschaft plädieren für eine offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft und haben in den letzten Jahren einiges in Bewegung gebracht. Das Erziehungsministerium veröffentlichte eine Anleitung zur ganzheitlichen Sexualerziehung, in der auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften als Möglichkeit genannt werden. Da Abtreibung in Costa Rica verboten ist, begann eine Diskussion über die Genehmigung von Abtreibung in bestimmten Situationen.

Gruppen von Gays und Lesben organisierten bunte, schrille Demonstrationen, und im Parlament steht eine Entscheidung über die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen an. Die Gegner solcher Tendenzen sehen darin nicht Weltoffenheit und Toleranz, sondern Sitten- und Werte-



Der Wahlsieger und neue Präsident Carlos Alvarado

verfall, den Untergang des christlichen Abendlands. Die konservativ-kirchlichen Kreise berufen sich auf christliche Werte, ihre Kritiker sehen eher Pharisäertum, Fundamentalismus und Doppelmoral.

Ausgerechnet zum 1. Advent – dem Neujahrstag des Kirchenjahrs – rief die Katholische Bischofskonferenz zu einer Kundgebung „für die Familie“ – d.h. gegen Homo-Ehen – auf und mobilisierte eine der größten Demonstrationen in der Geschichte des Landes. Die meisten Advents-Messen ließ die Katholische Kirche zugunsten der Demo ausfallen!

Im Gegenzug entschied der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte Anfang Januar, dass homosexuelle Paare den heterosexuellen Lebensgemeinschaften gleichzustellen seien. Das Urteil gilt für die Mitgliedsstaaten der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten).

Was in Costa Rica bisher kaum denkbar war: Die katholischen Bischöfe und die Evangelikalen verbündeten sich und gaben zwei Wochen vor den Wahlen in ökumenischer Eintracht ein gemeinsames Dokument heraus, in dem sie die Gläubigen auffordern, über ihre Wahlentscheidung zu

meditieren und das Leben und die Familie zu schützen.

Der bis dahin kaum bekannte Wortführer der Evangelikalen, Fabricio Alvarado, wurde über Nacht zum Star. Seine bis dato kleine Partei *Restauración Nacional* schoss wie ein Pilz in den Umfragehimmel, und überall organisierten sich die zersplitterten, unpolitischen evangelikalen und Pfingstkirchen zur Unterstützung am Wahlsonntag.



Sozialdemokratische Gegenoffensiven

Die links-ökologische Partei *Frente Amplio* (Foto) wurde zwischen den Fronten zerrieben. Vor vier Jahren hatte sie die Stimmen zahlreicher Protestwähler erhal-

AUFWIND FÜR ANDRÉS MANUEL LÓPEZ OBRADOR IN MEXIKO

ten, die von den immer gleichen Versprechungen der immer gleichen Politikerkaste die Nase voll hatten. Dieses Jahr votierten gerade die Wahlkreise der ärmeren Stadtviertel und des ländlichen Raums für den evangelikalischen Pastor.

Da Themen wie soziale Gerechtigkeit und Umwelt in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle spielten, konnte *Frente Amplio* nur die Stammwähler mobilisieren, erreichte aber immerhin einen Sitz im konservativ-neoliberal geprägten Parlament.

Der Gewerkschaftsführer Albino Vargas geht davon aus, dass das künftige Parlament die unternehmerfreundliche neoliberale Politik fortsetzen wird. Das Haushaltsdefizit wird wohl Steuererhöhungen für den kleinen Mann nach sich ziehen, während die exportorientierte Wirtschaft weiterhin Steuer- und Zollbefreiungen genießen wird.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden jahrzehntelang von den beiden Parteien PLN (*Partido Liberación Nacional*) und PUSC (*Unidad Social Cristiana*) geprägt, die sich von ihrer sozialdemokratischen bzw. christdemokratischen Ausgangsbasis jeweils in Richtung Neoliberalismus bewegt hatten.

Erstmals erreichte kein Kandidat dieser als „PLUSC“ verspotteten Altparteien die Stichwahl, da sie in weiten Bevölkerungskreisen mit Korruption und Vetternwirtschaft identifiziert werden.

Diese „PLUSC“ wird von der traditionellen Oberschicht gesteuert, die nicht nur die Politik, sondern auch Medien und Wirtschaft kontrolliert. Ungeachtet der öffentlichen Werte-Diskussion geht es diesen Kreisen vor allem darum, die Wirtschaftspolitik weiter zu beeinflussen.

Um trotz des eigenen Wahldesasters an der politischen Macht teilzuhaben, bot die PLN dem Pastor Fabricio Alvarado ihre Beratung und Unterstützung an. Wenige Tage nach der Wahl empfing der Friedensnobelpreisträger, Expräsident und Guru des Neoliberalismus, Oscar Arias, höchstpersönlich den Pastor.

Die PUSC „unterstützt“ währenddessen Carlos Alvarado und hofft nun auf einige wichtige Posten in der Regierung. Insofern wird auch diese Wahl keine größeren Veränderungen nach sich ziehen. Aber festzuhalten bleibt, dass sich letztlich eine deutliche Mehrheit für eine offene, pluralistische und tolerante Gesellschaft ausgesprochen hat. ■

San José, April 2018

„A Los Pinos, o a La Chingada“, in den Präsidentenpalast oder zum Teufel, mit diesen Worten umschreibt Andrés Manuel López Obrador (AMLO) seine nähere Zukunft. Entweder er gewinnt am 1. Juli die Präsidentschaftswahlen, um danach in Los Pinos, die Residenz des Präsidenten in Mexiko Stadt, einzuziehen, oder, sollte er die Wahl verlieren, geht er „zum Teufel“: auf seinen Landsitz in Palenque, Chiapas.

Von Katu Arkonada



Foto: Prensa Latina

Bisher, zwei Monate vor dem Wahltermin, läuft es für den Politiker aus Tabasco bei seinem dritten Antreten in Präsidentschaftswahlen, für die der Wahlkampf offiziell am 30. März eröffnet wurde, hervorragend. Seit Monaten liegt er in allen Umfragen an der Spitze, unabhängig davon, welches Institut sie durchgeführt hat, und hat einen Vorsprung von 15 Punkten auf Ricardo Anaya, den zweitplatzierten Kandidaten.

Doch während AMLO in den Umfragen langsam, aber unaufhaltsam zulegt, hat Ricardo Anayas Ruf unter einem Geldwäscheskandal¹ gelitten: Er habe einem befreundeten Unternehmer ein Grundstück um eine halbe Million Dollar abgekauft und zwei Jahre später diese Liegenschaft (über mehrere fiktive Zwischenhändler) als Industriegelände wieder an den selben Unternehmer um fast drei Millionen Dollar verkauft. Für einen 39jährigen Politiker ist das eine ansehnliche Vermehrung seines Vermögens.

Schwache Gegner sägen am eigenen Ast

Dazu kommt: Anaya ist Kandidat einer Koalition zwischen der PAN (*Partido Acción Nacional*), der mexikanischen Rechten – die in ihrer Geschichte vor Kontakten zum Faschismus nicht zurückscheute – und der PRD (*Partido de la Revolución Democrática*), einer Partei im politischen Niedergang, die bis zum Auftauchen von AMLOs Morena (*Movimiento de Renovación Nacional*) bei Wahlen die Linke verkörpert hat. Es handelt sich um eine widernatürliche Koalition, die sich am Modell einer breiten Volkspartei orientiert. Es ist die Reaktion eines Teils der mexikanischen Elite auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung angesichts der institutionalisierten Korruption seitens der Regierungspartei PRI.

Die PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) selbst hat mit dem Technokraten José Antonio Meade einen Kandidaten nominiert, der kein Parteimitglied ist und

weiter Seite 16 ➔

⇒ von Seite 15: MEXIKO

in Regierungen sowohl der PAN als auch der PRI gearbeitet hat. Damit hat sich die technokratische Gruppe um Außenminister Videgaray, hinter der die stärkste Fraktion der wirtschaftlichen Elite steht, gegen die Gruppe Hidalgo und den PRI-Insider Miguel Ángel Osorio Chong, inzwischen ehemaliger Innenminister, durchgesetzt.

Die vierte Kandidatin, die trotz zahlreicher Irregularitäten als „Unabhängige“ genug Stimmen gesammelt hat, um als Kandidatin zugelassen zu werden, ist Margarita Zavala. Ihre politische Erfahrung ist bescheiden und beschränkt sich hauptsächlich darauf, dass sie während der Amtszeit ihres Gatten Felipe Calderón (2006-2012) „Primera Dama“ Mexikos gewesen ist. Ursprünglich hatte sie versucht, die Nominierung durch die PAN zu erhalten und ist, als sie damit scheiterte, als Unabhängige ins Rennen gegangen, die derzeit mit deutlich weniger als zehn Prozent der Stimmen rechnen kann.

Das Szenario scheint beste Voraussetzungen dafür zu bieten, dass López Obrador in seinem dritten Anlauf Erfolg haben wird. Sein wichtigster Konkurrent Anaya ist in einen Geldwäscheskandal verwickelt und stagniert in den Umfragen, Meade verfügt nicht über das nötige Charisma, um von seinem dritten Platz aus einen Höhenflug anzutreten, und Zavala mag zwar noch Wachstumspotenzial haben, doch würde das Anaya entsprechend viele Stimmen von PAN-WählerInnen kosten.

Ist die Wahl schon gewonnen?

Doch weder Morena noch die PT (*Partido de Trabajadores*) und PES (*Partido de Encuentro Social*), die gemeinsam die Koalition *Juntos Haremos Historia* (Gemeinsam werden wir Geschichte machen) mit López Obrador an der Spitze bilden, dürfen allzu siegessicher sein. Sowohl die Monate der Wahlkampagne als auch der Wahltag selbst können die Tendenz in den aktuellen Umfragen verändern.

In erster Linie, weil Mexiko vor der größten Wahl seiner Geschichte steht: der Präsident, 128 Senatoren, 500 Abgeordnete, 9 Gouverneure, darunter Mexiko Stadt, 928 Sitze in 27 Kongressen der Bundesstaaten und tausende lokale Ämter. Für die 90 Millionen wahlberechtigten MexikanerInnen werden 150.000 Wahllokale zur Verfügung stehen.



Ricardo Anaya, AMLOs aussichtsreichster Konkurrent

Die unterschiedlichsten Interessen, die in all diese Entscheidungen hineinspielen, werden diese Wahl nicht nur zur am heftigsten umkämpften, sondern mit Sicherheit auch zur intensivsten und schmutzigsten machen, die je registriert wurde. In diesem Sinn ist AMLOs Reife, wie er sie angesichts der ersten Angriffe bewiesen hat, angebracht. Noch wichtiger ist es aber, vor der PRI auf der Hut zu sein. Sollte es ihr über staatliche Institutionen wie die Generalstaatsanwaltschaft der Republik gelingen, die Kandidatur von Anaya auszuschalten, wird sie ihr Feuer auf López Obrador und die restlichen Kandidaten und Kandidatinnen von *Morena* konzentrieren. Dabei werden sie die großen Mediengruppen und die traditionelle Oligarchie unterstützen. Obwohl sie AMLO nicht im selben Ausmaß wie 2006 als Gefahr sehen, heißt ihr Plan A Meade, ihr Plan B Anaya und haben sie, sollten beide scheitern, einen Plan C namens Zavala.

Wie links ist AMLO wirklich?

Andererseits gibt es einen wachsenden Widerstand in den eigenen Reihen, mit dem AMLO bisher nicht gerechnet hat. Der bezieht sich weniger auf die Zapatisten, die mit einer eigenen Indígena-Kandidatin antreten wollten (siehe nachfolgender Artikel), sondern ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass der Präsidentschaftskandidat der Linken in letzter Zeit immer mehr Opportunisten aus dem Lager der abgeschlagenen PRI und PRD in seine Reihen aufgenommen hat. Damit hat sich AMLO teilweise den Unmut der *Morena*-Basis zugezogen, die sich Jahre (manchmal sogar über zwei Jahrzehnte hindurch) für ihren Spitzenkandidaten eingesetzt hat, dem sie jetzt schwerwiegende Demokratiedefizite vorwirft.

Außerdem beginnen nach der Vorstellung seines Schattenkabinetts, das aus zwar lauterer, nicht korrupten ExpertInnen besteht, von denen aber vielen ein Naheverhältnis zur Demokratischen Partei in den USA nachgesagt wird, Kritiken an AMLOs politischem Kurs laut zu werden.

So schreibt etwa der angesehene Leiter der Meinungsredaktion von *La Jornada* Luis Hernández Navarro: „Sein (AMLOs) Alternatives Projekt der Nation will den Staat auf demokratische Weise zurückge-

winnen und ihn zum Motor der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes machen. Das Projekt sieht vor, die Mexikaner zu befragen, ob die Strukturreformen beibehalten oder verworfen werden sollen. Es kündigt an, der Haushalt werde wirklich ein öffentlicher sein und die Armen hätten Vorrang. Es nennt als zentralen Punkt die Korruptionsbekämpfung. Aber anders als in der Vergangenheit ist nicht mehr explizit von der Abschaffung des neoliberalen Wirtschaftsmodells die Rede.“

Zielgerade mit vielen Hürden

Wie dem immer auch sei: Bis zum Ende des Wahlkampfes am 28. Juni wird die Schlammschlacht vor allem auf der Ebene der Medien ausgetragen werden. Sollte es in diesem Ringen der Kommunikation gelingen, den Abstand zwischen López Obrador und dem zweitplatzierten Kandidaten wesentlich zu verkleinern, könnte der 1. Juli zum Tag des historisch größten Wahlbetrugs werden: zunächst durch den Kauf von Millionen Stimmen (wofür die Eliten, die vom herrschenden System und vielfach auch vom Drogenhandel profitieren, das nötige Kapital aufbringen werden) und danach vielleicht mittels anderer Methoden des Betrugs, wie sie bereits 2017 im Laboratorium der Wahlen im Bundesstaat Mexiko erprobt worden sind.■

Die Autorin ist Beraterin des Vizeministeriums für Strategische Planung und des Außenministeriums von Bolivien. Übersetzung des auf alainet.org publizierten Beitrags: Hermann Klosius

¹ Acusan a Ricardo Anaya de lavado de dinero <http://www.jornada.unam.mx/ultimas/2018/02/20/acusan-a-ricardo-anaya-de-lavado-de-dinero-4354.html>

MARICHUY DARF NICHT KANDIDIEREN

María de Jesús Patricio hat es nicht geschafft, sich als unabhängige Präsidentschaftskandidatin Mexikos registrieren zu lassen. Ihr Einsatz für Minderheiten und gegen Diskriminierung zur Veränderung des Landes geht aber weiter.

Von Juan Villoro

Am 14. Februar durchquerte ein Bus die Vizcaíno-Wüste im Süden von Baja California. Um 15:30, nach dem Mittagessen, war es sehr heiß auf der Bundesautobahn 1, die keine Kurven hat; man läuft daher Gefahr einzunicken. Alles hatte sich verschworen, damit es riskant wurde, aber die Karawane musste ihre Fahrt fortsetzen.

Im Oktober 2017 hatte die Indigene María de Jesús Patricio, bekannt als Marichuy, ihre Kampagne begonnen, eine unabhängigen Präsidentschaftskandidatin zu werden; sie wurde dabei vom Indigenen Regierungsrat CIG unterstützt. Vier Monate lang hatte sie die verschiedensten Ecken des Landes besucht, um sich die Probleme von sechzig verschiedenen Völkern anzuhören, die in der mexikanischen Politik nicht vertreten sind. Vielfach wird angenommen, dass die Indigenen einen monolithischen Block bilden, alle mit denselben Gebräuchen und Überzeugungen; in Wirklichkeit handelt es sich um ein multikulturelles Mosaik, in dem sich unterschiedliche Realitäten und Projekte spiegeln. Um kandidieren zu können, musste Marichuy erst etwas äußerst Schwieriges schaffen: dass sich die Gemeinschaften auf gemeinsame Ziele einigen.

Am 14. Februar war sie unter denselben prekären Umständen, die sie auf allen ihren Wegen begleiteten, weitergefahren. Während die Politiker in Flugzeugen und gepanzerten Fahrzeugen zu reisen pflegen, war Marichuy auf strapaziösen Wegen unterwegs und war in unwirtliche Regionen vorgedrungen (am 20. Jänner wurde das Presseauto, das sie begleitete, in Michoacán von einer Bande des organisierten Verbrechens angegriffen). Fünf Tage vor dem Ablauf der Frist für die Registrierung als unabhängige Kandidatin trat sie in einer der am wenigsten bevölkerten Regionen des Landes auf. Sie setzte nicht auf pragmatischen Wahlkampf, sondern wollte zu



den am stärksten Marginalisierten kommen.

Unter der starken Nachmittagssonne kam der Bus von der Autobahn ab und überschlug sich im Gestrüpp. Bei dem Unfall starb Eloísa Vega Castro vom Hilfsnetzwerk für indigene Völker. Mehrere Mitglieder der Crew wurden verletzt und Marichuy erlitt einen Armbruch und musste operiert werden. Es dauerte fast zwölf Stunden, bis die Verletzten im Spital Juan María de Salvatierra in La Paz eintrafen. Am 15. Februar erschien die indigene Kandidatin auf den Titelseiten aller Zeitungen. Ein tödlicher Unfall fand die Beachtung, die ihre Ideen nicht bekommen hatten.

Die Entbehrung ist immer da

Die Geschichte von María de Jesús Patricio Martínez lässt sich als eine Reihe von Brüchen beschreiben. Vor 54 Jahren in der Nahuatl-Region von Tuxpan, Jalisco, geboren, hat Marichuy von Kindheit an den Boden in mittelalterlichen Ausbeutungsverhältnissen bearbeitet. Als sie zwölf Jahre alt war, hat sie ihren Vater dazu gebracht zu protestieren. Sie bekamen mehr Mais, aber im nächsten Jahr hatten sie kein Land mehr.

Ihr Vater gab das wenige zur Verfügung stehende Geld für Alkohol aus, und

die Mutter ließ sie Kürbissamen in Ciudad Guzmán, der nächsten Stadt, verkaufen. Mit diesen geringen Einkünften erreichte sie, dass ihre Geschwister essen konnten.

Marichuy sollte später den Boden bestellen und einen Ehemann finden. Ihr Vater verbot ihr, die Oberstufe und das Gymnasium zu besuchen; sie hat im Verborgenen gelernt und es geschafft, eine Expertin der Naturmedizin zu werden. Heute ist sie Mitglied des Lehrkörpers der Universität von Guadalajara. Eine ihrer bekanntesten PatientInnen ist ihre Mutter, die drei Jahre lang von der Hüfte abwärts gelähmt war. Marichuy hat sie mit Umschlägen behandelt, bis sie wieder gehen konnte.

Ihre Brüche hatten auch kulturelle und geschlechtsspezifische Komponenten. Sie war die erste Frau, die in Tuxpan am Tanz der *Sonajeros* teilnahm, einem Ritual um um Regen zu bitten. Als Reaktion auf den doppelten Ausschluss, den es bedeutet, eine indigene Frau in einem patriarchalischen Land zu sein, spricht Marichuy in den Veranstaltungen, nachdem andere Frauen gesprochen haben. Bei ihrem Auftritt im Campus der UNAM verkündete ein Schild: „Wir sind gekommen, um vom Unmöglichen zu reden, weil über das Mögliche schon zu viel gesagt wurde.“

➔ von Seite 17: MEXIKO/MARICHUY

Demokratie nur für die Reichen?

Für die Wahlen am 1. Juli wird es zum ersten Mal in Mexiko unabhängige PräsidentschaftskandidatInnen geben. Doch im Vorfeld dieser „historischen“ Chance gab es Regelverstöße. Die Parteien schufen restriktive Bedingungen um sicherzustellen, dass nur professionelle Politiker teilnehmen. Um sich als unabhängige(r) KandidatIn eintragen zu lassen, brauchte man 866.593 Unterschriften und musste zudem ein Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in mindestens 17 Bundesstaaten erreichen. Anders gesagt: „unabhängig“ zu sein ist Plan B für jene, die von ihren Parteien nicht nominiert wurden.

Nach einer Kampagne, deren einzige Unterstützung die Solidarität der SympathisantInnen war, hat Marichuy am 19. Februar die Registrierung nicht bekommen. Jene, die es doch schafften, kommen aus den traditionellen politischen Institutionen: Jaime Rodríguez „El Bronco“ (der Schrotte) von der PRI; Armando Ríos Piter von der PRD und Margarita Zavala von der PAN. Es wird angenommen, dass *El Bronco* als Gouverneur von Nuevo León öffentliche Mittel zur Verfügung hatte, und Margarita Zavala konnte auf die Hilfe ihres Mannes zählen, des früheren Präsidenten Felipe Calderón.

Um den Zugang zu den Bürgern noch schwieriger zu machen, hat die nationale Wahlbehörde verlangt, dass die Unterschriften über eine App gesammelt werden, die auf Handys der Mittelklasse installiert werden kann. Die Apparate kosten mehr als das Dreifache des Mindestlohns, eine unerschwingliche Summe für einen guten Teil der Bevölkerung. Außerdem haben viele Regionen nicht nur kein Funknetz, sondern auch keinen elektrischen Strom. Die „Handydemokratie“, die die Armen ausschließt, lässt uns eine Dreierregel aufstellen: 1) Marichuy leistet Widerstand gegen die Diskriminierung. 2) Als Antwort erhält sie eine diskriminierende Bestimmung. 3) Das bestätigt, dass ihr Kampf wichtig ist.

Vier Monate hindurch sind Freiwillige aufgetaucht, die auf Plätzen, in Parks, Universitäten und U-Bahn Stationen Unterschriften für Marichuy sammeln wollten. Schauspieler und Künstler produzierten Videos, um ihr Anliegen zu verbreiten; die

Rockgruppen *Panteón Rococó*, *Caifanes* und *Café Tacuba* haben sie während ihrer Konzerte unterstützt; Fotografen und bildende Künstler haben Schilder und T-Shirts mit den Slogans „Nie wieder ein Mexiko ohne indigene Völker“ und „Unterschreibe für Marichuy, wähle wen du magst“ entworfen. Die Inklusion wurde gefördert, unabhängig davon, ob man aus ideologischen oder pragmatischen Gründen bei den Wahlen im Juli eine(n) andere(n) KandidatIn unterstützt.

Ríos Piter, Zavala und *El Bronco* haben bezahlte Hilfskräfte angestellt, die Unterschriften in Büros, bei Gewerkschaften und an Schaltern sammelten. Diese Geschäftstätigkeit war nicht ohne Fallen (mit unverbesserlichem Zynismus hat *El Bronco* sie „Streiche“ genannt). Margarita Zavala wurden 66,37 Prozent der Unterschriften bestätigt, Ríos Piter 64,83 Prozent und *El Bronco* 58,75 Prozent. Um sich das Ausmaß des Schwindels und des Betrugs vorzustellen, möge man sich den eigentümlichen Fall des unabhängigen Kandidaten Édgar Ulises Portillo Figueroa anschauen, dem 2,63 Prozent der Unterschriften anerkannt wurden. Demgegenüber waren 93,20 Prozent der Unterschriften für Marichuy gültig, der höchste Prozentsatz an Ehrlichkeit.

Die indigene Sprecherin erreichte mehr als 280.000 Unterschriften, 30 Prozent der für die Teilnahme an den Wahlen erforderlichen Zahl. Ihr Anliegen wurde sehr sichtbar, nicht nur unter den Indigenen, sondern auch in der digitalen Generation (zwischen Jänner und Februar wurde die Facebookseite „*Su Voz Es Mi Voz*“, Deine Stimme ist meine Stimme, 450.000 Mal besucht).

Das Mädchen, das Samen verkaufte

Marichuys Herausforderungen scheinen unüberwindbar, aber sie nimmt sie selbstbewusst an. Sie lächelt schnell über Witze und genießt die fremden Anekdoten. Selten ergreift sie das Wort sofort. In der Schule hat sie bei gemeinsamen Aktivitäten mitgemacht, aber sie hat nicht gerne vor der Tafel vorgetragen. Sie ist reserviert, ohne schüchtern zu sein. Ihre Führung beruht mehr auf dem Zuhören als auf dem Sprechen. Das macht die Art und Weise sichtbar, auf die in indigenen Gemeinden bei der Wahl von RepräsentantInnen Konsens erzielt wird. Wenn jemand die Hand hebt, um seine eigenen Vorzüge zu loben, ist er nicht Teil des Kollektivs.

Die Führung ist nicht eine individuelle Initiative, sondern ein Auftrag der anderen.

Marichuy erklärt, sie habe die Verantwortung, die ihr übertragen wurde, nicht gewünscht, aber sie will ihr nicht aus dem Weg gehen. Ihre Aufrichtigkeit hebt sie von der Demagogie der Politiker ab, die heute verleugnen, was sie gestern gesagt haben. Welche Reichweite können ihre Ideen haben? Zur Zeit der mexikanischen Revolution haben 20 Prozent der Bevölkerung in Städten gewohnt. Dieser Anteil hat sich umgekehrt. Für die am Land Geborenen sind die Hoffnungen weit entfernt, in den Vereinigten Staaten.

Die heutige Lage auf dem Land stellt die Souveränität in Frage: Massengräber, geheime Landebahnen, Verstecke für den Drogenhandel. Besitzer dieser leeren Landstriche sind die kriminellen Banden und die Großunternehmen, die sich die natürlichen Ressourcen aneignen. Das Land, das den ursprünglichen Gemeinschaften weggenommen wurde, zu verteidigen, heißt die Artenvielfalt und die Souveränität selbst zu verteidigen. Deshalb erklärt Marichuy, dass es in einem vom Tod verfolgten Land in ihrem Kampf um das Leben geht.

Am 14. Februar ist in der Einsamkeit von Vizcaíno ein Bus vom Weg abgekommen. Über die von den politischen Parteien, die die Demokratie mit dem Konsum verwechseln, vorgegebenen Fristen hinaus wird die indigene Karawane ihre Reise fortsetzen, dazu bereit das Land durch ein Engagement zu verändern, das versteht, dass für die Minderheiten der tagtägliche Kampf und der Druck auf die Institutionen wirksamer sind als der Wahlkampf.

Unter Bedingungen, wo die Lebenden keine Möglichkeiten haben, pflegt man übertriebene Hoffnungen in jene zu setzen, die vom Jenseits aus eingreifen können. „Salgan, salgan, salgan, ánimas de penas“ (Kommt heraus, kommt heraus, leidende Seelen), hat Juan Rulfo geschrieben. Jene, die nicht hier sind, haben ihre eigene Art zurückzukommen. ■

Der Beitrag des mexikanischen Schriftstellers und Journalisten Juan Villoro (@JuanVilloro56) wurde am 24. Februar in der *New York Times en español* erstveröffentlicht. Wir haben ihn aus dem ecuadorianischen Blog *La Línea de Fuego* (Schusslinie) übernommen. 2010 gegründet, schafft er einen offenen Raum für Diskussionen zwischen verschiedenen Strömungen der ecuadorianischen und lateinamerikanischen Linken. Übersetzung: Barbara Jungwirth

SCHWIERIGE „DAMENWAHL“

Frauen wollen nicht nur wählen, sondern auch gewählt werden.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung, und so auch im Wahlprozess, ist nicht nur ein wesentliches Merkmal einer Demokratie und wichtig für das politische, wirtschaftliche und soziale Wohlergehen einer Gesellschaft, sie ist auch von zentraler Bedeutung für den Schutz der Menschenrechte in jedem Land.

Von Nela Perle

Dies ist nicht nur eine Frage von Theorie und internationalen Konventionen wie der *UN Convention on the Elimination of all forms of Discrimination Against Women* (CEDAW). Es ist einfach logisch und fair, dass Frauen, die die Hälfte – oder, wie in El Salvador mit 53%, mehr – der Bevölkerung ausmachen, ihre Interessen und Bedürfnisse in Gemeinderäten, Regionalparlamenten, Ministerien und Parlamenten selbst vertreten. Dass sie ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihr Können in die Gestaltung der Gesellschaft, in der sie leben, einbringen, und dass sie mitentscheiden bei politischen Fragen und Gesetzesformulierungen, welche ihr Leben, ihre Arbeit und ihren Körper bestimmen.

Die Zahlen sprechen Bände

Trotzdem ist die Realität eine andere, auch in Lateinamerika. Obwohl zwischen 1990 und 2014 in Nicaragua, Panama, Chile, Argentinien, Brasilien und Costa Rica Frauen an der Spitze der Staatsgeschäfte standen, und 2015 fünf der weltweit 16 weiblichen Staatsoberhäupter aus Lateinamerika und der Karibik kamen, sieht es mit realer politischer Partizipation von Frauen nicht so rosig aus: Der Anteil von Parlamentarierinnen in Lateinamerika lag 2017 bei 28% und Bürgermeisterinnen gab es 2014 nur ca. 13%, nur eine von 20 Städten wurde von einer Frau regiert. Über das Funktionieren einer lateinamerikanischen Gesellschaft und damit auch über Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen auf diesem Kontinent entscheiden immer noch vorwiegend Männer.

Die einfache Logik, dass für jede gewählte Frau ein Mann nicht gewählt wird,

hat weitreichende Implikationen, sowohl soziale wie z. B. die Veränderung von Macht- bzw. Abhängigkeitsverhältnissen oder das Aufweichen von Seilschaften als auch ökonomische, z.B. bei Einkommensfragen und Gehaltsschemen. Dass es daher Männern, die derzeit vorwiegend politische Entscheidungen treffen, nicht leicht fällt, Strukturen zu schaffen, die sie und ihre Geschlechtsgenossen ins Out befördern könnten, liegt auf der Hand. Es wurden zwar Quotenregelungen in den meisten lateinamerikanischen Staaten eingeführt,

Statistiken nicht blenden... Es geht nicht nur um Quantität, es geht auch um Qualität.

Schwierige Ausgangslage

Wie Betilde Muñoz-Pogossian, Direktorin für Soziale Inklusion in der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), in einem Radiointerview mit *Voz de América* anlässlich des Internationalen Frauentages meinte: Je nachdem, wie man es sieht, ist das Glas halbvoll oder halbleer. Obwohl der Anteil von Frauen in Gemeinderäten, Regionalregierungen und Parlamenten in



Die „tragende Rolle“ indigener Frauen in Mexiko beschränkt sich auf den Alltag

um die Zahl von Frauen in politischen Funktionen anzuheben, und das derzeitige Verhältnis in der Region von einer weiblichen Parlamentsabgeordneten auf vier männliche ist im weltweiten Vergleich nicht so schlecht.

Vor allem in sozialistisch regierten Ländern sehen die Zahlen besser aus: In Ministerien in Nicaragua finden sich mehr als 55% Frauen, das kubanische Parlament besteht zu 49% aus weiblichen Abgeordneten und in Venezuela werden 54% der basisdemokratischen Kommunalen Räte von Frauen geleitet. Aber, um es mit den Worten der vor kurzem verstorbenen führenden kubanischen Feministin Isabella Moya zu sagen: Lassen wir uns von Sta-

der Region gewachsen ist, gibt es kaum Frauen in Entscheidungsfunktionen und ihr politischer Einfluss bleibt minimal.

Statistiken belegen zwar nennenswerte Fortschritte hinsichtlich der Partizipation von Frauen am politischen Leben von Mexiko bis Argentinien, begünstigt durch weltweite gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Information und Kommunikation für Frauen stark verbessert haben. In den meisten lateinamerikanischen Ländern nehmen heute mehr Frauen als Männer ihr Wahlrecht aktiv wahr, in Parteien stellen Frauen oft die Hälfte oder mehr der Basis, immer mehr Frauen arbeiten in Wahlbehörden, allerdings meist nur

⇒ von Seite 19: FRAUEN UND WAHLEN

auf lokaler Ebene, und immer mehr Frauen stellen sich im politischen Wettbewerb als Kandidatinnen.

Allerdings ist all dies in einer Region, zu der 7 der 10 Länder mit der höchsten Rate an Gewalttaten an Frauen zählen, und wo der tägliche *machismo* Frauen nach wie vor in traditionelle Abhängigkeiten drängt, nicht genug, um nachhaltig bessere Lebensbedingungen für Frauen zu schaffen. Frauen, die in öffentliche Funktionen gewählt wurden, muss auch politische Entscheidungskraft und Gestaltungsspielraum zugestanden werden, Frauen in Parteien müssen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung an der Parteispitze – derzeit sind höchstens 20% Frauen in der Führungsetage der lateinamerikanischen Parteien – erhalten und die Einbeziehung von Frauenperspektiven, das Bekenntnis zur Gleichberechtigung, darf nicht nur ein temporäres Wahlthema bleiben, sondern muss mit konkreten frauenfördernden Maßnahmen in Regierung und Parteien auch umgesetzt werden.

Alternativen in Sicht

Um das zu erreichen, braucht es auch ein Umdenken bei den Frauen selber: Um die viel zitierte gläserne Decke, die in vielen Ländern Süd- und Mittelamerikas vielmehr eine Betondecke ist, zu durchbrechen, sind neben Fachwissen und professioneller Kompetenz – beides auch bei lateinamerikanischen Frauen in hohem Ausmaß vorhanden, wie Universitäts- und Fachhochschulstatistiken zeigen – in erster Linie auch bestimmte soziale Fähigkeiten nötig. Dazu gehören Eigenschaften wie Führungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Elefantenhaut und rhetorische Schlagkraft, welche nicht gerade Schwerpunkte der traditionellen lateinamerikanischen Mädchenerziehung sind, sondern oft hart erarbeitet und in mühsamer Weiterbildung erworben werden müssen.

Wenn sich Frauen trotzdem in die politische Arena wagen und sich vor einer

kämpferischen Haltung nicht scheuen, geht das oft auf Kosten von familiärer und sozialer Harmonie und kann auch ökonomische Einbußen mit sich bringen. Politisches Engagement erfordert immer Mut, Eigeninitiative und Selbstbewusstsein; von Frauen, von denen traditionellerweise Anderes erwartet wird, allerdings noch viel mehr. Nichtsdestotrotz lassen sich immer

ist enorm wichtig. Außerdem erreichen vor allem Frauen, die als Gemeinderätinnen und Bürgermeisterinnen kandidieren, durch soziale Medien WählerInnen, die sie aufgrund ihrer Einschränkung durch familiäre Pflichten nie erreichen würden: Während es für Männer völlig normal ist, von Wahlveranstaltung zu Wahlveranstaltung auch bis spät in die Nacht zu ziehen,



Eine gleichberechtigte Rolle wollen die Frauen nicht nur im Weltsocialforum spielen

weniger Frauen abschrecken und entwickeln meist aus politischem Aktivismus heraus auch die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen. Auch wenn es vor allem auf lokaler Ebene gilt, sogenannte Kandidatinnen vor allem von Kleinparteien genauer anzuschauen – Frauen werden immer wieder, zum Beispiel gerade erst bei den Lokal- und Parlamentswahlen in El Salvador im März, als Scheinkandidatinnen instrumentalisiert – so ist doch die Zahl ernstzunehmender politischer Bewerberinnen in der Region deutlich gestiegen.

Soziale Netzwerke, die seit Jahren weltweit eine entscheidende Rolle im Wahlprozess spielen, sind dabei besonders nützlich für Frauen: Aufgrund der ökonomischen Benachteiligung, denen Frauen grundsätzlich ausgesetzt sind, verfügen diese meist auch über ein geringeres Budget für Wahlkampagnen als ihre männlichen Mitstreiter, und der Gratiszugang zu WählerInnen über Twitter und Facebook

ist der Radius von weiblichen Kandidatinnen, die zudem Kinder betreuen und pflegebedürftige Verwandte versorgen, erheblich eingeschränkt.

Neben sozialen Netzwerken sind auch parteienübergreifende Frauennetzwerke, die zur Wahl von Frauen, egal welcher Partei, aufrufen, eine wesentliche Unterstützung für weibliche Kandidatinnen, die oft mehr Unterstützung bei Frauen von anderen Parteien als bei den Männern ihrer eigenen Partei finden.

Die Bedingungen sind nicht die besten, aber es ist auch nicht aussichtslos, dass, nachdem in vielen Ländern weltweit das Frauenwahlrecht schon mehr als ein Jahrhundert besteht, dieses Recht auch endlich dazu führt, dass 50% Frauen an der Spitze von Regierungen und Parteien, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene, stehen, mitbestimmen und Verantwortung tragen. Denn Frauen wollen nicht nur wählen, sie wollen auch gewählt werden und gleichberechtigt mitgestalten. ■

AUFSTAND IN NICARAGUA

Die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge hat in Nicaragua landesweite Proteste ausgelöst, die trotz brutaler Repression nicht niedergeschlagen werden konnten. Die Demonstranten richten sich jetzt nicht allein gegen eine Belastungswelle, sondern gegen das System Ortega an sich.

Von Ralf Leonhard

Mindestens 60 Tote hat die Niederschlagung von Protesten gegen eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge im April in Nicaragua gefordert. Präsident Daniel Ortega begegnet der bisher größten Krise seiner elfjährigen Präsidentschaft mit extremer Brutalität und trug damit zur Ausweitung der Demonstrationen auf weitere Landesteile bei.

Ursache für die Unruhen ist der bevorstehende Bankrott des staatlichen Sozialversicherungsinstituts INSS, das als Selbstbedienungsladen für Günstlinge des Regimes diente. Die Kosten der Verdreifachung des Personalstandes unter Ortega sollten jetzt den Beitragszahlern aufgebürdet werden. Ortega selbst berief sich auf die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und Druck des Internationalen Währungsfonds. Besonders hart getroffen hätte die Reform die über 200.000 Rentnerinnen und Rentner, die künftig fünf Prozent ihrer mageren Pensionen für Krankenversicherung abgeben sollten. Ohne vorherige Debatte hat Ortega die Belastung am Parlament vorbei verordnet. Sie sollte 250 Millionen US-Dollar oder 1,5 Prozent des BNE bringen.

Zunächst hatten sich am 16. April nur Grüppchen von StudentInnen und Pensionisten in einem Einkaufszentrum von Managua versammelt, um friedlich gegen die Belastung zu demonstrieren. Wie schon bei früheren regierungskritischen Protesten tauchten zunächst Schlägertrupps der Sandinistischen Jugend auf und versuchten die Demonstranten mit Stöcken und Metallrohren auseinanderzutreiben. Mehrere Personen wurden blutig geschlagen, Journalisten verprügelt und ihrer Kameras beraubt. Als sich immer mehr Menschen dem Protest anschlossen, trat die Anti-Aufruhr-Polizei in voller Montur in Aktion. Wenig später begannen Proteste in anderen Tei-

len der Hauptstadt, in Estelí, Masaya, Granada, León, Tipitapa, Bluefields und weiteren Städten. Überall trafen sie auf paramilitärische Gruppen der Parteijugend, regierungstreue Motorradgangs oder bewaffnete Polizisten, die mit scharfer Munition schossen. In Estelí rückte die Armee ein, verhielt sich aber relativ neutral.

Silvio Báez, Weihbischof von Managua, richtete sich via Twitter mit ähnlichen Worten an die Regierung wie einst der 1980 ermordete Erzbischof von San Salvador Óscar Arnulfo Romero: „Stopp die Repression!“. 40 Polizisten, die sich weigerten, an der brutalen Unterdrückung der Proteste teilzunehmen, sollen sanktioniert worden sein.

Dutzende Opfer

Das unabhängige Menschenrechtszentrum CENIDH sprach von über 60 bestätigten Todesopfern, darunter zwei Polizisten und ein Fünfzehnjähriger. Über 100 DemonstrantInnen wurden verletzt. 15 gelten als verschollen, sind also vermutlich festgenommen worden. Elektronischen Medien, die über die Repression berichteten, wurden die Funksignale abgedreht. Über die sozialen Medien verbreiteten sich aber Bilder von blutenden Demonstranten und wacklige Videos von brutalen Polizeieinsätzen in Windeseile.

Daniel Ortega war zunächst nach Kuba abgetaucht und überließ seiner Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo das Kommando. Mit salbungsvollen Worten über Frieden und christliche Werte vermied sie es, auf die Krise einzugehen. Erst am dritten Tag kam Ortega selbst aus der Deckung. In einer TV-Ansprache differenzierte er zwischen „fehlgeleiteten“ Studenten und kriminellen Banden, verlor aber kein Wort über die blutigen Opfer oder die plumpe Pressezensur.

Unruhestifter und Plünderer, die nach Beobachtungen von Augenzeugen in ihrem Wüten von der Polizei nicht gestört wurden, lieferten Ortega den willkommenen Vorwand, die ganze Bewegung zu diskreditieren. Hingegen erklärte er sich zunächst zu einem Dialog mit den Unter-

nehmerverbänden bereit. Am folgenden Tag akzeptierte er schließlich ein Vermittlungsangebot der Bischofskonferenz, die den Stopp der Repression zur Bedingung für den Dialog machte, und nahm die Beitragserhöhung zurück.

Radikalisierte Proteste

Die Demonstranten wollen aber inzwischen mehr. Die Bewegung ist schon deswegen nicht kontrollierbar, weil keine or-



Ana Quirós, nach dem Protest gegen Pensionskürzungen

Foto: privat

ganisierte Kraft dahinter steckt, sondern das ansteckende Lauffeuer der sozialen Medien. Mit Slogans aus dem sandinistischen Befreiungskampf und dem Fällen von metallenen „Lebensbäumen“, mit denen die esoterisch angehauchte Präsidentengattin die Hauptstadt dekorieren ließ, richten sich die Demonstranten nicht mehr nur gegen die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, sondern gegen das System Ortega an sich.

In einem weitverbreiteten Kommuniké, das auch im Ausland großes Echo fand, forderte eine Gruppe von „selbstbestimmten StudentInnen“ einen fundamentalen Richtungswechsel, zu dem die Demokratisierung des Staates ebenso zählt wie die Freiheit der Medien und eine grundlegende Reform des Wahlrechts.

Die Herrschaft von Daniel Ortega und seiner Frau Rosario Murillo beruht auf einer Kombination von Kontrolle und Wohltaten. Die wichtigsten Medien befinden sich in der Hand der Partei oder der Familie Ortega. Über die Parteistrukturen bis ins kleinste Dorf kann gesteuert werden, wer einen Job oder Anreize für die Landwirtschaft bekommt. Wahlergebnisse werden nach Bedarf „korrigiert“. Gleichzeitig herrschte in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Stabilität. Vom günstig und auf Pump gelieferten Erdöl aus Venezuela durfte Ortega die Hälfte mit Gewinn weiterverkaufen. Mit diesen Geldern, die nicht

⇒ von Seite 21: NICARAGUA

ins offizielle Budget flossen, wurden ein Gutteil des Sozialsystems und in Gutsherrenmanier verteilte Gaben finanziert. Mit dem Niedergang des Chávez-Systems ist diese Bonanza zu Ende.

Der Plan, Nicaragua mittels eines interozeanischen Kanals zum boomenden Dienstleistungsstandort zu machen, hat sich als gigantische Fehlkalkulation erwiesen. Die Erhöhung der Treibstoffpreise und die Reform der Sozialversicherung sind wohl erst der Anfang einer Serie unpopulärer Maßnahmen. Auf ein Ausbrechen von Unruhen waren Ortega und seine Leute offenbar vorbereitet. Aber sie sollten aus eigener Erfahrung wissen, dass Repression eine Rebellion noch weiter anfacht. ■

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT

Unter dem Titel „Stoppt die Repression in Nicaragua!“ ruft das Wiener *Solidaritätskomitee für Frieden und Demokratie in Nicaragua* zur Solidarität mit der bedrohten Bevölkerung auf und fordert:

- * Stopp der Gewalt, Verfolgung und Einschüchterung der Bevölkerung, mit dem sofortigen Rückzug der Armee, der Polizei und der paramilitärisch agierenden Gruppen
- * Freilassung von Hunderten illegal festgenommenen DemonstrantInnen
- * Ausforschung und Bestrafung der Verantwortlichen für die Opfer des Konflikts
- * Aufhebung der staatlichen Zensur der Massenmedien und Wiederaufnahme des Betriebs der unabhängigen TV- und Radiostationen
- * Beteiligung an einem Nationalen Dialog von VertreterInnen verschiedener Sektoren der Bevölkerung wie der Privatwirtschaft, der StudentInnen, Kirchen, Frauenorganisationen, Umwelt- und Bauernbewegungen sowie der indigenen GemeindevertreterInnen.

Der Aufruf solidarisiert sich auch mit seit langem erhobenen Forderungen der nicaraguanische Zivilgesellschaft, darunter

- * Stopp der Verfolgung von VertreterInnen der Menschenrechtsorganisationen.
- * Aufhebung des Gesetzes 840, das die Konzession eines transozeanischen Kanals ausländischen Konsortien überlässt.
- * Schutz der gemeindeeigenen Territorien und Ressourcen der indigenen Bevölkerung.
- * Vorbereitung einer umfassenden Wahlrechtsreform, welche die Freiheiten politischer Organisationen und die Abwicklung freier und transparenter Wahlen garantiert.

Kontakt: solidaritaet_nica_demo@gmx.at

EX-DIKTATOR RÍOS MONTT IST TOT

GUATEMALA

Efraín Ríos Montt starb in Freiheit. Der Mann, der vor fünf Jahren wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 80 Jahren Haft verurteilt wurde, hat für seine Taten nicht gebüßt. Am Ostersonntag erlag er 91jährig in seinem Wohnhaus in Guatemala Stadt einem Herzversagen. Ein ihm günstiger Verfassungsgerichtshof hatte das Urteil wegen Formfehlern aufgehoben. An der rechtlichen Bewertung der Tatsachen gab es keine Zweifel.

Trotz ihrer nur knapp 17monatigen Dauer ist seine Diktatur als eine der blutigsten in die blutige Geschichte des zentralamerikanischen Landes eingegangen. Am 23. März 1982 putschte er sich nach einem Wahlbetrug – unterstützt von rechtsextremen Politikern – mit zwei weiteren Offizieren an die Macht und übernahm wenig später die Alleinherrschaft. Ríos Montt selbst war acht Jahre zuvor Opfer eines Wahlbetrugs geworden. Als Kandidat der Christdemokraten war er 1974 gegen das korrupte Regime angetreten und hatte gewonnen. Allerdings musste er der Gewalt weichen und wurde als Militärattaché ins goldene Exil nach Spanien geschickt. Dort verfiel er dem Alkoholismus, aus dem ihn erst die Zuwendung zu einer Pfingstkirche rettete.

Er ließ sich zum Prediger der in Kalifornien beheimateten evangelikalen Kirche *El Verbo* ausbilden und verbreitete deren fundamentalistische Lehren. Mit dem Furor des Konvertiten sollte er dann als Militärherrscher seine Vorstellungen von Moral und Ordnung predigen. Er zwang die indigene Bevölkerung in den Dörfern, sich in paramilitärischen Patrouillen zu organisieren, und bekämpfte die marxistische Guerilla, indem er ihr durch zahlreiche Massaker die soziale Basis entzog.

Fusiles y frijoles, „Gewehre und Bohnen“, hieß sein Programm, das die Überlebenden in „Modelldörfer steckte und mit Nahrungsmitteln belohnte. Während Ríos Montts Gewaltherrschaft wurden 448 indische Dörfer von Militärs überfallen und mehr als 100.000 Zivilisten ermordet. Das Maya-Volk der Ixil im Norden des Landes wurde nahezu ausgerottet, Schwangere und Neugeborene inklusive, wie der Bericht der UN-Wahrheitskommission festhielt. Die Vereinten Nationen qualifizierten den Feldzug gegen die Ixil im Departement Quiché jedenfalls als Völkermord.

Ríos Montt hielt im Fernsehen Predigten, mit denen er die Bevölkerung zu

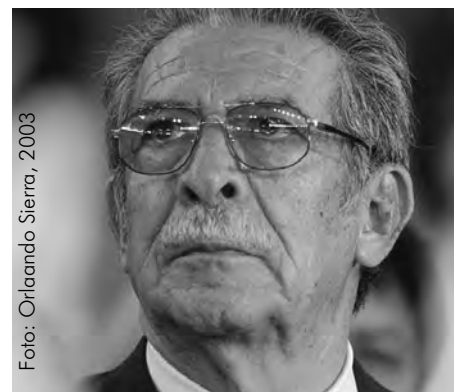


Foto: Orlando Sierra, 2003

christlicher Moral erziehen wollte. Er führte die Todesstrafe wieder ein und ließ mehrere Verbrecher fusillieren. Die Schreckensherrschaft wurde am 8. August 1983 durch einen neuerlichen Staatsstreich, angeführt von Verteidigungsminister General Óscar Humberto Mejía Víctores, beendet. Dessen Regime war zwar kaum besser, doch musste er unter internationalem Druck den Weg für Wahlen und einen Übergang zur Demokratie bereiten.

Die Karriere von Ríos Montt war damit aber nicht beendet. Er gründete die Rechtspartei Republikanische Front Guatemalas (FRG) und bewarb sich 2003 neuerlich, aber erfolglos um die Präsidentschaft. 2007 zog er als Abgeordneter und zeitweiliger Präsident der Legislative in den Kongress ein, was ihm eine Immunität verschaffte, die ihn vor Strafverfolgung schützte.

Obwohl ihn ein Menschenrechtstribunal in Spanien verurteilt hatte, begann die Justiz in Guatemala selbst nur sehr zögerlich die Vergangenheit aufzuarbeiten. Zwei Wochen nachdem seine Immunität erlosch, musste er 2012 vor Gericht erscheinen und wurde dann ein Jahr später verurteilt. Einem weiteren Prozess entzog er sich durch ein Gutachten, das ihm Demenz bescheinigte. Jetzt starb er, wie sein Anwalt mitteilte, „ruhig und in Frieden“. Die Familie ließ ihn – wohl um Demonstrationen zu vermeiden – noch am selben Tag bestatten.

Ralf Leonhard

DIE ÄRA DER CASTROS GEHT ZU ENDE

Alles signalisierte Normalität, als am 19. April die kubanische Nationalversammlung den Staatsrat wählte und dieser sogleich auch seinen Vorsitzenden. Der 86-jährige Raúl Castro hatte bereits seit Jahren seinen Verzicht auf eine weitere Amtszeit angekündigt, will aber vorerst an der Spitze der Kommunistischen Partei bleiben. Auch sein Nachfolger ist keine Überraschung. Miguel Díaz Canel war schon bisher als Vizepräsident des Staats- und Ministerrats formelle Nummer zwei hinter Castro.

Von Robert Lessmann*)



Foto: Orlando Barriá

Wie er kommt der ausgebildete Elektroingenieur aus den Reihen des Militärs. Auf Vorschlag seines Vorgesetzten wurde der Oberstleutnant, der daneben einer Lehrtätigkeit an der Universität Santa Clara nachging, im Jahr 2003 als damals jüngstes Mitglied ins Politbüro gewählt. Bis 2006 war Raúl Castro Verteidigungsminister. Alles signalisiert Kontinuität.

Antiimperialismus und Internationalismus

Und doch handelt es sich um das Ende einer Epoche – nicht nur für Kuba, wo nun 59 Jahre Castro-Herrschaft zu Ende gehen. Raúl Castro vertrat zunächst seit 2006 seinen erkrankten Bruder Fidel (der am 25. November 2016 seinem Krebsleiden erlag) und wurde 2008 offiziell zum Staatsoberhaupt gewählt.

Er und Che Guevara waren die einzigen erklärten Kommunisten in den Reihen der bärtigen Rebellen (*barbudos*), die am 1. Jänner 1959 siegreich in Havanna einzogen. Fidel Castro hatte ursprünglich der national-liberalen Orthodoxen Partei von Eduardo Chibás angehört und sich von sozialistischen Strömungen distanziert. Spä-

ter sollte er sagen, er sei damals „ideologisch noch nicht so weit gewesen“ wie Che. Mit ihrer natürlichen Volksnähe, Authentizität und ihrem unkonventionellen Stil bildeten die „barbudos“ einen markanten Kontrast zu den steifen Bürokraten des „real existierenden Sozialismus“. Die Protestgeneration der 68er identifizierte sich weltweit mit ihnen und mit Kuba – allen voran mit dem emblematischen Che Guevara.

Kubas Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit führte automatisch zum Konflikt mit der Hegemonialmacht USA. Nationalisierungen wurden dort mit Wirtschaftssanktionen und dem Abbruch der Beziehungen beantwortet. Im Zeichen des Kalten Krieges sprang bereitwillig die Sowjetunion als Partner ein. Nach der von Washington unterstützten Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht stimmte man gerne dem Vorschlag Chruschtschows zu, atomare Mittelstreckenraketen aufzustellen. Die US-Marine blockierte die Seewege. Die Kubakrise brachte die Welt im Oktober 1962 an den Rand eines 3. Weltkriegs – der ein atomarer gewesen wäre, mit Kuba im Zentrum.

Sie wurde durch einen Deal zwischen Washington und Moskau entschärft: Nichtaufstellung der Raketen auf Kuba gegen Abbau auf die UdSSR gerichteter US-Raketen in der Türkei. Kuba, das sich wirksame Abschreckung weiterer Interventionsversuche erhofft hatte, blieb mit leeren Händen zurück. Fidel Castro schäumte, war aber auf die Allianz mit Moskau angewiesen. Che Guevara trat mit seinen revolutionären Projekten in Afrika und Lateinamerika in offenen und direkten Gegensatz zur Sowjetpolitik der „Friedlichen Koexistenz“. Durch die heimliche Unterstützung dieser (in Bausch und Bogen gescheiterten) Abenteuer riskierte Fidel Castro auch die Beziehungen zu Moskau. Als Mitglied der Bewegung der Blockfreien suchte man nach einem „dritten Weg“.

Kubanischer „Internationalismus“ und „Antiimperialismus“ bedeutete auch die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Afrika. Zwischen 1975 und 1991 kämpften bis zu 35.000 kubanische Infanteristen an der Seite der Befreiungsbewegung MPLA und fügten der südafrikanischen Armee in Angola eine Niederlage zu. Kuba leistete so auch einen wichtigen Beitrag zum Ende der Apartheid im südlichen Afrika. Kommandiert wurde die Militäraktion von Brigadegeneral Harry Villegas alias *El Pombo*, Ches langjährigem Begleiter von der kubanischen Sierra Maestra über den Kongo bis zu Bolivien, wo Guevara 1967 den Tod fand. Sie war nicht mit Moskau abgesprochen und begleitet von einem zivilen Entwicklungsprogramm durch Ausbilder, Ärzte und Ingenieure. Kubas „Internationalismus“ und „Antiimperialismus“ machten die kleine Karibikinsel mit ihren heute 11 Millionen Einwohnern und ihren „*Comandante en Jefe*“, Fidel Castro, zum Global Player. Noch heute schickt Kuba mehr Ärzte in die Welt hinaus als die Weltgesundheitsorganisation WHO, nun aber nicht zuletzt auch, um dringend benötigte Devisen zu erwirtschaften.

Politische Quarantäne und wirtschaftliche Dauerkrise

Im Inneren herrschten seit 1962 Planwirtschaft und Rationierung durch die Lebensmittelkarte *libreta*. Schuld an den wirtschaftlichen Problemen waren externe Faktoren, wie die Blockade der USA

⇒ von Seite 23: KUBA

gegen die kleine, 100 Meilen vor ihrer Küste liegende unböhmische Insel – aber auch hausgemachte. Die Integration in den Wirtschaftsverband der Ostblockländer blockierte eine ökonomische Diversifizierung, und wirtschaftspolitische Kehrtwendungen durch spontane Willensäußerungen des *Comandante en Jefe* haben ihr selten gut getan. Als Kuba nach dem Fall der Mauer mit dem Zusammenbruch seines Außenhandels und einer existenziellen Wirtschaftskrise konfrontiert war, wurde eine erste wirtschaftliche Liberalisierung eingeleitet – und Mitte der 1990er Jahre wieder auf Eis gelegt, um sie ab 2006 unter Raúl Castro dann zaghaft wieder aufzunehmen.

Es gab in der kubanischen Planwirtschaft schlicht keinen stringenten Plan zur Krisenbewältigung. Resultat war eine leichte Erholung auf sehr niedrigem Niveau. Bewunderungswürdig ist aber die Überlebensfähigkeit des Modells, von dem Fidel Castro bereits im Jahr 2010 sagte, es „funktioniert selbst für uns nicht mehr“. Auf der Basis von Krise und Stagnation entwickelt sich die Grauzonenwirtschaft zum dynamischsten Sektor. Schwarzgeld aus Miami scheint paradoxerweise zum Motor einer „ursprünglichen Akkumulation“ im Sinne von Karl Marx zu werden.

Obwohl die KP laut Verfassung (Art. 5) die „höchste führende Kraft der Gesellschaft und des Staates“ (...) ist, wurde zwischen 1997 und 2011 kein Parteitag abgehalten. Im Grunde entschied Castro alles, meint der Historiker und Kubakenner Michael Zeuske. Der Konflikt mit Washington hatte sehr rasch zur Rechtfertigung politischer Quarantäne, einem Einparteiensystem und einem alles überwachenden Blockwartssystem, den Komitees zur Verteidigung der Revolution, geführt. Fidel Castro regierte anarchisch in der Wirtschaftspolitik und politisch mit eiserner Faust. Daran hat sich auch unter Raúl nur wenig geändert. Indes: Wegen der externen Bedrohung hat längst auch ein

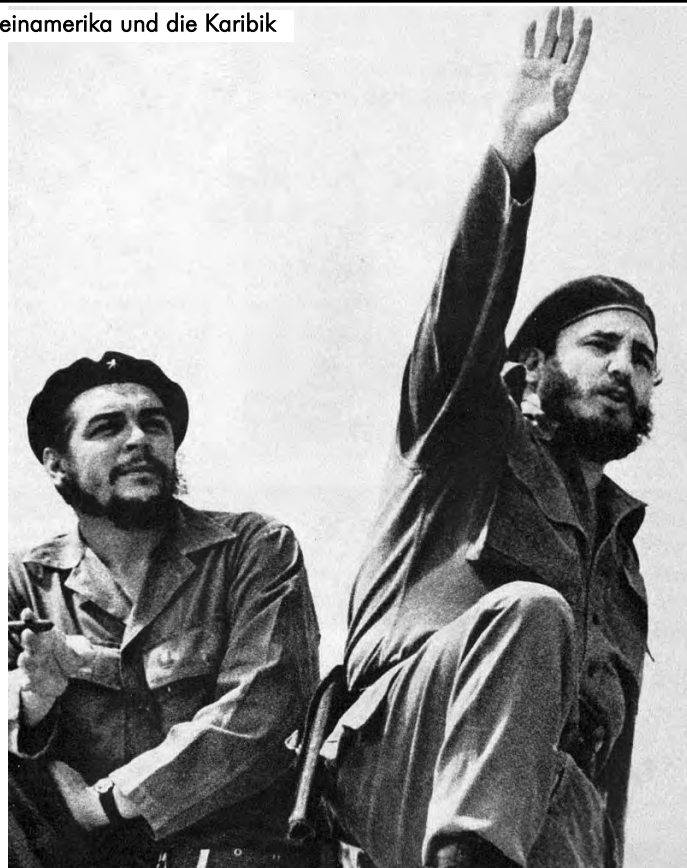
Nationalismus den Sozialismus als ideologischen Kitt verdrängt, der die Gesellschaft zusammenhält. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Washington und einer vorsichtigen Annäherung unter Obama und Raúl Castro ist heute insofern Donald Trump ein Garant dafür, dass in Kuba politisch alles beim Alten bleibt. Das allgegenwärtige Wort *revolución* wird als Synonym für den Entwicklungsprozess und den Apparat gebraucht und hat keine zukunftsweisende Bedeutung im Hinblick auf eine Veränderung der Gesellschaft mehr. Es geht um Krisenbewältigung und Herrschaftssicherung.

Egalität und Sozialstaat

Kuba unter Castro, das bedeutet auch ein im regionalen Vergleich herausragendes Bildungs- und Gesundheitssystem, das mit Abstrichen selbst in der Wirtschaftskrise Bestand hat. Im *World Development Index* der Vereinten Nationen liegt Kuba auf Platz 68 – in Lateinamerika übertroffen nur von Costa Rica (66), Panama (60), Uruguay (54), Argentinien (45) und Chile (38). Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt über jener der Menschen in den USA. Vorbildlich – wenn auch nicht perfekt – ist auch die Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Weniger gut gelungen, wenngleich ebenfalls besser als in den meisten Nachbarländern, ist jene zwischen Menschen europäischer und afrikanischer Abstammung.

Das Erbe der Sierra Maestra

Mit Raúl Castro tritt eine Generation ab, die mit einer unglaublichen Erfahrung gestartet war: 82 Revolutionäre – alle um die 30 Jahre alt – legten am 25. November 1956 mit einer völlig überladenen Yacht namens *Granma* im mexikanischen Hafen Tuxpán ab, um den Diktator Fulgencio Batista auf Kuba zu stürzen. Nach einer



Che und Fidel, kurz nach dem Triumph

missglückten Landung und ersten Gefechten blieben 22 übrig. Von ihren Bretterverschlägen in den Wäldern der Sierra Maestra aus schafften sie den Umsturz – und das prägte. Diese jungen Männer blieben Zeit ihres Lebens ihren Idealen verpflichtet und der Erfahrung, dass Entschlossenheit und Willenskraft alle Hindernisse überwinden können. Voluntarismus war ein Grundmuster des Castrismo, den der Historiker Zeuske in eine charismatische (unter Fidel) und eine bürokratische Phase unter Raúl Castro teilt. Davon kündeten Plakate mit Verweisen auf jene heroische Revolution an allen Straßenecken auch ein halbes Jahrhundert danach. (Sie sind in den letzten Jahren weniger geworden.) Auch die Begräbnisse der alten Kämpfer – einige ließen sich gleich in der Sierra Maestra begraben oder verfügten dies – legen Zeugnis von dieser Verbundenheit ab. Tatsächlich wurde Kuba oft wie ein Guerillacamp geführt. Trotz aller Normalität und Kontinuität dürfte sich das nun mit der Zeit ändern. In welche Richtung es gehen wird, lässt sich freilich noch nicht absehen. ■

*) IGLA-Mitarbeiter Robert Lessmann hat in den 1990er Jahren für die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung mehrere Studien über die erste Welle der Wirtschaftsreformen auf Kuba geschrieben und im Jahr 2006 eine Che-Biographie vorgelegt. Er hat Kuba zuletzt im November 2017 bereist und im Dezember an der 1. Konferenz für Europastudien der Universität Havanna teilgenommen.

Ein verbreiteter Witz auf Kuba lautet:

Frage: Was sind die drei größten Erfolge der Revolution?

Antwort: Bildung, Gesundheit und Sport.

Frage: Und die drei größten Probleme?

Antwort: Frühstück, Mittagessen und Abendessen.

GESCHWISTERZWIST IM HAUSE FUJIMORI

Was Ulrike Lunacek in der vorangegangenen Ausgabe (LAA 1/2018) orakelte – Pedro Pablo Kuczynski (PPK) würde nach seinem Manöver vom Dezember 2017 zwecks Überstehen eines parlamentarischen Absetzungsantrags keine weiteren Weihnachten im Präsidentenamt erleben – ist eingetreten. Zu sehr war seine Glaubwürdigkeit nach der zweifelhaften humanitären Begnadigung von Alberto Fujimori angeschlagen, unmittelbar nachdem die Stimmen abtrünniger Fujimori-Abgeordneter rund um Sohn Kenji seine Absetzung vereitelt hatten, und zu sehr hatte er sich vom internen Machtkampf der Fujimori-Geschwister Kenji und Parteiführerin Keiko abhängig gemacht.

Von Jürgen Kreuzroither

Die Einleitung des letzten Akts im Trauerspiel um die „lahme Ente“ PPK bildete Ende Februar die Kronzeugenaussage von Jorge Barata, des einst obersten Vertreters des notorischen brasilianischen Baukonzerns *Odebrecht* in Peru. Er bestätigte die Zahlung von Millionenbeträgen für die Wahlkampagne von PPK. Daraufhin wurde ein erneuter Absetzungsantrag wegen „moralischer Unfähigkeit zur Amtsausübung“ eingebracht. Die Abstimmung war für 22. März angesetzt.

Zwei Tage davor hielt *Fuerza Popular*, die Fujimori-Partei, die nach der Abspaltung von zehn Abgeordneten rund um Kenji ihrer absoluten Mehrheit im Kongress verlustig gegangen war, eine Pressekonferenz ab. Präsentiert wurde ein Video, in dem zu sehen war, wie Kenji mit Ministerunterstützung versuchte, mittels Zusage von öffentlichen Aufträgen für den Wahlkreis eines Abgeordneten dessen Übertritt ins Pro-PPK-Lager zu erkaufen.

Das Vorgehen ähnelte den Manipulationen rund um den ersten Absetzungsantrag vom Dezember, es weckte aber auch unangenehme Erinnerungen an die „Vladivideos“, mit denen Vladimiro Montesinos, Geheimdienstchef und Graue Eminenz des Fujimori-Regimes der 1990er Jahre, seine Bestechungsverhandlungen mit zahlreichen Mitgliedern der politischen und wirtschaftlichen Elite im Geheimen dokumentierte. Die Veröffentlichung einzelner Videos stellte den letzten Sargnagel für Alberto Fujimoris Herrschaft dar.

Auch im Fall von PPK war die Wirkung durchschlagend. Einen Tag vor der angesetzten Parlamentsabstimmung gab er seinen Rücktritt bekannt. Die Reaktion der Öffentlichkeit blieb eher verhalten. Überraschend kam der Rücktritt nicht mehr, aber angesichts fehlender attraktiver Alternativen machte sich vielfach Resignation breit. Die Stimmung eines „*que se*

vayan todos“ („Alle sollen sich schleichen“) war zwar verbreitet, machte sich aber nicht lautstark bemerkbar.

Damit kommt automatisch der parteilose Vizepräsident Martin Vizcarra als Nachfolger zum Zug. Vizcarra war vor seinem Regierungseintritt ein erfolgreicher Regionalpräsident im Süden des Landes. Unter PPK agierte er zunächst als Transportminister, wurde aber nach einer umstrittenen Auftragsvergabe bei einem Flughafenprojekt im Mai vergangenen Jahres auf Druck der Opposition aus der Schusslinie genommen. Er zog sich auf den Botschafterposten in Kanada zurück und kümmerte sich nicht mehr um die Tagespolitik.

Die Kräfteverhältnisse im Parlament gestalten sich für Vizcarras Präsidentschaft kompliziert. Zwar besteht nach der Abspaltung der „*Avengers*“ um Kenji Fujimori jetzt die Möglichkeit – unter Ausklammerung von Keiko Fujimoris *Fuerza Popular* (FP) – eine von vier Kleinparteien gestützte Regierung zu bilden, doch verspräche das keine stabile Konstruktion. Abgesehen vom mangelnden ideologischen Kitt steht die Zukunft der *Avenger*-Gruppe nämlich auf wackligen Beinen.

Technisch gesehen wurden die zehn Abgeordneten aus der FP ausgeschlossen und sind nach Bekanntwerden des Korruptionsvideos, dem noch weitere folgten, angeschlagen. Keikos Bestreben geht dahin, die Mandate der abtrünnigen Abgeordneten aberkennen zu lassen und durch Nachrücker zu ersetzen, um so wieder die Parlamentsmehrheit zu erringen. Dem steht allerdings die Drohung des jüngeren Bruders Kenji entgegen, Interna, besonders bezüglich FP-Finanzquellen, auszupacken. Schließlich wird auch Keiko durch die Aussagen des ehemaligen *Odebrecht*-Generaldirektors Barata schwer belastet. Die Untersuchungen konnten bis dato dank Parlamentsmehrheit im Zaum gehalten

werden. So können beide Seiten bei Fortführung des Zwists nur verlieren. In der Tat gibt es Anzeichen für eine Versöhnung unter Mithilfe von Vater Alberto.

Damit bleibt Vizcarra kaum eine Alternative zur Annäherung an *Fuerza Popular*. So ernannte er, nach seiner eigenen Angelobung am 23. März, César Villanueva zum Ministerpräsidenten. Der stammt zwar nicht aus den Reihen der Fujimoristas, ist aber als eifriger Betreiber der Absetzung PPKs der großen Oppositionspartei durchaus genehm. Bei der Auswahl des Kabinetts dürfte laut Insidern der FP ein Vetorecht eingeräumt worden sein, welches in einem Fall auch schlagend wurde. Schließlich wurde bei einem jüngst beschlossenen Gesetz zur Ausweitung der Rechnungshof-Befugnisse der Kongress ausdrücklich ausgenommen.



Foto: Ulrike Lunacek (Protest gegen PPK)

Letztere Einschränkung ist ein klarer Verstoß gegen die von Vizcarra in seiner Antrittsrede genannte Priorität der Korruptionsbekämpfung. Dennoch ist es zu früh, Vizcarra als Präsident von Fujimoris Gnaden abzuschreiben. Er hat einerseits in seiner Heimatregion Moquegua gute Arbeit geleistet, insbesondere in der Bildungspolitik. Andererseits steht der Kongress selbst unter öffentlichem Druck. Auch sein Ansehen hat ob der offenen Obstruktion gegen PPK gelitten, und schließlich schwebt auch über Keiko Fujimori das Fallbeil einer Korruptionsanklage.

Jedenfalls scheinen die Fujimoris – zum Schaden für das Land – bis auf weiteres jedes politische Szenario mitzubestimmen, auch wenn kein Präsident dieses Namens an der Spitze steht. ■

EX-PRÄSIDENT SÁNCHEZ DE LOZADA VERURTEILT

Die Jury eines Gerichts in Fort Lauderdale/USA hat Anfang April den ehemaligen bolivianischen Staatspräsidenten Gonzalo „Goni“ Sánchez de Lozada sowie dessen damaligen Verteidigungsminister Carlos Sánchez Berzaín für das „Massaker vom 12. Oktober“ im Zuge des sogenannten Gaskriegs von 2003 verurteilt. Zum ersten Mal nach dem erst kürzlich im Gefängnis verstorbenen Manuel Noriega aus Panama wurde damit ein Expräsident eines ausländischen Staats in den Vereinigten Staaten zur Rechenschaft gezogen. Das Urteil hat insofern Präzedenzcharakter, als es nicht nur die direkt Beteiligten, sondern auch die politisch verantwortlichen Drahtzieher zur Rechenschaft zieht.

Von Robert Lessmann

Als während der Proteste gegen geplante Erdgasexporte über Chile (*la guerra del gas*) im September und Oktober 2003 der Regierungssitz La Paz durch Straßenblockaden in der Satellitenstadt El Alto von der Versorgung abgeschnitten war, erklärte die Regierung den Ausnahmezustand und schickte das Militär, um die Blockaden zu brechen. Die für solche zivilen Einsätze nicht ausgebildeten und ausgerüsteten Soldaten richteten ein Blutbad an. Zurück blieben 65 Tote und fast 400 Verletzte, darunter viele völlig unbeteiligte Personen. Vizepräsident Carlos D. Mesa (Ende April 2018 überraschend verstorben) legte unter Protest gegen dieses Vorgehen sein Amt nieder. Am gleichen Tag trat auch „Goni“ zurück und stieg in ein Flugzeug Richtung Miami ein. Mesa, dessen Rücktritt noch nicht rechtswirksam war, wurde damit automatisch zum Interimspräsidenten. Über zwei Volksabstimmungen zu den Themen „Gasexporte“ und „verfassungsgebende Versammlung“ machte er den Weg zu vorgezogenen Neuwahlen frei, die im Dezember 2005 schließlich zum Erdrutschsieg von Evo Morales und zum Abgang der Altparteien führten.

„The United States should not be a safe haven for human rights abusers“ („Die Vereinigten Staaten sollen kein sicherer Zufluchtsort für Menschenrechtsverletzer sein“), sagte einer der Anklagevertreter. Der Fall war von einem Konsortium von Menschenrechtsanwälten vorgebracht worden. Neun Angehörige der Opfer traten in dem Verfahren als Nebenkläger auf. Ihnen wurde ein Schmerzensgeld in Höhe von 10 Millionen US Dollar zugebilligt, das innerhalb einer Opfervereinigung aufgeteilt werden soll. Die zehnköpfige Jury ließ sich zu den Beratungen sechs Tage Zeit.



Foto: Antonio Cruz/ABR.

„Goni“: zur Rechenschaft gezogen trotz seines vermeintlich sicheren Exils in den USA

In dem drei Wochen dauernden Verfahren ging es um die Verantwortung für die Gewalt. Das Verteidigungsteam gab den Anführern der Proteste, Felipe Quispe und Evo Morales, der zur fraglichen Zeit außer Landes war, die Schuld an den blutigen Zusammenstößen. Anwältin Ana Reyes argumentierte, es habe keinen Plan zur Tötung von Zivilisten gegeben. Die Vertreter der Anklage hielten dem entgegen, dass nur zwei Polizisten unter den waren und die Theorie von einer bewaffneten Konfrontation unhaltbar sei. Die Gewalt sei eindeutig von den Sicherheitskräften ausgegangen.

„Goni“ selbst sagte aus, dass er unermüdlich den Dialog mit den Protestieren-

den gesucht habe. Sánchez Berzaín, der in den Vereinigten Staaten politisches Asyl bekommen hat, und der in Bolivien als der eigentliche Scharfmacher gilt, argumentierte, er trage keine Verantwortung für die Toten; seine Funktion sei eine rein administrative gewesen. Unter den Zeugen, die gegen „Goni“ und Sánchez Berzaín aussagten, waren auch der frühere Vizepräsident und zwei Minister. Unter ihnen sagte José Luis Harb, zu jener Zeit Vizeminister für Innere Sicherheit und Polizei, aus, dass er als verantwortliche Person Zugang zu allen Polizeiberichten hatte: „Ich habe keinen über bewaffnete, subversive Gruppen erhalten.“

Juan del Granado, damals Bürgermeister von La Paz, berichtete von Gesprächen mit Kabinettsmitgliedern, denen zufolge die Regierung in dieser Frage tief gespalten gewesen sei. Eine Fraktion sei für Dialog eingetreten, eine andere, angeführt von Sánchez Berzaín, für Repression. Sein Angebot, einen Dialog zwischen der Regierung und den Protestbewegungen zu vermitteln, sei von „Goni“ im September 2003 abgelehnt worden. In der Tat gab es während der zweiten Präsidentschaft von Sánchez de Lozada viele Berichte über dessen nachlassende geistige Präsenz, die auf ein Alkoholproblem zurückzuführen wäre.

Ende der Straflosigkeit

Parallel zu dem Verfahren in Fort Lauderdale bemüht sich die bolivianische Regierung seit Jahren um die Auslieferung der beiden Beschuldigten, was bereits zweimal (2012 und 2016) abgelehnt wurde. Obwohl beide Verfahren voneinander unabhängig sind, erhofft man sich nun in La Paz, dass dieses Urteil den Argumenten für eine Auslieferung Aufwind verleiht. Rafael Punte, ein früherer Minister und Intellektueller, kommentiert dazu: „Die bolivianische Regierung war über viele Jahre nicht in der Lage das zu erreichen, was eine tapfere Gruppe von Bürgern nun erreicht hat.“

Gonzalo Sánchez de Lozada und Carlos Sánchez Berzaín wollen gegen das Urteil Einspruch erheben. ■

DAS WELTZOZIALFORUM 2018

in Salvador de Bahía im Schatten der weltweiten und innerbrasilianischen Konflikte

Von Leo Gabriel und Hermann Dworzak

Das diesjährige XIII. Weltsozialforum, das vom 13. bis 17. März in der ehemaligen brasilianischen Sklavenmetropole Salvador de Bahía stattgefunden hat, stand ganz unter dem Vorzeichen der spannungsgeladenen politischen Atmosphäre, die derzeit in Brasilien herrscht. Davon zeugten nicht nur die große Demonstration zu Beginn, wo die Parole „*Fora Temer!*“ (Raus mit dem illegitimen Präsidenten Temer) zum geflügelten Wort wurde, sondern auch die Auftritte der Ex-PräsidentInnen Dilma Rousseff und Inácio „Lula“ da Silva. Auch in der abschließenden Sitzung des Internationalen Rates des Weltsozialforums wurde deutlich, dass es sich diesmal eher um ein brasilianisches als um ein Weltsozialforum gehandelt hat.

Die Welt aus der Perspektive der AfrobrasilianerInnen zu sehen, die unter den ca. 80.000 TeilnehmerInnen den Ton angaben, war äußerst stimulierend für das allgemeine politische Bewusstsein. Anstatt sich – wie in Europa üblich – in geopolitischen Erörterungen zu verstricken, stellten die ca. 2100 Veranstaltungen die Not der Betroffenen in den Mittelpunkt. Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, Migration und der Zusammenbruch der Umwelt bildeten den Ausgangspunkt für diese „Sicht von unten“, bei der die enge Verknüpfung von Kultur und Politik besonders deutlich zu Tage trat.

Dabei war von politischer Müdigkeit gar nichts zu bemerken. Bereits bei der Eröffnungsdemo wurde ein unwahrscheinlich breites Spektrum von weltweit vernetzten Organisationen sichtbar: An ihrer Spitze gab es einen großen Block von Indigenen, Schwarzen und zahlreichen sozialen und ökologischen Initiativen – etwa aus São Paulo und Rio de Janeiro. Viele brasilianische StudentInnen, GewerkschafterInnen, aber auch MetallarbeiterInnen aus Kanada oder die GEW aus der BRD, GenossInnen der Europäischen Linkspartei, Delegationen aus Afrika und anderen Ländern Lateinamerikas, etc. erweiterten das Spektrum.

Bereits auf den ersten Blick fiel die unwahrscheinlich starke Beteiligung von

Resistir é crear, resistir é transformar

– Widerstand heißt schöpferisch sein und die Welt umgestalten

Frauen auf, die nicht nur die überwältigende Mehrheit der DemonstrantInnen stellten, sondern es am letzten Tag auch zustande brachten, im Stadtzentrum eine Art „Widerstandsversammlung“ abzuhalten, in der sie ihr Recht auf Selbstbestimmung einforderten – ganz im Unterschied zur lange geplanten, aber schlecht vorbereiteten allgemeinen „Versammlung der Völker“, die über das Format der bei Weltsozialforen üblichen „Versammlung der sozialen Bewegungen“ nicht hinauskam.

Da wurden Hunderte von Initiativen vorgestellt, auf ebenso viele lokale und regionale Mobilisierungen verwiesen, welche dann auf Dutzenden von Flipcharts am zentralen Platz des Ondina-Campus der *Universidade Federal de Bahía* aufgestellt wurden.



Foto: Leo Gabriel

Sie werden uns nicht zum Schweigen bringen

Der Donnerstag, 15. März, war vor allem durch zwei Ereignisse geprägt: Lulas Auftritt in Salvador de Bahía und die Ermordung der bekannten linken Aktivistin Marielle Franco in Rio de Janeiro.

Lula trat in einem Stadion außerhalb des Stadtzentrums auf. Er zeigte sich rhetorisch in bester Form, riss das Publikum einige Male zu Begeisterungstürmen hin. Bis heute steht noch immer nicht fest, ob er zu den Wahlen antreten darf, obwohl es den rechtsradikalen Scharfmachern aus dem bürgerlichen Lager gelungen ist, ihn ins Gefängnis zu stecken, bevor noch der

Oberste Gerichtshof und vor allem der Wahlrat ihr letztes Wort gesprochen haben.

Sein Diskurs konzentrierte sich auf die Erfolge unter den PT-geführten Regierungen und die positiven Veränderungen in Lateinamerika seit der Gründung des WSF um die Jahrtausendwende. Ausgespart blieb eine selbstkritische Bilanz der Politik der Kooperation mit dem nationalen und internationalen Kapital, ebenso fehlten Akzente in Richtung künftiger breiter Mobilisierung von unten.

Lulas Auftritt stand im Schatten der Trauer um die – im ganzen Land bekannte – 38jährige schwarze Feministin und Stadträtin der Linkspartei PSol, Marielle Franco (Foto*), die am Vortag zusammen mit ihrem Begleiter auf offener Straße in Rio de Janeiro ermordet worden war. Wohnend in der Favela *Mare*, hatte sie insbesondere auf die kriminellen Machenschaften der *Policia Militar* aufmerksam gemacht. Ihre Ermordung wurde an vielen Orten gleichzeitig mit Protestaktionen beantwortet. In Rio de Janeiro versammelten sich mehrere tausend vor dem Rathaus und auf dem WSF formierte sich ein spontaner Protestzug, der „Mariella presente!“ rief.

*) In der Nacht vom 14. auf den 15. März wurden in Rio de Janeiro die lokale Abgeordnete der Partei des Sozialismus und der Freiheit (PSOL), **Marielle Franco**, und ihr Fahrer in ihrem Dienstwagen erschossen. Franco befand sich nach einer Veranstaltung für die Rechte schwarzer Frauen auf dem Heimweg, als an einer Kreuzung aus einem Nachbarwagen das Feuer eröffnet wurde.

Die Ermittler gehen von einer politisch motivierten Hinrichtung aus. Medienberichten zufolge erinnert die Art des Verbrechens an die Ermordung der Richterin Patricia Acioli im Jahr 2011, die gegen die so genannten Milizen ermittelte, und, wie sich herausstellte, von diesen ermordet wurde. Die Bedrohung durch Milizen ist auch heute aktuell. Allein im Wahlkampf 2016 sind laut *amerika21* in der Region Rio de Janeiro neun KandidatInnen und PolitikerInnen im Amt durch gezielte Schüsse in der Öffentlichkeit ermordet worden. ■

GIFTSCHLEUDER BRASILIEN

Laut einer unveröffentlichten brasilianischen Studie fallen täglich acht BrasilianerInnen Agrargiften zum Opfer. Ein wesentlicher Grund: die lasche Gesetzgebung.

Von Jürgen Kreuzroither

Der Studienname „*Geografie der Verwendung von Agrartoxinen in Brasilien im Vergleich zur Europäischen Union*“ macht die Zielrichtung deutlich. Die Autorin Larissa Mies Bombardi von der Agraruniversität in São Paulo spricht sich nicht grundsätzlich gegen die Anwendung von Pestiziden in der Landwirtschaft aus, problematisiert aber das diesbezügliche Laissez-faire des brasilianischen Gesetzgebers.

Fahrlässiger Gesetzgeber

Es stellt sich die Frage, warum nicht ausländische Normen als Orientierungshilfe für hiesige Vorschriften, insbesondere bezüglich erlaubter Rückstände in Trinkwasser und Nahrungsmitteln, herangezogen werden. Ein bezeichnendes Beispiel: Während in der EU Trinkwasser maximal 0,1 Milligramm/Liter des verbreiteten Herbizidwirkstoffs *Glyphosat* aufweisen darf, liegt der Grenzwert in Brasilien fünftausendfach höher!

In Brasilien sind über 500 Toxine für landwirtschaftliche Zwecke zugelassen. 30 Prozent davon sind in der EU verboten, teilweise schon seit mehr als einem Jahrzehnt. Unter diesen 30 Prozent befinden sich sogar einige Verkaufsschlager. Beispiel: *Acephat* ist ein Insektizid, das unter anderem in Zitrusplantagen ausgebracht und von dem die drittgrößte Menge überhaupt abgesetzt wird. Die Zulassung besteht, obwohl die brasilianische Gesundheitsagentur ANVISA dem Insektizid die muskuläre Schwächung der Atemwege und der Lunge zuschreibt und warnt, dass Kinder besonders gefährdet seien.

Dieselbe Behörde gesteht quasi ihr Scheitern ein, indem laut hausinterner Schätzung 15 Prozent der in Brasilien konsumierten Nahrungsmittel gesundheitsgefährdende Werte bei Pestizidrückständen aufweisen. Angesichts solcher Zustände wählt Bryan Garvey, der schottische Doktorvater von Larissa Bombardi, drastische



Extensiver Sojaanbau – und Pestizideinsatz

Worte: „Die brasilianischen Behörden waschen ihre Hände in Gift“.

Folglich kann die eingangs erwähnte Zahl von durchschnittlich acht Vergiftungen mit Agrartoxinen pro Tag nur als krasse Untertreibung gelten. Sie beruht auf offiziellen Zahlen, doch eine Untersuchung des renommierten Gesundheitsforschungsinstituts FIOCRUZ aus Rio de Janeiro ergab, dass von 50 Vergiftungsfällen nur einer gemeldet wird. Hochgerechnet für den Zeitraum 2007 bis 2014 ergibt das mehr als eine Million BrasilianerInnen, die Beeinträchtigungen durch Agrartoxine erlitten. Die Konsequenz der Regierung: Ab 2015 wurde die Veröffentlichung der entsprechenden Statistik eingestellt. Dabei stellen die akuten Fälle nicht nur aufgrund der mangelnden Registrierung die sprichwörtliche „Spitze des Eisbergs“ dar, auch chronische Erkrankungen werden nicht entsprechend untersucht.

Weltmeister Brasilien

Seit 2008 ist Brasilien Spitzenreiter im Verbrauch von Agrarpestiziden. 20 Prozent des globalen Absatzes entfallen allein auf das südamerikanische Land, und der wächst nach wie vor. Zwischen 2000 und 2014, ermittelte eine andere Untersuchung, ist die Ausbringung von 170.000 auf 500.000 Tonnen pro Jahr gestiegen. Die brasilianische Vereinigung der Chemieindustrie spricht gar davon, schon 2010 die Millionen-Tonnen-Schwelle überschritten zu haben.

Während in der EU der Einsatz von *Glyphosat* auf zwei Kilogramm pro Hektar begrenzt ist, beträgt der Mittelwert in Brasilien zwischen 5 und 9 kg – und in agrarischen Schwerpunktstaaten wie Rio

Grande do Sul, Mato Grosso und Paraná werden bis zu 19 kg pro Hektar gesprüht.

Belegen schon die Durchschnittszahlen einen erschreckenden Spitzenwert für ganz Brasilien, weisen die Zahlen für einzelne Gemeinden in agrarischen Zentren einen regelrechten Ökozid aus, mit unausbleiblichen Folgen für die Men-

schen: Für die Gemeinde Szepal in Mato Grosso, Südwest-Brasilien, werden fast 400 Liter Pestizide pro Kopf der Bevölkerung eingesetzt – das 50-fache des landesweiten Durchschnitts.

Die Universität von Mato Grosso und das Institut *Fiocruz* haben zwischen 2007 und 2014 die Auswirkungen untersucht: * 88% der Blut- und Urinproben von untersuchten Lehrern wiesen Rückstände von Agrargiften auf;

* während einer zweijährigen Untersuchung wurden in über 80% der Trinkwasserbrunnen, mehr als der Hälfte der Regenwasserproben und einem Viertel der Luftproben mehrere Agrargifte gefunden; * in allen Muttermilchproben von 62 stillenden Müttern wurden Rückstände von Agrargiften gefunden.

Parallel dazu erstellte die Universität Mato Grosso einen Krebshäufigkeitsvergleich: In 14 Munizipien, in denen zwischen 1992 und 2014 Soja, Mais und Baumwolle angebaut wurden, wurden 1.442 Fälle von Magen-, Speiseröhren- und Bauchspeicheldrüsenkrebs festgestellt. In einer Gemeinde vergleichbarer Größe, wo nichts dergleichen angebaut wurde, waren es 53 Krebsfälle.

Landkonzentration, Agrarexport und Gentechnik als Treiber

Dabei führt der intensivere Pestizideinsatz zu keinem steigenden Hektarertrag mehr. Hingegen ist eine andere Parallelentwicklung auffällig: die steigende Landkonzentration. 2003 besetzten Fazendas mit mehr als 100.000 Hektar erst zwei Prozent der brasilianischen Agrarbaufläche. Bis 2015 ist der Anteil auf 18 Prozent geradezu explodiert und es ist bekannt, dass

mit der Größe des Agrarunternehmens vermehrt auf Pestizide zurückgegriffen wird. Im selben Zeitraum wuchs die Soja-Anbaufläche um 79 Prozent.

Soja ist eines der wichtigsten Ausfuhr-güter Brasiliens und es steht emblematisch für die „Reprimarisierung“ der Export-wirtschaft des Landes, also der verstärkten Ausfuhr von Rohstoffen. Dieser Wandel trägt ebenfalls seinen Teil bei zum gesteigerten Verbrauch von Agrartoxinen. 2014 stieg der Rohstoffanteil auf 48 Prozent des Exportgesamtwerthes. Sieben der zehn wichtigsten Ausfuhr-güter Brasiliens sind agrarischen Ursprungs.

Schließlich führte der vermehrte Ein-satz von transgenen Sorten zur größer werdenden Chemiekeule. Vor allem Soja, Mais und Baumwolle werden heute über-wiegend in gentechnisch modifizierten Va-rianten angepflanzt, sodass es sehr schwer ist, an anderes Saatgut heranzukommen. Dabei hatte die Regierung der Arbeiter-partei einst die Anfänge der „grünen Gen-technik“ durchaus kritisch beäugt. Ein-schränkende Initiativen wurden aber von der mächtigen Agrarlobby unterlaufen und die Gesetze der faktischen Situation ange-passt.

Die Studienautorin Lombardi macht aber auch proaktive Entscheidungen des Gesetzgebers für die besorgniserregende Situation verantwortlich: Pestizidherstel-ler können ihre Produkte zu einem er-mäßigten Mehrwertsteuersatz vermarkten.

Die größten Profiteure sind rasch auf-gezählt: *Monsanto* und *Bayer* sind bei Saatgut für Soja, Mais und Baumwolle schon jetzt die alles dominierenden An-bieter und bemühen sich derzeit, durch die Übernahme von Monsanto durch Bayer ein Bilderbuchmonopol zu schaffen*. Beide sind bekanntermaßen nicht nur Saatgut-konzerne, sondern zählen auch zu den weltgrößten Pestizidherstellern.

Problembewusstsein besteht bei den EntscheidungsträgerInnen nach wie vor kaum. Im Gegenteil: Das unter De-facto-Präsident Temer noch mächtiger geworde-ne Agrobusiness schickt Regierung und Gesundheitsagentur vor und erklärt publik gewordene Vergiftungsfälle unisono als „Anwendungsfehler“ durch die Landwir-te. Die Lobby der hauptbetroffenen Land-arbeiterInnen steckt derweil in der Defen-sive. ■

*) In den USA prüft die Wettbewerbs-behörde noch, in Brasilien und der EU ist die Fusion schon genehmigt.

KULTUR ALS MÖRDERIN?

Gewaltexzesse, alternativer Tourismus und Kulturkolonialismus in Amazonien

Am 19.4. wurde in einem Vorort der Stadt Pucallpa im peruanischen Amazonas ein aus Kanada stammender Mann von einer Gruppe indigener Shipibo zu Tode gefoltert. Er wurde beschuldigt, die 81-jährige Indianerin Olivia Arévalo erschossen zu haben. Eine Analyse der kulturellen, ökonomischen und psychologischen Ursachen und Konsequenzen.

Von Bernd Brabec de Mori

Olivia Arévalo Lomas, eine alte Dame mit tiefen Kenntnissen aus der Kultur der *Shipibo* (eine indi-gene Gruppe von etwa 50.000 Individuen, die im peruanischen Amazonastiefland leben) war eine meiner wichtigsten For-schungspartnerinnen und hoch renom-mierte Sängerin – und Sebastian Woodroffe, ein Mann aus Kanada, einer der ru-higen, „guten“ Kerle; er war seit fünf Jah-ren in Amazonien unterwegs, um die tra-ditionelle Medizin der *Shipibo* zu erlernen: Beide wurden ermordet. Olivia wurde höchstwahrscheinlich von Sebastian mit zwei Kugeln erschossen. Sebastian wurde kurz darauf von einem Mob wütender *Shi-pibo* gelyncht.

In einer Sendung im peruanischen Fern-sehen sagte Olivias Neffe, seine 81-jährige Tante sei getötet wor-den, weil sie soviel Wissen aus der indiani-schen Kultur besessen habe. Sie war in den letzten Jahren als Sän-gerin, als Heilerin und Aktivistin sehr bekannt geworden. Doch ihr Wissen über die magi-schen Lieder, über den Trank *Ayawaska* und über die traditionel-le Kunst der *Shipibo* ist ihr zum Verhäng-nis geworden. Offenbar hat ihre eigene Kultur sie getötet – eine Kultur, die seit etwa zwei Jahrzehnten massiv touristisch ausgebeutet wird und westliche „Schama-nenlehrlinge“ anzieht wie das Aas die Fliegen.

Sebastian Woodroffe, 41, gab 2013 sein bürgerliches Leben in Kanada auf, um im peruanischen Amazonas von indigenen *Shipibo* deren traditionelle Medizin zu er-lernen. Er betrieb dabei einen Blog, um

sein Vorhaben unter anderem durch Crowdfunding zu finanzieren. Darin er-klärte er, seine große Mission wäre das Er-lernen des *Ayawaska*-Schamanismus, um später Drogenabhängigen und anderen lei-denden Menschen durch solche Behand-lungen helfen zu können. Ende März 2018 kaufte er sich notariell beglaubigt eine Pistole.

Das Halluzinogen Ayawaska

Ayawaska ist ein Gebräu aus zwei Pflanzen des Regenwaldes, das stark hal-luzinogene Effekte zeitigt. In populären Medien wird behauptet, dass es Jahrtau-sende alt und somit ein Grundprinzip einer



Foto: Bernd Brabec de Mori

uralten indianischen Traditionen Amazo-niens sei. Obgleich neuere Forschungen belegen, dass die Substanz seit höchstens 500 Jahren benutzt wird und sich erst seit etwa 300 Jahren über katholische Missio-nen, mestizische Besiedelung und vor allem die Kautschuklager des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts in West-amazonien ausgebreitet hat, hält sich beharrlich die romantische Vorstellung eines jahrtausendealten „Schamanismus“, der auf der Basis der Einnahme eines halluzi-nogenen Trankes funktioniert.

⇒ von Seite 29: KULTUR ALS MÖRDERIN?

Gleich vorweg – verlässliche Studien zeigen, dass Ayawaska weder süchtig noch verrückt oder gewalttätig macht. Die indigenen und mestizischen Heiler benützen die Substanz innerhalb einer animistischen Kosmologie, im rituellen Rahmen zur Divination und zur Kontaktnahme mit Geistern, Tieren, Pflanzen und Verstorbenen. Die Expertise der Interaktion mit diesen Wesenheiten liegt in der korrekten Beherrschung und Anwendung der Gesänge, die in diesen Ritualen stets gesungen werden. Indem ein Heiler die richtigen Lieder singen kann, werden mächtige nicht-menschliche Wesen manipuliert, in deren Macht unter anderem steht, Leute krank beziehungsweise gesund zu machen. Der halluzinogene Trank dient als Katalysator, als Hilfsmittel zur Wahrnehmung besagter Wesenheiten.

überwältigen. Daraus folgt: des einen Heiler, des anderen Hexer.

Ich habe Olivia 2005 in Pucallpa als angesehene Künstlerin kennengelernt. Wir arbeiteten damals einige Zeit für Tonaufnahmen und Liedanalysen zusammen. Sie wohnte damals in der indigenen Gemeinschaft San Rafael am Oberlauf des Amazonas-Quellflusses Ucayali. Sie war eine einfache Künstlerin und arbeitete nicht mit Ayawaska. Erst in den darauffolgenden Jahren kam sie durch ihre Arbeit mit dem französischen Filmemacher Jan Kounen in Kontakt mit westlichen Touristen und der New Age-Szene rund um diese Substanz. Durch ihre lange Erfahrung in einer Familie von Heilern (ihr Großvater und Vater waren beide traditionelle Heiler „Meráya“) wurden auch die Gründer des „Temple of the Way of Light“ auf sie aufmerksam. Dieser „Temple“ wurde 2008 ins Leben gerufen, um eine Nische in der kommerziellen Nutzung von Ayawaska zu schließen:

ihre „magischen Lieder“ oder „Ikaro“ sind seit Jahren auch auf YouTube zu hören. In letzter Zeit hat sie sich allerdings zurückgezogen – aus dem „Temple of the Way of Light“ wegen Problemen der Konkurrenz und Intrigen und später ganz aus dem Ayawaska-Business, wegen ihres hohen Alters und ihrer nicht mehr so stabilen Gesundheit.

Auf der Suche nach einem Motiv

Was hat dies alles mit dem oben genannten Doppelmord zu tun? Zeugen zufolge soll Sebastian Woodroffe am Donnerstag, den 19.4., das Haus von Olivia Arévalo betreten haben und sie dazu gebracht haben, ein Lied für ihn zu singen. Daraufhin haben anscheinend beide das Haus verlassen. Der Kanadier habe sich umgedreht und erst in die Luft und dann auf Olivia geschossen. Daraufhin sei er auf einem Motorrad geflohen. Er kam aber

offenbar nur etwa einen Kilometer weit und wurde von wütenden Verwandten der Frau überwältigt, gefesselt, geschlagen und gewürgt, bis er tot war, und daraufhin einige Meter weiter im Busch verscharrt.

Woher diese Brutalität? Was bringt einen Mann aus einem fernen Land dazu, eine weise alte Frau zu erschießen? Die peruanischen Medien wie auch meine Kontaktpersonen unter den Shipibo sprechen von drei möglichen Motiven.

Einerseits reihe sich die Tat in eine lange Serie der Gewalt gegen indigene Repräsentanten ein. Laut der NGO Global Witness wurden in

Peru zwischen 2002 und 2014 gezählte 57 hauptsächlich indigene Personen ermordet, Menschen, die ihre Gruppen oder ihre Umwelt gegen äußere Eingriffe zu verteidigen trachteten. Im September 2014 wurden vier Aktivisten der indigenen Asháninka (südliche Nachbarn der Shipibo) von Schergen der Holzindustrie ermordet. Im September 2017 fielen sechs indigene Bauern einem Überfall zum Opfer, der wahrscheinlich mit der lokalen Palmölindustrie zu tun hatte. Diese Zahlen zeigen aber bloß, dass die Gewalt im Vergleich zu den relativ sicheren Jahren um die Jahrtausendwende wieder ansteigt und dass es gefährlich ist, sich in von Behörden wenig



Foto: <http://www.templeofthewayoflight.org>

Touristensession im Temple of the Way of Light

Die Kunst des Heilens liegt also nicht in erster Linie in der Benutzung des Trankes, sondern in der Kenntnis der verschiedenen Wesen und in der Fähigkeit, die entsprechenden Lieder zu singen. Gleichzeitig zeigt sich, dass ein Heiler seine Fähigkeit zur Manipulation dieser Mächte auch für das Gegenteil einsetzen kann, zur Hexerei. Letztendlich muss auch verstanden werden, dass jegliche Krankheit in dieser animistischen Welt als von einem Wesen verursacht verstanden wird und die Heilung darin besteht, den ursprünglichen Verursacher – Geist, Tier, Mensch – zu

Weibliche Heilerinnen sollten hier interessierte TouristInnen und Suchende im Rahmen von Ayawaska-Sitzungen und Lehraufenthalten heilen und unterrichten. Schließlich häuften sich zu dieser Zeit Berichte über Belästigungen bis hin zu Vergewaltigungen seitens männlicher Heiler.

Olivia und einige andere ältere Frauen, die zwar hervorragende Sängerinnen, aber keine ausgebildeten Heilerinnen waren, wurden im „Temple of the Way of Light“ als „Schamaninnen“ neu erfunden und propagiert. Olivia wurde als weise Frau und mächtige Sängerin weithin bekannt, und

kontrollierten Landstrichen gegen mächtige Firmen aufzulehnen. Die Motive der Taten sind je nach Situation verschieden, so auch im Fall von Olivia.

Die zweite, von *Shipibo* am meisten unterstützte Hypothese besagt, es wäre um Geld gegangen. Hierbei ist zu bedenken, dass im Tourismus mit so genannten „Retreats“ und „Albergues“ (Herbergen) rund um die traditionelle Medizin und *Ayawaska* hohe Geldsummen verdient und verschoben werden. In erster Linie profitieren davon die meist weißen BetreiberInnen und VermittlerInnen. Erst in zweiter Linie profitieren die involvierten Indigenen, die in diesem Kontext allerdings wesentlich höhere Verdienstmöglichkeiten vorfinden als ihre Mitmenschen. Daraus resultieren soziale Spannungen – 2008 etwa wurde der indigene Heiler Pancho Mahua von Flusspiraten ermordet, da diese angenommen hatten, er würde wegen seiner Arbeit mit „Gringos“, weißen Drogentouristen, hohe Geldsummen transportieren. Im Fall Olivia wird behauptet, ein enger Verwandter der Sängerin habe dem Kanadier eine hohe Summe Geld geschuldet und sich aber versteckt gehalten. Sollte dies auch stimmen, bleibt dennoch rätselhaft, warum Woodroffe Olivia ermorden sollte. Monetäre Logik führt in diesem Fall nicht weiter.

Eine dritte Hypothese besagt, Olivia hätte sich geweigert, für Sebastian eine *Ayawaska*-Sitzung abzuhalten, und er hätte daraufhin die Beherrschung verloren.

Kulturkolonialismus und Schwarzmärkte

Seit der Jahrtausendwende boomt in Peru wie auch in Kolumbien, Ecuador und Brasilien das Geschäft mit *Ayawaska*. Während meines ersten Aufenthaltes in Pucallpa vor 20 Jahren gab es dort nichts, was in irgendeiner Weise auf eine kommerzielle Nutzung von *Ayawaska* hingedeutet hätte. Doch schon als ich 2005 Olivia kennenlernte, drängte sich mir der Begriff „Kulturkolonialismus“ auf: Nachdem die Indigenen Südamerikas (wie auch anderer Weltgegenden) als Arbeitskräfte ausgebeutet worden waren, ihrem Land sämtliche Ressourcen und ihnen ihr sämtliches Land entrissen worden waren, „interessierte“ man sich nun für ihre „Kultur“. Weiße BesucherInnen begannen die Musterkunst der *Shipibo*-Frauen zu vermarkten oder Trekkingtouren und Abenteueraufenthalte in indigenen Gemeinschaften anzubieten. Vor allem aber um die Benüt-

zung von *Ayawaska* entbrannte ein rasch Fahrt aufnehmender Wettstreit: Welche Herberge kann mit der besten Atmosphäre aufwarten, welcher Anbieter garantiert möglichst individualisierte und spektakuläre Heilbehandlungen und vor allem: Wer arbeitet mit den renommiertesten indianischen „Schamanen“?

Im Sommer 2017 gehe ich mit höherer Wachsamkeit als früher durch Pucallpa, und nicht mehr so spät abends. Das bislang die Gegend beherrschende Holzexportgeschäft ist beinahe versiegt, einerseits durch die regionale Ausrottung der Edelhölzer, andererseits durch immer strengere Importregelungen in Europa und Nordamerika. Dadurch steigen der illegale Holzhandel und das noch illegalere Geschäft mit Kokaanbau und -export. In diesen Gewerben herrscht die Gewalt, doch diese ist stets hinter Fassaden verborgen; dennoch sieht man Angst in den Gesichtern der Leute. Auch im Geschäft mit *Ayawaska* ist der Druck enorm angestiegen. Es gibt keinerlei staatliche oder sonstige Regulierung und die Summen werden außerhalb der Sichtweite des Finanzamts bewegt.

Mir ist ein Einzelfall bekannt, in dem ein Betreiber in einem Monat rund 200.000 Euro steuerfrei verdiente. Renommierte „SchamanInnen“ werden an- und abgeworben, immense Summen werden geboten, investiert und verloren. Die höher angesehenen Heiler haben nicht mehr nur einen „Gringo“-Schüler, sondern ganze Gruppen scharen sich um sie. In diesen Gruppen bildet sich wiederum ein Konkurrenzdruck: Alle wollen der „Lieblingsschüler“ sein oder die „talentierteste Heilerin“ – „kann der da nun die Lieder wirklich schon besser imitieren als ich?“ Auch wenn diese Leute meist wirklich nette Menschen sind, die „das Gute“ wollen – auch hier entsteht Verzerrung. Der *Ayawaska*-Experte Luis E. Luna hat 2009 auf einer Tagung die „Ego-Inflation“ als größtes Problem der touristischen Benutzung von *Ayawaska* bezeichnet, und ich kann ihm beipflichten: Wie oft habe ich beobachten müssen, wie sich ein Besucher innerhalb von wenigen Tagen zu einem „großen Schamanen“ hochstilisiert hat, oder eine freundliche Studentin nur mehr von ihren überwältigenden Visionen sprechen konnte – so, dass ihr in ihrem Heimatland bald niemand mehr zuhören wollte? 2016 hat ein Nordamerikaner in einer Herberge nahe Iquitos einen Briten mitten in einer *Ayawaska*-Sitzung erstochen.

Die meisten „Schamanenlehrlinge“ haben nicht die geringste Ahnung, worauf sie sich einlassen: Die Lichtgestalten der populären Medien, diese Heiler und „Schamanen“ haben ihre Kunst im amazonischen Animismus gelernt. Das bedeutet, sie kennen die Techniken zu heilen und zu töten. Sie heilen, indem sie die Verursacher der Krankheit vernichten. Die Lichtgestalten der populären Medien lebten traditionell meist außerhalb des Dorfes. Nach der Jagd bekamen sie die besten Stücke, denn die Jäger hatten Angst vor ihnen. Was lernt nun ein „Schamanenlehrling“ – meist aus einer christlich und Hollywood-geprägten Welt stammend, in der es immer Gute und Böse gibt? Wie geht man damit um, wenn man nach Jahren erst versteht, dass man gelernt hat zu heilen, indem man tötet?

Ein in der Szene sehr bekannter amerikanischer Schamanenlehrling und Aktivist hat sich im Februar 2018 selbst das Leben genommen.

Drei Motive?

Wir müssen diesen Kontext insgesamt berücksichtigen, wenn wir uns nochmals vor Augen führen, mit welchen Intentionen ein Kanadier das Haus einer alten *Shipibo* betritt. Die erste Hypothese eines Motives, hinsichtlich einer Kontinuität der Morde an Umweltaktivisten und Kulturtragenden, bestätigt meine Beobachtung einer Verlagerung des Ressourcenkolonialismus hin zum Kulturkolonialismus. Asymmetrische Machtverhältnisse und im Dunklen fließende Geldströme bringen manch einen Menschen zum Unmenschlichen. Das zweite mögliche Motiv, es wäre um Geld gegangen, entwickelt innerhalb des größeren Ganzen eine neue Logik: Vielleicht sind nicht unbeglichene Schulden das Problem, sondern der neoliberale Druck im völlig unregulierten Business um den *Ayawaska*-Tourismus. Und drittens, ja, die Weigerung einer alten Frau, mit einem „Gringo“ *Ayawaska* trinken zu wollen, kann durchaus gefährlich sein, vor allem, wenn Letzterer unter ausreichend „Ego-Inflation“ und „spiritueller Konkurrenz“ leidet, verstärkt offenbar noch durch finanziellen Druck.

Ein Aufruf

Ich schließe mit einem Aufruf zur Sensibilität für Machtverhältnisse: Kulturtourismus, das heißt indigene oder traditionelle Gemeinschaften zu besuchen und ihnen etwas abzukaufen – seien es bemu-

⇒ von Seite 31: KULTUR ALS MÖRDERIN?

sterte Textilien, hübsche Statuen oder „schamanische“ Dienstleistungen – bestärkt bestehende Systeme der Asymmetrie und erzeugt lokale soziale Spannungen. Was überall auf der Welt vordergründig und in populären Medien als romantisch, uralt, traditionell und harmonisch präsentiert wird, entpuppt sich hinter der Bühne als bitterer Kampf, der immer wieder seine Opfer fordert.

Die Leute, die den „*Temple of the Way of Light*“ gegründet haben, und im Enderfekt meiner Lehrerin Olivia den „Way of Darkness“ bereitet haben, meinen es gut. Sie wollen das *Ayawaska*-Business entschärfen, wenigstens um die Genderproblematik. Sie und die meisten anderen wollen den interessierten und oft leidenden Menschen, die ihre Klientel ausmachen, etwas Gutes tun und gleichzeitig etwas für die lokale Community bewegen. Aber was die einen gut meinen, verstehen andere falsch. Menschen mit instabiler Psyche und Egomane müssen von *Ayawaska* ferngehalten werden. Die Substanz *Ayawaska* ist nicht das Problem, sie macht nicht gewalttätig. Aber sie bietet eine Bühne für alle möglichen Exzesse, nämlich durch den unregulierten Romantizismus – selbst eine „große Schamanin“ zu werden – und durch den erstarkenden kulturellen Kolonialismus der Ausbeutung indigenen Wissens.

Wenn Sie in ein fernes Land oder eine exotische Community eintreten wollen, machen Sie das bitte mit der nötigen Sensibilität: Seien Sie sich dessen bewusst, dass die meisten Mittelspersonen sehr viel Geld verdienen, während der regionalen Bevölkerung nun – nach ihrer Arbeitskraft, ihrem Land und ihren Ressourcen – ihre Kultur verdreht und entrissen wird. Verhalten Sie sich dem entsprechend und versuchen Sie es wenigstens: Nutzen Sie ihre immer noch koloniale Macht, aus Europa zu stammen, dazu, die Ausbeutungsstrategien zu durchkreuzen oder wenigstens ein wenig zu mindern. Unreflektiertes Konsumieren indigenen Wissens erzeugt nichts Gutes: Weitere alte Frauen und junge Männer werden sterben müssen. ■

Bernd Brabec de Mori ist Kulturanthropologe und Musikwissenschaftler. Er arbeitet seit 1998 über rituelle Kunst und traditionelle Medizin indigener Gruppen im peruanischen Tiefland. Er verbrachte fünf Jahre in und um Pucallpa und arbeitet nun als Senior Scientist an der Kunstuniversität Graz.

Seine Arbeiten werden weltweit publiziert: <https://kug.academia.edu/BerndBrabecdeMori>

MIGRATION ALS CHANCE

Bericht des

„Das Management von Migration ist heute eine der wichtigsten Herausforderungen für die internationale Zusammenarbeit“, schreibt UNO-Generalsekretär António Guterres in seinem im Jänner veröffentlichten Bericht. Dieser will als verfahrenstechnische Orientierung und inhaltliche Grundlage für ein Globales Abkommen (*Global Compact*) zu Migration dienen, das auf einer „*Intergovernmental Conference on Safe, Orderly and Regular Migration*“ verabschiedet werden soll, die für Dezember dieses Jahres in Marokko angesetzt ist.

Von Robert Lessmann



„La Bestia“, Mexiko: gefährliche Reise in Richtung Norden

Migration wird im Bericht von Guterres als Chance gesehen und als Herausforderung. Geordnete und sichere Migration zu ermöglichen, sei das Ziel. 258 Millionen Menschen, rund 3 Prozent der Weltbevölkerung, sind derzeit Migranten; 48 Prozent davon Migrantinnen. Etwa 85 Prozent ihrer Einkünfte bleiben im Gastland, sei es als Steuern oder als Ausgaben. Die verbleibenden 15 Prozent fließen in die Herkunftsländer. 2017 wurden so rund 596 Milliarden US-Dollar dorthin überwiesen, 450 Milliarden davon in sogenannte Entwicklungsländer – das war dreimal soviel wie die offizielle Entwicklungszusammenarbeit aller Geberländer.

Formen der Migration reichen von Kurzarbeit über Studentenvisa bis zum permanenten Aufenthalt im Zielland, die Ursachen von der Suche nach besseren wirtschaftlichen Perspektiven bis zur Flucht vor Krieg und Terror. Illegale Migration beginnt schon mit der Überschreitung der Gültigkeit von Touristenvisa. Ebenso vielfältig wie Ursachen, Formen und Auswirkungen der Migration können politische Antworten darauf ausfallen.

Demographische Entwicklungen und Phänomene wie der Klimawandel werden Trends zur Migration in der Zukunft noch verstärken. „Migration erlaubt es, neue Bande zwischen verschiedenen Ländern und Gesellschaften zu knüpfen und zu ver-

UND HERAUSFORDERUNG

UNO-Generalsekretärs

stärken. Aber sie ist auch Grund für Spaltungen innerhalb und zwischen Staaten und Gesellschaften. Wir müssen traurig feststellen, dass fremdenfeindliche politische Diskurse heutzutage nur allzu weit verbreitet sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie unsere politische Agenda bestimmen“, fordert Guterres. Migration wird in dem Bericht in der Perspektive der *Sustainable Development Goals* der UNO gesehen: Der *Global Compact* soll ein Werkzeug sein, um Ziel 10 dieser Nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen, die Reduzierung von Ungleichheit.

Der Guterres-Bericht richtet sich immer wieder pointiert gegen Vorurteile und diskriminierende Sprache. Er bietet eine Fülle von alten und neuen Informationen zum Thema. So gebe es durch Mi-

granten höchstens kurzfristig und sektoriell einen gewissen Verdrängungswettbewerb auf den Arbeitsmärkten, nicht aber mittel- und langfristig. Restriktive Aufenthalts- und Arbeitsmarktpolitiken könnten aber Menschen in die Illegalität abdrängen. Und „Illegale“ sind am verwundbarsten gegenüber illegalen Machenschaften. So sind nach neuesten Schätzungen 23 Prozent der weltweit 24,9 Millionen Zwangsarbeiter Migranten, während deren Anteil an der Weltbevölkerung bei 3,4 Prozent liegt. Auch gebe es keine lineare Beziehung zwischen Entwicklungshilfe und Migration. Entwicklungszusammenarbeit sei eine gute Sache an sich; sie taue nicht dazu, Migration zu verhindern.

Kontrolle von Migration sei legitim und notwendig. Staatliche Sicherheit,

öffentliche Sicherheit und persönliche Sicherheit – nicht zuletzt auch die der Migranten selbst: Migration habe mit allen drei Aspekten von Sicherheit zu tun. Doch sei es abwegig, Migration als Bedrohung zu behandeln: „Ich bin besorgt darüber, dass wir in Bezug auf Migration einen Anstieg von kurzfristig angelegten, reaktiven Sicherheitsansätzen/-maßnahmen gesehen haben – wie beispielsweise den, Migranten in Transitländern zu verhaften –, die unüberlegt und nicht nachhaltig sind, die die Sicherheit von Migranten gefährden und auch hinsichtlich ihrer eigenen Ziele kontraproduktiv sind“, schreibt Guterres.

Der Bericht des UNO-Generalsekretärs ist darüber hinaus eine Fundgrube für starke Argumente und treffende Zitate – auch für die hiesige Debatte. ■

Report of the Secretary-General: Making migration work for all

<http://refugeesmigrants.un.org/report-secretary-general-making-migration-work-all-0>

AUS DEM BERICHT DES UNO-GENERALSEKRETÄRS

36. „(...) Mitgliedstaaten sollen eine kollektive Anstrengung unternehmen, um Wege einer regulären Migration auszuweiten und zu stärken.“

38. „Zusätzlich zu einer Verknüpfung regulärer Migration mit den Notwendigkeiten des Arbeitsmarkts, sollten Mitgliedsländer die Notwendigkeit legaler Wege zur Familiengründung und -zusammenführung berücksichtigen. Familienzusammenführung macht in vielen Ländern einen großen Teil der regulären Migration aus und ist ein positiver Weg, das Recht auf Familienleben zu gewährleisten und soziale Integration zu fördern. Einschränkungen führen zu mehr irregulärer Migration mit negativen Konsequenzen für alle.“

39. „Während ich glaube, dass Mitgliedstaaten daran arbeiten sollten, legale Wege auszuweiten (als vernünftige Politik und Prinzip), müssen nationale und lokale Behörden pragmatische und legale Optionen in Betracht ziehen, mit illegalen Migranten innerhalb ihrer Grenzen umzugehen. Freiwillige oder gar erzwungene Rückkehr sind Optionen, aber häufig weder wünschenswert noch durchführbar. Ich fürchte, dass in einer Zeit, wo viele Länder in wachsendem Maße restriktive Maßnahmen zur Grenzkontrolle einführen und Rückkehr als Abschreckung gegen irreguläre Migration sehen, deren Autoritäten riskieren, ihre Ver-

pflichtungen gegenüber den grundlegenden Menschenrechten zu brechen. Rückkehranstrengungen sind teuer, schwer wirklich effektiv zu implementieren und in größerem Umfang problematisch durchzuführen, wenn sie im Einklang mit den Menschenrechtsgesetzen stehen sollen.“

46. „Der *Global Compact* soll die internationale Kooperation bei Sicherheitsaspekten der Migration stärken, wie beispielsweise kompatible Mechanismen der Grenzkontrollen einschließlich der Standardisierung von Ausweisdokumenten, Informationsaustausch und damit zusammenhängende Politiken. Sicherheit wird durch Politiken gestärkt, die Inklusion, den Respekt vor den Menschenrechten und die Gesetzmäßigkeit stärken. Der Rückgriff auf repressive Politiken, die sich auf unbegründeten Verdacht gegenüber Fremden stützen, auf ethnische und religiöse Vorurteile, trägt nichts dazu bei, das Ziel einer ordnungsgemäßen und sicheren Migration zu erreichen. Sie erhöhen vielmehr die Verwundbarkeit aller Migranten, vergiften die öffentliche Meinung gegen nützliche Aspekte der Migration und verkomplizieren deren Management unnötigerweise.“

51. [Der *Global Compact*] muss Antworten auf die Tatsache finden, dass der Klimawandel wirtschaftlichen, ökologischen und so-

zialen Migrationsdruck in den nächsten Jahrzehnten noch verstärken dürfte. Es ist auch vorhersehbar, dass andere Faktoren die Zahl der Migranten in Situationen der Verwundbarkeit in den kommenden Jahren noch erhöhen werden. Individuen und ganze Bevölkerungsgruppen könnten sich mit extremer Verarmung, Nahrungsmittelknappheit, Epidemien und politischer Instabilität konfrontiert sehen, die sie zum Fortgehen zwingen, häufig ohne ausreichende Mittel, Wissen oder Zukunftspläne.“

68. „*Global Compact* sollte eine dreiteilige Strategie vorschlagen:

- * Reduzierung von unmittelbarem Leid und Todesopfern;
- * Reduzierung von Unsicherheiten, die Migranten in gefährliche Situationen bringen;
- * Versicherung der Öffentlichkeiten, dass ihre Regierungen entschlossene Antworten auf diese Herausforderungen haben;
- * Stopp der Gefahr, dass Migranten irgendwo stranden.

Er sollte nicht als Ermutigung irregulärer Migranten zu gefährlichen Reisen in Erwartung letztlich positiver Resultate angesehen werden. Große Migrationsbewegungen werden von ökologischen, sozialen und anderen Faktoren ausgelöst, die Menschen dazu bringen, verzweifelte Maßnahmen zu ergreifen – nicht vom Charakter der globalen Antworten darauf.“

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO

Neues im Fall Ayotzinapa

Mit zweieinhalbjähriger Verzögerung ist nun die Empfehlung der unter dem Kürzel GIEI bekannten unabhängigen Expertengruppe befolgt worden, die Textnachrichten eines in Chicago agierenden Drogenrings auszuwerten, um Aufklärung in den Fall der verschwundenen Studenten von Ayotzinapa zu bringen. Die GIEI war bei ihren Recherchen auf eine Strafanzeige der US-amerikanischen Drogenbehörde (DEA) aus dem Jahr 2014 gestoßen. In ihrem ersten Bericht vom September 2015 empfahl die Expertengruppe, dass die mexikanischen Behörden die US-Justiz ersuchen sollten, die transkribierten Nachrichten zur Verfügung zu stellen. Mexiko verschob dieses Ersuchen aus „unbegreiflichen“ Gründen, so die GIEI, mindestens zweimal.

Die DEA hatte 15 Monate lang die SMS der Chicagoer Drogenbosse der *Guerreros Unidos* abgefangen. In diese Periode fiel auch das gewaltsame Verschwindenlassen der 43 Lehramtsstudenten. Laut einem am 12. April in der mexikanischen Zeitung *Reforma* erschienenen Bericht erteilten die Drogenhändler in Chicago ihren „Kollegen“ im mexikanischen Bundesstaat Guerrero Anweisungen und ließen sich über die Entwicklung der Dinge, die in der Nacht von 26. zum 27. September in Iguala passierten, auf dem Laufenden halten. Die Textnachrichten aus Chicago enthielten Forderungen, dass die lokalen Polizeikräfte aus benachbarten Orten an der Operation teilnehmen sollten. Außerdem wiesen sie den Staatsanwalt von Guerrero und andere Staatsbedienstete an, unterstützend einzugreifen.

Die SMS enthalten keine Hinweise auf den Verbleib der Entführten, nehmen aber in kodierter Sprache klar auf die Studenten Bezug. Auch zur Beteiligung von Armee

und Bundespolizei enthalten sie keine neuen Erkenntnisse. Diese Akteure werden in der Kommunikation nicht erwähnt, obwohl sie in der bewussten Nacht anwesend waren und bei der Überwachung der Studenten eine Rolle spielten.

Die neuen Erkenntnisse legen die Vermutung nahe, dass es sich bei den *Guerreros Unidos* nicht um eine provinzielle Bande von Kriminellen handelt, sondern um einen transnational agierenden Drogenring. Auch ist jetzt die von manchen KommentatorInnen und Offiziellen kolportierte Sichtweise endgültig ad absurdum geführt, dass die Studenten von Drogenhändlern „infiltriert“ worden seien, so dass sich die Katastrophe sozusagen von innen heraus entwickelt hätte. Eine eidestattliche Erklärung, die der US-Staatsanwaltschaft vorliegt und die den unabhängigen GIEI-ExpertInnen zur Verfügung gestellt wurde, bestätigt, dass Drogenbanden internationale Fernbusse frisiert haben, um Drogen hin und Geld zurück zu schmuggeln. Diese Busse kamen aus dem Bundesstaat Guerrero.

Peter Clausing, amerika21

Wixárika in Jalisco kämpfen für ihr Land

Seit Ende April blockieren die *Wixárika*, Indigene aus dem Bundesstaat Jalisco im Norden Mexikos, mit vier Kontrollposten die Zufahrtsstraßen zu den Gemeinden San Sebastián Teponahuaxtlán und Tuxpan de Bolaños. Mit dieser Aktion wollen sie die Durchführung von Bundes- und Regionalwahlen auf ihrem Gebiet so lange verhindern, bis die mexikanische Regierung ihr Versprechen erfüllt und ihnen 10.000 Hektar Land zurück gibt, das momentan von Viehzüchtern aus Huajimic im angrenzenden Bundesstaat Nayarit besetzt wird.

Der Kampf um die Rückgabe ihrer Ländereien dauert nun schon Jahrzehnte. Zwischen 2001 und 2005 erhielten sie 28.000 Hektar Land zurück, das von den MestizInnen aus Huajimic und Puente de Comatlán besetzt worden war. Seit dieser Zeit sind viele soziale Kämpfe und enorme juristische Schlachten entbrannt. Die *Wixárika* haben all diese Jahre gewaltfrei

gehandelt, auch bei dieser letzten Aktion, bei der sie den Mitgliedern der Wahlbehörde und den KandidatInnen aller politischen Parteien den Zutritt zu ihren Gemeinden verweigert haben. Die Viehzüchter aus dem Bundesstaat Nayarit verlangen vom Staat vor der Rückgabe eine Entschädigung für die Ländereien, doch die Agrarbehörde gibt vor, kein Geld hierfür zu haben. Deshalb haben sich die *Wixárika* für dieses Druckmittel entschieden.

Außer der Blockade haben die *Wixárika* Staatspräsident Enrique Peña Nieto zu einem Treffen am 9. Mai nach Tuxpan de Bolaño eingeladen, um eine Lösung für den Konflikt zu suchen. Damit solle die Gefahr einer gewaltsamen Konfrontation vermieden werden, zu der es kommen könnte, da die Indigenen und ihre AnwältInnen beim Versuch der Umsetzung der Entscheidungen der Agrarbehörde Todesdrohungen, Blockaden und unrechtmäßige Festnahmen erlitten hätten (das Ergebnis dieses Treffens war bei Redaktionsschluss nicht bekannt).

Indigene Gemeinden in Chiapas unter Beschuss

Im Landkreis Aldama im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas, in der Nähe des zapatistischen Regierungszentrums Oventic, schwelt seit Februar ein Konflikt um Einfluss und Land, bei dem vermehrt auch hochkalibrige Schusswaffen eingesetzt werden: Bisher wurden drei Menschen erschossen und hunderte vertrieben. Seit dem 15. April befinden sich mehrere Gemeinden in Aldama praktisch täglich unter Beschuss, wie das Menschenrechtszentrum *Fray Bartolomé de las Casas (Frayba)* mitteilt. Der Pressemitteilung zufolge seien bereits mehrere Familien vor den Schüssen in die Berge oder andere Dörfer geflohen.

Frayba warnt bereits seit Anfang April vor einem Anstieg der Gewalt im Hochland von Chiapas. Nach ZeugInnenberichten kommen die Schüsse aus den Nachbargemeinden Manuel Utrilla, Santa Marta und anderen Gemeinden aus dem angrenzenden Landkreis Chenalhó. Dort hatte die mexikanische Regierung vor über 20 Jahren paramilitärische Gruppen bewaffnet und trainiert, um ZapatistInnen zu bekämpfen. Eine Folge war das Massaker von *Acteal* im Dezember 1997. Die versprochene Entwaffnung habe nie stattgefunden, beklagt die mexikanische Tageszeitung *La Jornada*.

In Manuel Utrilla soll eine bewaffnete Gruppe agieren, die für einen Angriff am 27. Februar auf mehrere Orte in Aldama verantwortlich gemacht wird. Nach diesem Angriff flüchteten 145 Tzotzil-Familien in die Berge oder in andere Gemeinden in Chiapas. Dieselbe bewaffnete Gruppe soll am 2. April auf eine Gruppe von aus Cotzilnam vertriebener Tzotziles geschossen haben. Dabei starben drei Menschen, der 35-jährige Landwirt Manuel Gómez Pérez und seine zwei minderjährigen Söhne.

Das Menschenrechtszentrum *Frayba* hat bereits mehrere Eilaktionen veröffentlicht. Demnach existieren ZeugInnenaussagen, dass diese bewaffnete Gruppe mit dem Organisierten Verbrechen zusammenhängen und sich mit einer weiteren Gruppe aus Chenalhó koordiniert haben soll. Diese soll Verbindungen zur Gemeindepräsidentin Rosa Pérez Pérez haben. Dieselben Paramilitärs sollen auch für die Vertreibungen von mehr als 5.000 Personen in Chalchihuitán vom November 2017 verantwortlich sein. *Frayba* bewertet die Situation in Aldama und anderen an Chenalhó angrenzenden Gemeinden als äußerst kritisch und macht die Passivität der Behörden dafür verantwortlich, dass die Gewalt in Chiapas ständig ansteigt.

BRASILIEN

Neues im Mordfall Marielle Franco

Die Mordkommission der Polizei von Rio de Janeiro hat am 10. Mai eine Rekonstruktion des Mordes an der Abgeordneten Marielle Franco und ihres Fahrers Anderson Gomes durchgeführt. Franco saß für die linksgerichtete Partei PSOL im Stadtrat. Beide waren am 14. März in ihrem Auto erschossen worden. Nach Angaben der Tageszeitung *Brasil de Fato* hatte ein Zeuge gegenüber der Bundespolizei ausgesagt, das Verbrechen sei vom Stadtrat der Partei PHS Marcelo Siciliano und einem Paramilitär mit dem Namen Orlando de Curicica geplant worden. Motiv sei gewesen, dass Marielle Franco im Armenviertel Cidade de Deus gemeinnützige Aktionen mitgetragen habe, die den politischen Interessen Sicilianos im Weg gestanden hätten.

Ein Mitarbeiter des Stadtrats des PHS, Carlos Alexandre Pereira, wurde am 8. April ebenfalls ermordet. Zwei Tage zuvor hatte er bei der Mordkommission ausge-

sagt; der Medienbericht bezeichnete den Fall deshalb als „Archiv-Verbrennung“. Am 8. Mai hat sich die Sonderkommission des Stadtrats, die die Untersuchungen zum Mord begleitet, erneut mit der Polizeiführung getroffen. Der Vorsitzende der Kommission, der Abgeordnete Jean Willys (PSOL), erklärte daraufhin, dass sich die Schlinge enger ziehe; die Polizei verfüge über wichtige Erkenntnisse, mit denen die Untersuchung bald abgeschlossen werden könne.

KOLUMBIEN

Regierung und ELN verhandeln in Kuba

Kolumbiens Regierung und die Guerilla-Organisation Nationale Befreiungsarmee (ELN) haben am 10. Mai ihre Gespräche wieder aufgenommen. Neuer Ort ist Kuba, nachdem Ecuador in Reaktion auf zahlreiche Entführungen ecuadorianischer Staatsbürger im Grenzgebiet zu Kolumbien im April erklärt hatte, nicht mehr als Gastland zur Verfügung zu stehen.

Ziel der aktuellen Verhandlungsrunde ist zunächst die rasche Vereinbarung eines neuen bilateralen Waffenstillstands. Außerdem sollen Möglichkeiten erörtert werden, wie sich die Zivilgesellschaft in die Friedensgespräche einbringen kann. Die Regierung Santos zieht nach eigenen Angaben zudem in Erwägung, Gefangene ELN-Mitglieder freizulassen, „um den Verhandlungen eine neue Dynamik zu verleihen“. Die bislang größte Errungenschaft der Gespräche war ein bilateraler Waffenstillstand vom 1. Oktober 2017 bis zum 9. Januar dieses Jahres.

Die Reaktionen von Politikern auf die Fortsetzung der Verhandlungen fielen gemischt aus. „Der Ball liegt jetzt bei der ELN. Sie muss uns Kolumbianern ihre Vertrauenswürdigkeit beweisen. Die Geiselnahmen müssen ein Ende haben und wir brauchen so schnell wie möglich einen Waffenstillstand. Aber ich halte die Entscheidung für richtig“, kommentierte Humberto de la Calle, der die Regierung bei den Gesprächen mit der Farc-Guerilla vertreten hatte. Sergio Fajardo, unabhängiger Präsidentschaftskandidat, der vom linksgerichteten Parteienbündnis *Coalición Colombiana* unterstützt wird, begrüßte die Gespräche und betonte die Erfahrung Kubas aus den Verhandlungen mit den Farc. Iván Duque, Kandidat des ultrarech-

ten *Centro Democrático* und entschiedener Gegner des Friedensprozesses, äußerte sich ablehnend. Die Europäische Union sprach von einem Schritt nach vorn.

Annalisa Neher, amerika21

PERU

Fujimori soll wegen Zwangssterilisierungen vor Gericht

In Peru hat Oberstaatsanwalt Luis Landa bestimmt, dass der begnadigte Ex-Präsident Alberto Fujimori wegen der Zwangssterilisierung von mindestens fünf Frauen während seiner Amtszeit (1990-2000) angeklagt werden soll. Neben Fujimori sollen auch die damaligen Gesundheitsminister Marino Costa Bauer, Eduardo Yong Motta und Alejandro Aguinaga als Mittäter in 2.166 Fällen vor Gericht gebracht und andere Schlüsselfiguren in die Anklage mit aufgenommen werden. Damit widerrief Landa die Entscheidung der Staatsanwältin Marcelita Gutiérrez, die den Fall 2016 zu den Akten gelegt hatte. Dass die Ermittlungen nun neu aufgerollt werden, ist dem Einspruch der Geschädigten gegen diese Entscheidung geschuldet.

Während des autokratischen Regimes Fujimoris waren die Sterilisierungen im Rahmen des „Nationalen Programms der reproduktiven Gesundheit und Familienplanung“ durchgeführt worden. Gemäß dem Plan sollten 270.000 Frauen in den ärmsten Regionen Perus sterilisiert werden, um die Geburtenrate reduzieren und die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken. Die peruanische Ombudsbehörde stellte nun fest, dass zwischen 1996 und 2001 272.028 Tubensterilisationen und 22.004 Vasektomien überwiegend an der einkommensschwachen quechua-sprachigen Landbevölkerung durchgeführt wurden. Bisher haben 2.166 Frauen angezeigt, dass sie während der Regierungszeit Fujimoris ohne ihre Zustimmung oder unter Zwang einer Sterilisierung unterzogen wurden.

Judith Rötgers, amerika21

ARGENTINIEN

Staatsanwalt fordert Haft für Unternehmer

Der Staatsanwalt der argentinischen Provinz Tucumán, Pablo Camuña, hat die Festnahme von sechs Personen beantragt,

weiter Seite 36 ➔

⇒ von Seite 35: KURZNACHRICHTEN

die die Zuckerplantage *La Fronterita* während der argentinischen Militärdiktatur in den 1970er Jahren führten. Camuña legte sein Schreiben dem Bundesrichter Daniel Bejas vor. In diesem beschuldigte er sechs Unternehmer und Geschäftsführer von *La Fronterita* der Mittäterschaft bei 68 Entführungen von ArbeiterInnen bzw. deren Verwandten und NachbarInnen sowie bei der Folter und dem Verschwindenlassen von elf weiteren Menschen.

Die Verantwortlichen von *La Fronterita* hatten den Streitkräften damals erlaubt, einen Militärstützpunkt auf der Plantage einzurichten. Dieser diente als illegales Gefangenlager. Ein Prozess wegen Menschenrechtsverbrechen, der 2017 beendet wurde, brachte außerdem zum Vorschein, dass die Unternehmer mit dem Militär kollaborierten: So gaben sie ihm Listen mit Namen von Personen, damit diese verhaftet wurden und überließen ihm Lieferwagen des Unternehmens für Entführungen und Verschleppungen.

„Die Interessen der Unternehmer und die des Militärs stimmten miteinander überein“, schreibt Camuña in seinem Antrag. Dass die Militärs die ZuckerarbeiterInnen Tucumáns schwächen wollten, „kam den Unternehmern aus ökonomischen Gründen entgegen“, da es ihnen erlaubte, die Gewerkschaft der Zuckerplantage zu zerschlagen. Gegenüber der Tageszeitung *Página 12* teilte Camuña außerdem mit, dass die Unternehmer Mittäter bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren. Das ergaben hunderte von ZeugInnenaussagen sowie Dokumente von *La Fronterita* und öffentliche Protokolle des 2017 beendeten Prozesses.

UNASUR vor dem Aus?

Die rechtsgerichteten Regierungen von Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Paraguay und Peru haben sich auf unbestimmte Zeit aus dem Regionalbündnis Union südamerikanischer Nationen (*Unasur*) zurückgezogen. Dies teilten die Außenminister der sechs Länder – die Hälfte aller Mitgliedsstaaten – ihrem bolivianischen Amtskollegen Fernando Huanacuni in einem gemeinsamen Brief mit. Bolivien hat seit dem 17. April für ein Jahr den *Unasur*-Vorsitz inne. Für Mai hat Huanacuni eine außerordentliche Sitzung der Außenminister angekündigt. ■

ROSARIO CASTELLANOS

Der Einsatz einer mexikanischen Schriftstellerin für die Rechte der Frauen in einer männerdominierten Gesellschaft des 20. Jahrhunderts

Von Veronika Reininger

Vom ersten bis achten März 2018 fanden im Filmcasino und im Stadtkino Künstlerhaus in Wien die internationalen *FrauenFilmTage* unter dem thematischen Schwerpunkt Frauen in Lateinamerika statt. In Lateinamerika entwickelt sich derzeit eine Szene junger weiblicher Filmemacherinnen mit spannenden neuen Themen. Sie finden auch auf internationalen Festivals große Beachtung.

Das Frauenfilmfestival wurde mit der österreichischen Premiere des Films *The Eternal Feminine, Los Adioses* (Das ewige Weibliche) eröffnet. Der Kinofilm, den die 37jährige Filmregisseurin Natalia Beristain im Jahr 2017 in Mexiko gedreht hat, schildert in Spielfilmlänge von 85 Minuten das Leben der feministischen Schriftstellerin Rosario Castellanos aus Mexiko.

Rosario Castellanos ist eine Frau, die im 20. Jahrhundert in Mexikos männerdominierter Gesellschaft für die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Frauen gekämpft hat und dabei ihrer Zeit voraus war. Sie war eine der ersten feministischen Schriftstellerinnen des 20. Jahrhunderts in Mexiko. Castellanos wurde am 25. Mai 1925 in Mexiko-Stadt geboren und wuchs in der Maya-Region Altos de Chiapas im Süden Mexikos auf der Farm ihrer Familie in Comitán auf. Nachdem ihr jüngerer Bruder Mario mit sieben Jahren an einer Blinddarmentzündung gestorben war, ist sie im Alter von 16 Jahren mit ihren Eltern nach Mexiko Stadt umgezogen, wo diese ein Jahr später tödlich verunglückten.

Rosario Castellanos hatte als Waise nur wenige finanzielle Mittel zum Leben, aber ihr Streben sich selbst auszudrücken half ihr, zu einer der wichtigsten Dichterinnen der mexikanischen Literaturgeschichte und des lateinamerikanischen Feminismus zu werden. Als 25jährige junge Studentin machte Castellanos ihren Abschluss als Philosophielehrerin an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko. Als Professorin lehrte sie an einigen Universitäten

Philosophie und Literatur und als Schriftstellerin schrieb sie jahrelang eine wöchentliche Kolumne für die Tageszeitung *Excelsior*. Vor allem Gedichte, Essays und Romane sind Castellanos' Hauptwerke als Schriftstellerin.

In den 1950er Jahren hat Rosario Castellanos schließlich für Gehör, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Frauen gekämpft. Auch wenn sie sich ebenso auch für die Rechte der indigenen Völker eingesetzt hat, widmete sie einen großen Teil ihrer Arbeit und Energie der Verteidigung der Rechte der Frauen, einem der zentralen Anliegen des Feminismus in Lateinamerika.

Ihr eigenes Leben war dabei von einer schwierigen Ehe bis hin zu anhaltenden Depressionen geprägt. Ihre Ehe mit dem Philosophieprofessor Ricardo Guerra war mehr eine turbulente Liebesgeschichte, die durchaus auch brüchig war und aus Widersprüchen bestand. Ein wichtiger Moment in ihrem Leben war die Geburt ihres Sohnes Gabriel, als sie mit Depressionen nach Fehlgeburten und dem Tod ihrer neugeborenen Tochter kämpfte. Aber nach dreizehn Ehejahren ließ sich Castellanos scheiden, weil sie wegen ihrer Fehlgeburten und vor allem der Untreue ihres Ehemannes Depressionen bekam.

Im Alter von 35 Jahren hat Castellanos für rund sieben Jahre als Generaldirektorin für Information und Presse bei der UNAM, der nationalen autonomen Universität von Mexiko, und anschließend auch im Auswärtigen Dienst gearbeitet. Danach wurde sie im Jahr 1971 zur Botschafterin von Mexiko in Israel ernannt, wo sie neben ihrer Arbeit als Diplomatin auch als Professorin an der Hebräischen Universität von Jerusalem lehrte. Am 7. August 1974 ist sie in Tel Aviv durch einen häuslichen Unfall, verursacht durch den Stromschlag einer Lampe, im Alter von nur 49 Jahren viel zu früh verstorben. Castellanos war als feministische Schriftstellerin ihrer Zeit weit voraus. *The Eternal Feminine, Los Adioses* ist eine sehenswerte Würdigung ihres Beitrags zur Geschichte der internationalen Frauenbewegung. ■

Die Autorin ist freiberufliche Journalistin, Veranstaltungsorganisatorin, EDV-Trainerin in der Erwachsenenbildung, Layouterin und Webdesignerin in Wien.



BUCHBESPRECHUNG

GUTE REISEFÜHRUNG

Dirk Krüger:

Kuba

Stefan Loose Travel Handbücher, Dumont Reiseverlag, Ostfildern, 4., vollständig überarbeitete Auflage 2018, 664 Seiten, € 24,99

Dieser Reiseführer ist eine Enzyklopädie Kubas. Er bietet eine geradezu ungläubliche Fülle an Informationen, die vom kritischen historischen Überblick – bis zum Tod von Fidel Castro – bis zum Privatquartier in der Kolonialstadt Baracoa reichen. Dirk Krüger kommt aus der Solidaritätsbewegung, sieht die Insel aber nicht revolutionsromantisch verklärt, sondern als lebens- und liebenswertes Reiseziel mit all seinen Stärken und Schwächen. Man erfährt, wo man Fahrräder mieten, in Nationalparks einen Führer anheuern, Tanzkurse buchen und preiswert essen kann. Die Nachtschwärmer und Musik-Feinschmecker kommen ebenso auf ihre Rechnung wie die Naturliebhaber und die Souvenirjäger.

Wer in Havanna im Kloster schlafen und dabei auf die WLAN-Verbindung zur profanen Welt nicht verzichten will, findet ebenso Tipps, wie jemand, der eine private Unterkunft dem Hotel vorzieht. Informationen, wie „Die offenherzigen Vermieter sprechen Englisch und vermieten in einer schlossähnlichen Villa mit Kolonialmöbeln 2 große Zimmer“ erleichtern die Orientierung. Karten von allen wichtigen Städten ergänzen die Informationen. Man erfährt, welche Krankheiten (von Aids bis Zika) lauern und wie man sich am besten dagegen schützt. Über den einen oder anderen Lapsus bei spanischen Ausdrücken im Text oder im Wörterbuch sollte man angesichts der beeindruckenden Fülle an Information großzügig hinwegsehen.

Ralf Leonhard



Peter Korneffel:

Ecuador. Galápagos-Inseln

Dumont Reise-Handbuch, Ostfildern 2018, 456 Seiten, € 26,99

Ecuador ist ein Land, wo man dank überschaubarer Größe und günstiger Transportmittel immer noch günstig reisen kann. Dieser Reiseführer listet nicht nur Unterkünfte und Lokale verschiedener Preiskategorien auf, er gibt auch Tipps, wie man die Reise strukturieren könnte und wie viele Tage man jeweils einplanen sollte, um Natur und Menschen auf sich wirken zu lassen. Ein ausführliches Kapitel von 50 Seiten widmet sich den Galápagos-Inseln, die wegen ihrer ökologischen Fragilität praktisch nur organisiert bereist werden können. Der Flug und Aufenthalt ist teuer, aber lohnend. Von Tauchausflügen bis zum Besuch der Schildkrötenstation sind alle denkbaren Exkursionen beschrieben. Man erfährt, wo man buchen muss und was es kostet.

Das trifft auch auf die Reiseziele auf dem Festland zu. Allerdings kann man sich dort weit spontaner und günstiger bewegen. Die Beschreibungen von möglichen Reiserouten werden immer wieder aufgelockert durch farblich hervorgehobene Tipps für besonders lohnende Ausflüge, etwa zu den Handwerkerdörfern im Kanton Otavalo oder außergewöhnliche Unterkünfte, wie die Augustinerresidenz im Inkapalast am Cotopaxi, wo man für stolze Preise in eine längst vergangene Epoche eintauchen kann. In jede Region führt ein kleiner historischer Abriss ein. Den Überblick über die bewegte Geschichte des Landes bekommt man im ersten Teil des umfangreichen Buches geliefert: von der Valdivia-Kultur bis zur Amtsübernahme von Präsident Lenín



Moreno 2017. Auch eine kritische Bewertung der Medienpolitik von Ex-Präsident Correa fehlt nicht.

Was man über die sympathischen Kolibris wissen sollte, findet man in einem Kasten. Über die wichtigen Exportprodukte Bananen, Kakao, Shrimps und Schnittblumen erfährt man nicht nur, was sie dem Staat einbringen, sondern auch, mit welchen sozialen und ökologischen Kosten sie gewonnen werden: Abholzung der Mangrovenwälder für die Shrimpszucht, exzessiver Pestizideinsatz in Treibhäusern und auf Bananenplantagen, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Der Autor weist aber auch auf die zunehmenden Fair-Trade-Angebote hin.

Der Band ist übersichtlich gestaltet und reich bebildert, eine Landkarte liegt bei.

Ralf Leonhard

Philipp Lichterbeck:

Dominikanische Republik

Dumont Direkt, Ostfildern 2018, 120 Seiten, € 12,99

Wer seinen Aufenthalt in der Dominikanischen Republik nicht in einer Strandenklave in Puerto Plata oder Punta Cana verbringen will, ist gut beraten, sich mit einem Reiseführer kundig zu machen. Dieser schmale Band liefert Basisinformation über Kultur, Geschichte und Wirtschaft des kleinen karibischen Landes, gibt Empfehlungen für ausgewählte Hotels und Restaurants, Tipps für Ausflüge und Auskunft über die wichtigsten Verkehrsverbindungen. Vor allem die Wasserfälle und der 3087 Meter hohe Pico Duarte werden als Ausflugsziele empfohlen und beschrieben. Auf die problematischen Beziehungen zum benachbarten Haiti, den Sextourismus, die kreolische Kultur und die blutige Vergangenheit wird nur stichwortartig eingegangen. Das Büchlein passt in jede Handtasche. Die beiliegende Landkarte umfasst auch die haitianische Seite der Insel Hispaniola.



Ralf Leonhard

AUSBRUCH AUS DEM LABYRINTH DES KAPITALISMUS

Alberto Acosta, Ulrich Brand:
Radikale Alternativen. Warum man
den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften
überwinden kann
oekom Verlag, München 2018,
192 Seiten, € 16,50

Alternativen zum kapitalistischen System werden oft als reine Utopien belächelt. Alberto Acosta und Ulrich Brand lassen sich angesichts der aktuellen Lage der Menschheit, die sie als zivilisatorische Krise begreifen, nicht von ihrem Weg abbringen. Sie verknüpfen beispielhafte Praktiken und Konzepte aus globalem Süden und Norden, um Denkanstöße für die dringenden Fragen unserer Zeit zu liefern. Konkret geht um die Verbindung der *Degrowth*-Debatte des Nordens mit jener des *Post-Extraktivismus* insbesondere in Lateinamerika.

Die beiden Autoren haben eine große Expertise in ihrem jeweiligen Fach: Alberto Acosta war Präsident der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors und bis zum Jahr 2008 Minister für Energie und Bergbau. Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und erreichte vor kurzem mit seinem Buch „*Imperiale Lebensweise*“ eine große Leserschaft.

Der vor allem in akademischen Kreisen des Nordens geprägte Begriff *Degrowth* oder Postwachstum identifiziert als Hauptproblem den Zwang zu kapitalistischem Wirtschaftswachstum. Angesichts der multiplen Krisen wird die Reaktion des „more of the same“, also noch mehr Wachstums- und Technologiefokussierung sowie die Steigerung der Naturbeherrschung, zur Sackgasse.

In analoger Form zum *Degrowth* kritisiert der (lateinamerikanische) *Post-Extraktivismus* nicht nur die Ausbeutung natürlicher Ressourcen samt der damit verbundenen Probleme, sondern hält auch fest, dass das gegenwärtige Entwicklungsmodell umfassend infrage gestellt werden muss. Er widerspricht dem Glauben der modernen Zeit an Fortschritt, Technologie, Wachstumsparadigma und der Auffassung von Natur als auszubeutender Ressource.

Im Unterschied zu *Degrowth* ist der *Post-Extraktivismus* stärker aus dem lokalen Widerstand gegen Bergbau- und Energieprojekte entstanden. Entsprechend ist



die Herrschaftskritik ausgeprägter und offensiver. Die Autoren meinen daher, dass die *Degrowth*-Debatte an Radikalität und Realitätsnähe gewinne, wenn die Erfahrungen und Diskussionen aus dem globalen Süden stärker einbezogen würden.

Beide Begriffe sind jedenfalls keiner politischen Marketingabteilung eingefallen. Mit ihren Präfixen drücken sie aus, wogegen sie sich wenden, aber nicht, wohin es gehen soll. Da kommt das Wort vom „*Buen vivir*“ oder „Guten Leben“ als mögliche Synthese ganz anders daher. Es stellt ein erfülltes Leben in Gemeinschaft und Solidarität in Aussicht und ist durch eine Reihe indigener Praktiken und Organisationsprinzipien aus dem Anden- und Amazonasraum unterfüttert. Leider werden diese in dem Band nur cursorisch erwähnt. Als Europäer ließe sich natürlich auch kritisch anfragen, ob nicht auch in der hiesigen Kultur Anknüpfungspunkte zu finden wären, wie Wirtschaft nicht-kapitalistisch (wieder) zu organisieren wäre.

Insgesamt ein dringendes Themenfeld, das die Autoren hier beackern, dem ein breites Publikum zu wünschen ist. Allerdings dürfte dem das viele Fachvokabular nicht ganz entgegenkommen. Als zeitgenössische Einstiegsliteratur zu Kapitalismusalternativen ist der Band trotz seines schlanken Umfangs daher nicht erste Wahl.

Jürgen Kreuzroither

SYMPATHIE UND KRITIK

Michael Zeuske: Insel der Extreme.
Kuba im 20. und 21. Jahrhundert

Rotpunkt Verlag, Zürich 2017 – 3. stark überarbeitete und aktualisierte Auflage (Erstauflage 2000), 358 Seiten, € 29,80

Kuba war Anfang des dritten Jahrtausends kein leuchtendes Vorbild mehr. Aber es ist auch kein Dominostein gewor-

den. Lateinamerikanische und spezifisch kubanische Besonderheiten wirkten stärker oder anders als irgendwelche postulierten allgemeinen Gesetze politischer Entwicklung. Gäbe es die, müsste das Land mit seinen Fehlern und Ungeheuerlichkeiten vor allem im wirtschaftlichen Bereich schon unzählige Male zusammengebrochen sein. Ist es aber nicht. Kuba fand und findet deshalb weiterhin Interesse.“ (S. 264)

In der Tat: Kubanische Geschichte beginnt nicht erst mit der Revolution vom 1. Jänner 1959 – und sie wird nicht nach 59 Jahren „Castrismo“ enden. Die Vorgeschichte ist wichtig für das Verständnis der Entwicklung auf der Insel. Die gab es schon bisher. Aber ein Drittel der Neuauflage seines Standardwerks widmet der Historiker Zeuske den aktuellen Entwicklungen seit der Krise von 1990, einer Krise, die durchaus nicht erst damals begann: kritisch, aber immer auch mit Sympathie. Das ist wohlthuend, weil Kuba noch immer polarisiert.

„Um 1970 wurde das radikale Experiment abgebrochen, die kubanische Revolution als Vorstufe der Revolutionierung Lateinamerikas und der Welt – sozusagen als Lokomotive einer revolutionären Globalisierung – zu verstehen. Kuba musste Kurs auf Institutionalisierung und verstärkte Bürokratisierung nehmen (die schon seit 1962 lief). Die Mentalität einer immer stärker bürokratisierten Einheitspartei breitete sich aus; nur unterbrochen von den oft recht anarchisch anmutenden Willensumbrüchen des *Comandante en Jefe*. Am Beginn des dritten Jahrtausends ist das Wort ‘Revolution’ noch in der Propaganda und auf Plakaten zu finden, meist als Synonym für die Entwicklung Kubas seit 1959, aber es hat als Triebkraft der Gesellschaft in der weiteren Transformation keine Relevanz mehr...“ (S.176). Zeuskes Analyse hebt sich damit von un-

kritischen Solidaritätsdiskursen ebenso ab wie von den sterilen und in der Regel inhaltsleeren Verteufelungen, die wir aus der Mainstream-Berichterstattung kennen.

Robert Lessmann



SUCHE NACH DEM GELOBTEN LAND

Luisa Futoransky: Formosa

Aus dem argentinischen Spanisch von Erna Pfeiffer. Löcker-Verlag, Wien 2017, 299 Seiten, € 19,80

Der Roman *El Formosa* (2009) der Schriftstellerin Luisa Futoransky beschreibt die Geschichte einer zwischen vielen Nicht-Heimaten hin und her geworfenen Familie von MigrantInnen, welche den Kriegen und Verfolgungen in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts entkommen wollten und ihr Heil, ihr „El Dorado“, an den Ufern des Rio de la Plata, des „Silberflusses“ suchten. Der Titel bezieht sich sowohl auf das Schiff Formosa, das die AuswanderInnen in die Neue Welt brachte, als auch auf die Provinz Formosa, wo viele Ankömmlinge ihre neue Heimat fanden. „Wir kamen nach Argentinien, weil wir arm waren, sehr arm, wären wir nur arm gewesen, dann wären wir nach New York gegangen“, erzählt Luisa Futoransky in einem Interview.

Die Hauptfigur des autofiktionalen Romans erscheint selbst in mehrere prekäre Identitäten gespalten, die aber bald als „alter egos“ der Autorin erkannt werden. Da ist zum einen „Pichi“, die einerseits die kindliche Inkarnation der anderen Personen ist, andererseits aber auch als erwachsene Figur in ihrer Tochterrolle in Auseinandersetzung mit den Eltern und Angehörigen beschrieben wird. Die junge Erwachsene in ihrer anarchistischen und revolutionären Phase wird von „Lagor“ verkörpert. Als „Madame Lagor“ jedoch ist sie „die Intellektuelle“, die in Paris weilt oder als Gastprofessorin in Berkeley unterrichtet. „Luz divina“, das „Göttliche Licht“, hat seherische oder übersinnliche Qualitäten und „La Fuero interno“ ist schließlich die „Stimme des Gewissens“. Die Protagonistin erscheint also gleichsam als „multiple“ Persönlichkeit, die mit sich selbst im Gespräch und auch im Widerspruch ist. Die Autorin kommentiert in einem Mail an die Übersetzerin: „Was das Autobiographische in Formosa betrifft, so ist es alles und nichts ... Ich bin all diese Frauen und ich bin keine von ihnen.“

Diese Zerrissenheit findet sich auch in der Frage nach der literarischen Gattung. Auch diese ist nicht eindeutig. Das Werk ist eher ein Hybridprodukt aus Autobiographie, Roman, Familiengeschichte, Essay, Traumerzählungen, kulturgeschicht-



lichen Einsprengseln und sogar einem Glossar. Und er ist gerade in unserer Zeit aktueller denn je! Denn „Madame Lagor“ bekennt: „Ich gehöre zur Generation von Kindern von Jüdinnen und Juden, die nach Argentinien gekommen sind, weil sie zwischen Krieg und Krieg, Pogrom und Pogrom in Schiffen aus der Landkarte gepurzelt sind, wie es heute in gewisser Weise die Albaner, Malaien, Kosovaren, Maghrebener, Kubaner oder Koreaner tun und vor ihnen die Vietnamesen; also die Schiffbrüchigen aller Zeiten, die nur mit dem kamen, was sie am Leib trugen, und zum Glück gibt es einen Leib.“ Futoransky hat also die „Schiffbrüchigen aller Zeiten“ auf der Suche nach dem gelobten Land im Blick, wenn sie diese Migrationsgeschichte erzählt. Und wie steht es mit ihr selbst? Hat sie dieses „Gelobte Land“ gefunden? Die Antwort ist Ja!

In einem Interview mit der Übersetzerin Erna Pfeiffer meint sie: „Das gelobte Land ist meine Sprache!“ Und sie erzählt von einem prägenden Erlebnis: „Ich glaube es war meine erste Flugreise; ich war unterwegs nach Brasilien. Während das Flugzeug höher stieg, schaute ich hinunter, und alles, was ich sah, war grün – da sagte ich mir, die Grenzen existieren nicht. Bis heute habe ich mir dies zu eigen gemacht.“ Ein wahrhaft aktueller Gedanke zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Wolfgang Schweiger

Luisa Futoransky zu Gast in Innsbruck und Wien

Dienstag, 5. Juni, 19:00 Uhr

Luisa Futoransky, *Formosa*, Lesung und Gespräch (Lesung auf Deutsch: Erna Pfeiffer) im Literaturhaus am Inn, Josef-Hirn-Straße 5, 6020 Innsbruck
Infos: <https://www.literaturhaus-am-inn.at/veranstaltungen/luisa-futoransky/>

Außerdem wird Luisa Futoransky im Rahmen des IX. Festivals Lateinamerikanischer Poesie (s.u.) in Wien lesen, und zwar am Do, 7.6., 19 Uhr im Instituto Cervantes, Schwarzenbergplatz 2, 1010 Wien; am Fr., 8.6., 19 Uhr im Literaturhaus Wien, Zieglergasse 26a, 1070 Wien sowie am Sa, 9.6., 15-18 Uhr beim Theseustempel, Volksgarten, 1010 Wien

IX. Festival Lateinamerikanischer Poesie in Wien

6. bis 9. Juni 2018

Neben Luisa Futoransky sind folgende Gäste aus dem spanischen Sprachraum eingeladen: *Rómulo Bustos Aguirre* (Kolumbien), *David Huerta* (Mexiko), *Carmen Verde* (Venezuela) und *Ana Vidal Egea* (Spanien)

Programm: <http://www.foroliterario.org/2018/de/programm.html>

Che Guevara – damals und heute, Mythos und Realität

23. Mai, 16:30–18:30 Uhr

Institut für Politikwissenschaft, Hörsaal 2 (A218), Universitätsstr. 7, 1010 Wien

Anlässlich des 50. Todestages und 90. Geburtstages von Che Guevara diskutieren Robert Lessmann und Ursula Prutsch. Moderation: Ulrich Brand
Infos: <https://lai.at/che-guevara-damals-und-heute-mythos-und-realitaet>

Südwind Straßenfest 2018

26. Mai 2018, 14:00 bis 23:00 Uhr

Campus, Hof 1, Spitalg. 2, 1090 Wien

Das größte entwicklungspolitische Szene-Fest Österreichs im Zeichen des kulturellen Austauschs und Engagements für eine bessere Welt. Bei internationalen Klängen und Kulinarik aus aller Welt wird gefeiert und getanzt. www.suedwind.at/strassenfest